

Postgewerkschaft

Die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) gehört zwar zum DGB, ist aber keine Industriegewerkschaft wie IG Metall oder IG Chemie. Die DPG ist eine auf ein Unternehmen beschränkte Hausgewerkschaft. Die Unternehmensführung und die Gewerkschaftsführung arbeiten eng zusammen. Aus dem Postministerium geht kein wichtiger Erlaß in Personalangelegenheiten heraus, der nicht zuvor mit der Gewerkschaftsführung besprochen wurde. Der Wechsel von »Führungskräften« der Gewerkschaft in die Unternehmensleitung und umgekehrt geht nicht erst seit der SPD/FDP-Regierung problemlos von statten.

Die Mehrheit der Organisierten sind Beamte, die auch fast ausschließlich den Funktionärskörper stellen, wobei häufig untere und mittlere Führungskräfte auch die örtliche Gewerkschaftsführung stellen.

Die Postgewerkschaft schließt zwar mit dem Postminister Tarifverträge ab, aber in Wahrheit sind das weitgehend dieselben Tarifverträge, die zuvor zwischen der ÖTV und dem Innenminister ausgehandelt wurden. Dadurch also, daß das Postpersonal zum öffentlichen Dienst gehört und die öffentlichen Arbeitgeber, unabhängig von ihrer jeweiligen Parteizugehörigkeit, nur gemeinsam handeln, wenn es gegen die im öffentlichen Dienst Beschäftigten geht, steht die sogenannte Tarifautonomie der Postgewerkschaft noch mehr als die anderer Gewerkschaften nur auf dem Papier.

Die Politik der DPG ist also seit eh und je darauf beschränkt zu versuchen, auf die Personalentscheidungen der Unternehmensleitung Einfluß zu nehmen, damit auf allen Ebenen, vom Hauptvorstand bis zur Amtsgruppe, vom Postministerium bis zum Postamt, der Kollege Gewerkschaftsfunktionär mit dem »Kollegen« Chef dessen Entscheidungen diskutieren und im Sinne der Kollegen beeinflussen kann.

Auf diese Weise etwas für die Kollegen rauszuholen, war früher möglich, wurde und wird aber im Laufe der letzten 10 Jahre immer schwieriger und ist heute fast unmöglich. Dies zeigt nicht nur die Entwicklung dieser Auseinandersetzung um den Schichtdienst, sondern ist auch die vielerorts gemachte Erfahrung der örtlichen Gewerkschaftsfunktionäre und Personalräte.

Die langjährigen positiven Erfahrungen aber mit dieser Politik haben entscheidenden Einfluß auf das Bewußtsein der Kollegen: Man ist als Postler in der DPG genauso wie man in der Krankenkasse ist. Man zahlt seinen Beitrag, wählt Vorstände und Personalräte, damit diese etwas herausholen.

In den letzten Jahren sind aber Veränderungen spürbar. Mit dem Einsetzen der verstärkten Rationalisierung im Post- und Fernmeldewesen, mit der Steigerung der Arbeitshetze, die mit den alten Rezepten offensichtlich nicht zu verhindern waren, haben die Kolleginnen und Kollegen ihrem Unmut häufiger dadurch Luft gemacht, daß sie bei den fälligen Neuwahlen so z. B. 1974 in allen Gewerkschaftsgremien häufiger als sonst Personen austauschten, ja sogar als »Linke« bezeichnete Kollegen wählten. Diese Entwicklung wurde aber auch dadurch begünstigt, daß viele der alten Gewerkschaftsfunktionäre, die z. T. seit Kriegsende dabei waren, aus Altersgründen ausschieden. Die sozialdemokratische Rechte auf betrieblicher Ebene war nicht organisiert, die übrigen Mitglieder des »Versicherungsvereins« sahen keine Notwendigkeit, Freizeit zu opfern, und so stießen die Linken häufig in ein Vakuum hinein.

Dem mußte die Gewerkschaftsführung Rechnung tragen. Sie versuchte, die Unwirksamkeit, aber gleichzeitig das Beibehalten der alten Politik zunächst dadurch zu verschleiern, daß sie radikale Sprüche machte und die neuen Funktionäre damit beschäftigte, ein neues Grundsatzprogramm zu diskutieren. Heraus kam dabei ein vergleichsweise fortschrittliches Programm, das zum damaligen Zeitpunkt wohl von der Masse der Mitglieder abgelehnt worden wäre, wenn sie es gelesen hätten.

Durch das weiterhin rigorose Vorgehen der Unternehmensleitung gegen die Kollegen verlor und verliert die DPG-Führung zunehmend an Ansehen bei den Mitgliedern, ohne daß diese selbst in das Geschehen eingreifen. Das bedeutet, daß die Gewerkschaftsführung auch von der Unternehmensleitung als Verhandlungspartner weniger als vorher für voll genommen wird.

Ablauf der Auseinandersetzung um den Schichtdienst

Dieser Entwicklung gegenzusteuern wird in einigen Bezirken, speziell in Hessen, dadurch versucht, daß verstärkt mit erheblichen finanziellen Aufwendungen Schulungsarbeit betrieben wird, um die Mitglieder, vor allem aber die Funktionäre, wieder besser in den Griff zu bekommen.

Auf der anderen Seite besorgt die Gewerkschaftsführung das Geschäft der Unternehmensleitung. So wurde beispielsweise die uralte gewerkschaftliche Forderung nach Abschaffung des Schichtdienstes wie eine heiße Kartoffel fallen gelassen, als mit der Firma UPS ein privater Konkurrent bei der Paketbeförderung auftauchte. Die Kollegen wurden von der Gewerkschaftsführung aufgefordert, durch harte Arbeit der Post die Marktanteile zurückzuerobern. Als Motiv für diese Handlungsweise wird erklärt, daß ein Arbeitsplatz bei der Post besser sei als der bei anderen Unternehmen.

Im Grunde genommen begann diese Auseinandersetzung 1953. Damals wurde nämlich mit einem Tarifvertrag die 1 1/2fache Anrechnung von Nachtarbeitsstunden **abgeschafft**. Als Ausgleich erhielten die Postler eine Zulage von 0,50 DM die Stunde für Nachtarbeit. Das war damals ein recht respektable Betrag. Diese Zulage wurde bis heute aber nur langsam und unwesentlich erhöht. Ende der 60er Jahre betrug sie 0,65 DM, heute sind es 0,75 DM.

Als Begründung für das Quasi-Einfrieren dieser Zulage wurde gesagt, daß es Ziel sei, die Schichtarbeit abzuschaffen, und erhöhte Zulagen die Schichtarbeit so lohnend machen würden, daß die Schichtarbeiter selbst gegen die Abschaffung auftreten würden.

Bis auf gelegentliche Rängeleien in Funktionärskreisen um diese Zulage war es aber um die Schichtarbeit ruhig geworden, ja es gelang sogar, den Anteil der Schichtarbeit zu senken, was beim Auftauchen privater Konkurrenz mit Billigung der Gewerkschaftsführung aber wieder zurückgenommen wurde.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Der Arbeitskampf bei der Post | 1 |
| Kritische Anmerkungen zu Tarnows Referat | 6 |
| Kommentar zum irakisch-iranischen Krieg | 9 |
| Die Etappen des Kampfes bei Lip | 12 |
| Zur Diskussion über . . . | |
| Die weltpolitische Entwicklung (Kritik an der Arpo 5/80) | 15 |
| Eine Erwiderung daraufhin | 17 |
| Arbeiterkorrespondenzen | |
| Kölner SPD-Druckerei geschlossen | 21 |
| Betriebsbesetzung bei den Enka-Werken, Kassel | 23 |
| Betriebsbesetzung bei den Pongs-Werken, Aachen | 24 |
| Rekrutenvereidigung in Bonn | 25 |
| Solidarität mit der »Solidarität« | 27 |

Dieser Ausgabe liegt eine achtseitige **Bellage zum Streik der Reichsbahnarbeiter in West-Berlin** bei. Sie war als Vorabdruck einer nicht mehr fertig gewordenen Arpo 9/80 im November 1980 in West-Berlin verteilt worden.

In der Arpo 8/1980 ist uns auf Seite 4 in der linken Spalte ein sinnentstellender Fehler unterlaufen. Richtig heißt es: Der Anteil der Arbeiterklasse lag »1946 noch bei knapp 10 %«.

Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
Günter Kuhlmann · Herstellung und Vertrieb:
GfSA · Gesellschaft zur Förderung des Studiums
der Arbeiterbewegung e.V.
Postfach 1502 47 · 2800 Bremen 15

In der 2. Hälfte der 70er Jahre mußte die DPG-Führung wie alle anderen Gewerkschaften die Erfahrung machen, daß die miesen Lohnabschlüsse den Mitgliedern kaum noch zu verkaufen waren. Andererseits merkten die Kollegen, nicht zuletzt an den Arbeitslosenzahlen, daß die Erfolge der Rationalisierung ausschließlich dem Unternehmer zugute kamen. Im ganzen DGB entstand damals das Schlagwort von den »qualitativen Forderungen«, die die »quantitativen Forderungen« ablösen sollten. D. h., daß die Gewerkschaftsführungen den Mitgliedern weismachten, daß es möglich sei, anstelle von nicht mehr durchsetzbaren Lohnprozenten Verbesserungen der Arbeitsbedingungen bei den Unternehmern herauszuholen. Dies geschah wohl in der Hoffnung, daß es eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der permanenten Krisensituation für die Unternehmer nicht so kostspielig, weil meist auf einzelne Gruppen beschränkt, also damit leichter durchsetzbar sei. Diese Argumentation fiel bei einigen Kollegen, speziell bei besser verdienenden, auf fruchtbaren Boden.

In diesem Zusammenhang wird seit 1977 von der Gewerkschaftsführung die Forderung einiger großer Betriebsämter nach 11/2facher Anrechnung des Schichtdienstes aufgegriffen und teilweise recht mühsam in der breiten Mitgliedschaft problematisiert. Gleichzeitig wurden mit den »Kollegen« in der Unternehmensleitung Postministerium erste Gespräche geführt. Das Ministerium stellte im Laufe der Zeit selbst die negativen Auswirkungen der Schichtarbeit fest, und im Februar 1979 sagte der Postminister Gscheidle eine positive Lösung des Problems zu.

Die DPG-Führung versuchte durch Unterstützung und durch Anordnen spontaner Aktionen einzelner Belegschaften, wie Unterschriftensammlung, Beschlüssen von MVs usw., dem Postminister ein Alibi für einen Alleingang in der Schichtdienstfrage zu verschaffen. Allerdings bekam die Gewerkschaftsführung langsam aber auch Druck von unten, nicht direkt durch die Betroffenen, aber durch die örtlichen Funktionäre.

Auf einer bundesweiten Personalrätekonferenz im Herbst 1979 wurde der Antrag gestellt, daß alle gewerkschaftlichen Mittel einzusetzen seien, um akzeptable Regelungen im Schichtdienst zu erreichen. Ein Redner sprach gegen diesen Antrag, dabei wurden Unmutsäußerungen laut. Diesem Redner kam dann der DPG-Vorsitzende Ernst Breit zu Hilfe. Er sprach einige Zeit gegen diesen Antrag, und als der Unmut darauf immer lauter wurde, schloß er mit der Empfehlung, diesem Antrag zuzustimmen. Der Empfehlung wurde gefolgt.

Der Grund für dieses Verhalten der Konferenz liegt darin, daß mit dem Verdrängungskampf, den die Post gegen UPS und andere private Paketbeförderer führt, die Schichtpläne immer unmenschlicher wurden und die örtlichen Personalräte, die diesen Schichtplänen zustimmen mußten, immer größere Schwierigkeiten bekamen, ihre Zustimmung den Kollegen zu erklären.

Im Dezember 1979 unterbreitete der Postminister eine Analyse des Problems dem für die Regelung des gesamten öffentlichen Dienstes zuständigen Bundesinnenminister. Offensichtlich hat daraufhin der Verband der »öffentlichen Arbeitgeber«, unterstützt oder aufgefordert durch die anderen Unternehmerverbände, seinem Mitglied Post ein Ausscheren in dieser Frage untersagt, denn in den Verhandlungsrunden über den Manteltarifvertrag von Mai und Juni 1980 wird der Postgewerkschaft kein Angebot vorgelegt. Die Situation ist

vergleichbar mit der im Brauereigewerbe, wo die Unternehmer aufgrund ihrer günstigen Ertragslage bereit waren, den Arbeitern Zugeständnisse zu machen, dann aber von den Unternehmerverbänden zurückgepiffen wurden.

Die DPG-Führung mußte also Ende Juni 1980 den Manteltarif kündigen, wenn sie nach dem Wind, den sie vorher gemacht hatte, nicht dumm vor ihren Mitgliedern dastehen wollte. Als Forderung wurde aufgestellt: 11/2fache Anrechnung von Nachtarbeit, Wechselschichtarbeit und Wochenendarbeit.

Im September 1980 wird erstmals ein Angebot vorgelegt, und Ende Oktober, nach einigen spontanen und »spontanen« Warnstreiks, geringfügig verbessert: »Arbeitnehmer, die in wechselnden Dienstschichten von erheblich unterschiedlicher Lage (nähere Definition vorbehalten) regelmäßig in einer Schichtfolge eingesetzt sind, erhalten im Kalenderjahr

- 3 Freischichten, wenn sie mindestens 720 Nachtarbeitstunden
- 2 Freischichten, wenn sie mindestens 480 Nachtarbeitstunden
- 1 Freischicht, wenn sie mindestens 240 Nachtarbeitstunden

in Schichten geleistet haben, die nach 22 Uhrenden und vor 4 Uhr beginnen.

Als Nachtarbeit zählt die Zeit zwischen 21 und 6 Uhr.«

Die Annahme dieses Angebotes hätte bedeutet, daß nur ca. 50.000 Schichtdienstler bei der Post, also 1 von 4, in den Genuß einer Freizeitregelung gekommen wäre. In Prozenten ausgedrückt stand der Forderung nach 150%iger Anrechnung des Nacht- und Feiertagsdienstes ein Angebot von 103% nur für den Nachtdienst entgegen, das nicht einmal für alle Betroffenen gelten sollte.

Der Verlauf des Arbeitskampfes

92% der Kollegen sprachen sich in der Urabstimmung am 17./18. Nov. 1980 für Kampfmaßnahmen aus. Von diesen Kollegen arbeitet nur ein kleiner Teil im Schicht- bzw. Nachtdienst, nämlich die, die in großen Postämtern bzw. im Fernmeldebereich in Dienststellen wie Auskunft, Auslands-handvermittlung u.ä. tätig sind. Die DPG hatte einen »Stufenplan« beschlossen, der eine langsame Ausweitung der Kampfmaßnahmen vorsah. Am Anfang wurde nur in wenigen Ämtern die Arbeit niedergelegt. Für den weiteren Verlauf der Auseinandersetzung wurde eine schrittweise Ausweitung geplant. Dieser Plan wurde in seinen Einzelheiten vor den Betroffenen geheimgehalten. Selbst die Mitglieder der Gewerkschaftsvorstände in den Ämtern wurden über Zeitpunkte nicht informiert. Damit wollte man — so wurde gesagt — die frühzeitige Organisation des Einsatzes von Beamten bzw. die Weitergabe von Transportleistungen an private Spediteure verhindern bzw. einschränken. Das scheint in den einzelnen Bezirken unterschiedlich gut gelungen zu sein. Besonders in Norddeutschland ist durch den Einsatz von Beamten verhindert worden, daß der Postverkehr hat zusammenbrechen können. (Vergleiche »Der Streik in Hamburg«) Das Verhalten der Beamten war sehr unterschiedlich und reichte von eifrigem Arbeitseinsatz, bei dem in Einzelfällen sogar der private PKW benutzt wurde, bis hin zu solidarischem Verhalten, indem man übertragene Aufgaben nur nach schriftlicher Aufforderung übernahm und auch dann keine allzu große Arbeitsintensität zeigte. Unsere Kenntnisse reichen nicht aus, um das Verhalten der Beamten bei der Post in der einen oder anderen Richtung verallgemeinern zu können. In Darmstadt z. B. hat sich die Mehrheit der Beamten sehr solidarisch verhalten. In München sollen gehobene Postbeamte, die zum Paketsortieren abkommandiert wurden, überhaupt erst dadurch mitbekommen haben, um was es den streikenden Kollegen ging und dann Verständnis für die Streikenden kundgetan haben. (Da die DPG die Beamten aus rechtlichen Gründen am Streik nicht beteiligte, wäre das Risiko für einzelne Kollegen, sich zu beteiligen, relativ groß gewesen.)

Im hessischen Raum und speziell in den Frankfurter Ämtern wurde der Verkehr vollständig zum Erliegen gebracht. Dabei spielte eine Rolle, daß es möglich war zu verhindern, daß Post angeliefert bzw. abgeholt werden konnte. Zum Teil benutzten die Streikposten zu diesem Zweck auch in den Einfahrten quergestellte Fahrzeuge.

Die Abonnenten der Informationsbriefe »Arbeiterpolitik« haben 1980 acht Ausgaben (statt der geplanten sechs) für 15,- DM erhalten. Damit wir unsere laufenden Kosten trotz mehr »Arbeiterpolitik« pro Jahr decken können, bitten wir die Leser, gleich jetzt den neuen Abonnementspreis von 20,-DM für 1981 auf das Konto der:

**GFSA e. V., Postscheck Hamburg
(BLZ 200 100 20) Konto-Nr. 4100 77-205**

auf anliegender Zahlkarte zu überweisen. Allen Lesern, die die Gruppe »Arbeiterpolitik« politisch und materiell mit Beiträgen, Spenden und Zuschriften unterstützt haben, sprechen wir unseren Dank aus.

Die Redaktion

Versuche, Verkehrsströme umzuleiten, schlugen deshalb fehl, weil die Kollegen in anderen Ämtern ihren Vorgesetzten klarmachten, daß auch sie die Arbeit vollständig niederlegen würden, wenn man versuchen sollte, sie einen Teil der Arbeit der streikenden Kollegen übernehmen zu lassen. Es kam z. B. dazu, daß LKW-Fahrer, die merkten, daß sie Streikbrecherfahrten durchführen sollten, ihren LKW abschlossen und sich am Streik beteiligten. Gegenteilige Beispiele sind jedoch auch zu nennen, bei denen sich Kollegen freiwillig bereit erklärten, Aufgaben streikender Kollegen zu übernehmen, obwohl man sie nicht dazu hätte zwingen können. Die Post der Rechenzentren (hauptsächlich Unterlagen für die Fernmelde-rechnungen) wurden z. B. in den meisten Fällen von Kollegen, die sich ein paar Mark Auslöse verdienen wollten, quer durch die BRD transportiert.

Neben dem Aspekt der Unterbindung der Produktion, wobei man auch hier darauf verweisen muß, daß trotz einer Streikdauer von 6 Tagen wegen Feiertag und Wochenende nur an 2 Arbeitstagen der Privatwirtschaft gestreikt wurde, muß man auch beachten, wie der Streik von den Kollegen geführt wurde.

Der größte Teil der aufgeforderten Kollegen beteiligte sich am Streik und viele sind neu in die Gewerkschaft eingetreten. Für die meisten Kollegen bedeutete Beteiligung aber nur, daß sie ihrem Arbeitsplatz fernblieben und sich im Streiklokal einen Stempel abholten, es bedeutete nicht, daß sie sich aktiv beteiligten und sich z. B. für die Verteilung von Flugblättern oder als Streikposten zur Verfügung stellten. Ein einzelner Streikposten vor einem Amt mit 2000 Beschäftigten war keine Seltenheit. Unmittelbar vor dem Abschluß gab es Arbeitsgruppen, die befürchten mußten, daß sie noch nicht einmal mehr in der Lage sein würden, einen Streikposten rund um die Uhr vor dem Amt aufzustellen. Es kam zu Hilferufen quer durch die BRD, bei denen um die Abstellung von Streikposten gebeten wurde.

Einen großen Teil der Verantwortung für diese Schwierigkeiten trägt die Organisation selbst, da man die beamteten Funktionäre auf unterster Ebene aus der Streikvorbereitung und -durchführung heraushielt und man nur in ganz wenigen Ausnahmefällen Streikversammlungen durchführte. In den meisten Orten fand keine einzige Versammlung statt. Wie groß jedoch auch in diesem Zusammenhang die fehlende Kampferfahrung war, zeigt das Verhalten der Kollegen, nachdem die Verhandlungskommission ein Verhandlungser-

gebnis erzielt hatte. Noch bevor die Zustimmung des Hauptvorstandes vorlag, nahmen die Kollegen, obwohl sie unzufrieden waren, das Ergebnis hin. In vielen Ämtern erschieden die Streikposten nicht mehr. Spätestens zu diesem Zeitpunkt brach der Streik zusammen. Noch vor der 2. Urabstimmung wurde auf Anordnung des Hauptvorstandes die Arbeit wieder aufgenommen. Es wurden Überstunden geschoben, um die Rückstände aufzuarbeiten.

Nur in der Urabstimmung selbst zeigten die Kollegen noch einmal ihre Unzufriedenheit. Insgesamt stimmten nur rund 52% der abstimmenden Kollegen dem Abschluß zu, wobei sich viele an der Abstimmung nicht mehr beteiligten. In den großen Ämtern, die hauptsächlich von Schichtarbeit betroffen sind, wurden meist zwischen 75% und 95% Nein-Stimmen abgegeben.

Was sind die Ergebnisse des Streiks?

Zusammengefaßt heißt der Abschluß: Der Unternehmer hat sein Angebot von 103% auf rund 107% erhöht, für einen erweiterten, aber immer noch eingeschränkten Personenkreis. 50% aller Schichtdienstler, allerdings die meisten Nachtdienstler, kommen jetzt in den Genuß einer Freizeitregelung. Teilzeitkräfte sind anteilig eingeschlossen.

Einem Vergleich mit den Forderungen hält das Ergebnis allerdings nicht stand:

- 107%ige Anrechnung von Nachtdienststunden gegenüber den geforderten 150%;
- Nichtberücksichtigung von Sonn- und Feiertagsschichten;
- Nichtberücksichtigung von Wechseldienst ohne Nachtschichten;
- Festschreibung des miesen Ergebnisses bis 1984;
- Keine Verkürzung der Wochenarbeitszeit, sondern Freischichten.

Obwohl keiner der Kollegen mit der Durchsetzung aller Forderungen rechnete, fühlten die meisten sich doch verschaukelt, sie gingen davon aus, daß eine 120%ige Anrechnung herauskommen könnte.

Was macht dieses Ergebnis deutlich?

Die Parallelen des Poststreiks mit den Auseinandersetzungen in der Stahlindustrie und im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe weisen unmißverständlich darauf hin, daß der Tabukatalog der Arbeitgeberverbände auch für den öffentli-

Der Streik im Hamburg

Am Donnerstag, dem 21. 11. 1980 wurden in Hamburg die Postämter 2 und 3 bestreikt. Alle Arbeiter und Angestellten der Frühschicht wurden von Streikposten empfangen und ins Gewerkschaftshaus (Streiklokal) geschickt. Dort holten sie ihre Streikausweise mit Stempel ab und wurden nach Hause geschickt.

Die Beamten wurden hineingelassen. Merkwürdigerweise hatten sie alle weiße Ausweise, die sie berechtigten, ins Postamt zu gehen. Diese Ausweise wurden schon am Montag ans Personal ausgegeben. Die Arbeitskämpfhelfer wußten allerdings Mittwoch noch nicht, welche Ämter bestreikt werden. Es ist schon makaber, wenn die oberen Dienststellen der Post Bescheid wissen, wir als Betroffene aber nicht.

Später kamen dann Beamte der Oberpostdirektion, die zwangsverpflichtet waren. Als Streikposten tat es einem in der Seele weh, wenn man die Beamten reinlassen mußte. Darum griff der Streik auch erst am Freitag richtig, da ja immer noch zum Teil gearbeitet wurde.

Am Freitag wollte die Oberpostdirektion sogar Auszubildende einsetzen. Daraufhin wurden im PA 3 auch keine Beamten zur Spätschicht mehr hineingelassen. Die Kollegen freuten sich. Der Einsatz von Auszubildenden wurde dann schnell zurückgezogen, aber danach durften die Beamten auch wieder rein.

Am Freitagabend gab es eine Solidaritätsveranstaltung. Und siehe da, unser Bezirksvorsitzender Mendel, der sich vor wenigen Wochen noch so äußerte, daß es keinen Streik geben würde und sich auch praktisch nach seinen Worten verhielt, tönte vom Beamtenstreik. Wortradikal ließ er verlauten, daß im

PA 2 (Paketpostamt) nichts mehr lief und die wenigen Beamten die Arbeit nicht schaffen würden. Die Wirklichkeit sah anders aus. Im PA 2 wurde zur gleichen Zeit noch gearbeitet. Am Freitagmorgen waren noch über 60 Paketzustellwagen rausgefahren. Kolleginnen und Kollegen waren auf dieser Veranstaltung sehr sauer, weil der Streik nicht ausgedehnt wurde und am Morgen immer noch Post auf die Zustellämter gegangen war.

Es fanden auch keine Streikversammlungen statt bzw. Informationsveranstaltungen für Vertrauensleute nicht bestreikter Ämter. Man mußte wieder einmal alles aus der Presse erfahren.

Am Sonntag kam dann schnell das »Aus«. In Frankfurt beim Hauptvorstand gab es zahlreiche Proteste, ganze Ortsverwaltungen drohten mit Austritt. Davon ließ sich der Hauptvorstand allerdings nicht erweichen. Er stimmte nach stundenlanger Debatte dem Angebot mit 32 gegen 8 Stimmen zu. Hier muß man sich im nachhinein wirklich fragen, warum hier in einem 4tägigen Streik 10 Millionen und der Rest an Energie und Bereitschaft der Mitglieder verpulvert wurden.

Die Reaktionen der Kollegen waren sehr unterschiedlich. Wut, Resignation, Austrittsdrohungen, bis hin zu dem Punkt »Wir brauchen eine Solidarität«.

Schenkt man der »Welt« vom 1. 12. 1980 Glauben, dann wurden bei der 2. Urabstimmung nur 13.000 Stimmen gewertet (130.000 Abstimmungsberechtigte). In Hamburg haben Ämter bis zu 65% gegen diesen Abschluß gestimmt. Mir ist nicht klar, wo der Hauptvorstand die 51,4% für Annahme hernimmt und Einzelergebnisse werden geheimgehalten. Es wäre eine interessante Aufgabe, sie einmal bundesweit zusammenzutragen.

chen Dienst gilt. Die Post als Gewinne machender Staatsbetrieb unter sozialdemokratischer Leitung wäre ökonomisch und nach Einschätzung vieler sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionäre auch politisch durchaus in der Lage gewesen, eine spürbare Verkürzung der Wochenarbeitszeit für Schichtarbeiter einzuführen. Offensichtlich stieß auch zu Anfang der Diskussionen die Gewerkschaftsführung mit ihren Forderungen im Postministerium nicht auf allzu großen Widerstand. Als von der Gewerkschaftsführung damals eine baldige Verbesserung im Schichtdienst verkündet wurde, und Anfang 1979 der Postminister versprach, das Problem »positiv« zu lösen, traten BDA/BDI auf den Plan und warnten die Post vor Alleingängen in der Arbeitszeitfrage. Der Innenminister machte dem Postminister klar, daß eine Schichtdienstregelung für die Postler nur im Rahmen einer Regelung für den gesamten ÖD zustandekommen dürfe und demzufolge in ihrem Volumen den leeren öffentlichen Kassen angepaßt werden müsse.

Das Scheitern der bisherigen Gewerkschaftspolitik

Allein der geringe Umfang des durch den Streik Erreichten macht klar, daß der Verhandlungsspielraum der Gewerkschaften praktisch bei Null angelangt ist. Vor wenigen Jahren noch hätte es sich wohl keiner träumen lassen, daß um eine derartig geringfügige Verbesserung nur für einen Teil der Postler überhaupt gestreikt werden müsse. Derartige Dinge wurden früher auf der Ebene Hauptvorstandssekretär — Ministerialbürokratie — direkt ausgehandelt. Diesmal mußte die Gewerkschaftsführung nicht nur die ganze Skala der ihr zur Verfügung stehenden Drohgebärden einsetzen, sondern sogar zum Mittel des Streiks greifen, um die von ihr selbst erweckten Erwartungen bei den Kollegen nicht total zu enttäuschen. Und nicht einmal mit dem Streik ist ihr das vollständig gelungen, wie an dem Urabstimmungsergebnis leicht abzulesen ist.

Seit einigen Jahren wird von den Sozialdemokraten das Schlagwort von der »Humanisierung der Arbeitswelt« gebraucht, um von dem langsamen Abbau der Löhne abzulenken. Von den Sozialdemokraten in den Gewerkschaften wird dieses Schlagwort umgesetzt in sog. »qualitative Forderungen«. Im Vorstand der Postgewerkschaft wurde wegen der günstigen ökonomischen Bedingungen geglaubt, mit der Durchsetzung derartigen »qualitativer« Forderungen bei der Post beginnen zu können. Von Gewerkschaftssekretären wurde auch vertreten, daß die DPG sich doch in der Rationalisierungsfrage »konstruktiv« verhalten habe und ihr Eintreten für die Monopolinteressen des Unternehmens auch seinen Lohn bekommen müsse.

Mit dem schnellen Abschluß des neuen Manteltarifvertrages durch ÖTV und DPG ist quasi offiziell das Scheitern dieser Politik erklärt worden. Wie weitgehend dieses Scheitern ist, wird dadurch verdeutlicht, daß es 1980 nicht einmal gelungen ist, den 1953 für eine Lohnerhöhung aufgegebenen Status der Schichtdienstler als Preis für weitgehenden Lohnverzicht wiederzuerlangen.

Warum wurde so schnell abgeschlossen?

Es ist besonders darauf hinzuweisen, daß die örtlichen Streikleitungen überwiegend mit streikunerfahrenen Kolleginnen und Kollegen besetzt waren, weil die Mehrheit der örtlichen Funktionäre Beamte sind und von der Gewerkschaftsführung aus dem Streik herausgehalten wurden, sich also auch nicht als Streikposten, Mitglied der Streikleitung usw. beteiligen durften. Deshalb lassen die z.T. etwas chaotischen Verhältnisse (kaum Streikversammlungen, zu wenig Streikposten etc.) keine Aussage über die tatsächliche Streikbereitschaft der Kollegen zu. Zweifel über die Kampfkraft sind angebracht, allerdings war der Streik schon zu Ende, bevor er sich richtig entwickeln konnte. Fakt ist, daß der Streik zwar »von oben« angeordnet wurde, dem Streikaufruf in den bestreikten Dienststellen unabhängig vom jeweiligen Organisationsgrad aber nahezu 100%ig gefolgt wurde. Die zweifelhafte Kampfkraft wird zwar von der Gewerkschaftsführung kritischen Kollegen gegenüber gerne als Grund für den hastigen Abschluß genannt, kann aber unseres Erachtens nicht ausschlaggebend gewesen sein. Übrig bleibt als Erklärung für den hastigen Abschluß nur, daß der Gewerkschaftsführung klar war, oder von den Genossen in Partei und Regierung klargemacht wurde, daß mehr auch bei länger

dauerndem Streik nicht zu holen wäre. Wahrscheinlich wurde von der SPD-Führung der Gewerkschaftsspitze klargemacht, daß der Streik vor der Regierungserklärung des Kanzlers zu beenden sei, was so auch geschah.

Zur Frage des Beamtenstreiks

Anders als in dem Streik 1974 wurden diesmal die Beamten von der Gewerkschaftsführung komplett herausgehalten. Wenn auch damals der Beamtenstreik nicht offiziell ausgerufen wurde, so wurden doch 1974 die Beamten bei der Urabstimmung zu einer Solidaritätsabstimmung aufgefordert, und die meist beamteten Gewerkschaftsfunktionäre (örtliche Vorstände, Vertrauensleute) bildeten die Streikleitungen, standen Streikposten usw. Wenn damals eine bestimmte Dienststelle bestreikt wurde, gingen die Beamten mit raus, ohne daß es Beanstandungen gab.

In der Zwischenzeit hat es aber für die Gewerkschaften in der Frage des Beamtenstreiks ein ähnliches Debakel wie in der Aussperrungsfrage gegeben. Das Anrufen von Gerichten hat anläßlich des Fluglotsenstreiks und anläßlich der Forderung der Lehrer um Verkürzung der Arbeitszeit ergeben, daß nach »höchstrichterlicher« Auffassung nicht nur der Beamtenstreik verboten, sondern sogar ein Dienst nach Vorschrift sittenwidrig sei.

Die Folge davon war für diese Auseinandersetzung, daß anläßlich der mehr oder weniger spontanen Arbeitsniederlegungen vor dem eigentlichen Streik der Bundesdisziplinaranwalt Claussen, bekannt als Verfolger kommunistischer Lokführer und Briefträger, zu ermitteln versuchte, ob und wenn ja welche Beamte sich an den Arbeitsniederlegungen beteiligt und welche Vorgesetzten dies etwa gebilligt hätten. Diese Ermittlungen wurden auf Protest der DPG allerdings (offiziell) eingestellt.

Auf dem Kongreß der DPG, der kurz vor dem Streik stattfand, wurde die Frage des Beamtenstreiks breit diskutiert. Von vielen Delegierten wurde auf die entsolidarisierende Wirkung eines Fernhaltens der betroffenen Beamten hingewiesen, wurde die Existenzberechtigung einer Gewerkschaft, deren weit überwiegender Teil der Mitgliedschaft keine Kampfmaßnahmen ergreifen könne, in Frage gestellt. Von einigen wurde auch gefragt, was das mit großem propagandistischen Aufwand verabschiedete Grundsatzprogramm überhaupt soll, wenn einer der wesentlichen Programmpunkte, nämlich das uneingeschränkte Streikrecht der Beamten, kampfflos preisgegeben würde.

Die Gewerkschaftsführung vertrat den Standpunkt, daß höchstrichterliche Entscheidungen, auch um Schaden von dem einzelnen Beamten abzuwenden, beachtet werden müssen. Ein Beamtenstreik käme bei der gegenwärtigen juristischen Situation nur dann in Betracht, wenn die Existenz der Gewerkschaft selbst in Gefahr wäre.

Damit hat die Postgewerkschaft, die neben der Eisenbahnergewerkschaft die einzige ist, die objektiv im Stande wäre, das Streikrecht für Beamte zu erkämpfen, auch diese Forderung beerdigt. Sie unterstützt damit sogar die gegenwärtige Politik der Post, immer mehr Arbeitsplätze von Angestellten und Arbeitern in Beamtenstellen umzuwandeln. Die Unternehmensleitung hat es dabei noch nicht einmal nötig, die wahren Absichten zu verschleiern. Sie selbst spricht in den den Personalvertretungen vorgelegten Papieren davon, weitere Bereiche, speziell im Fernmeldewesen, »streiksicher« zu machen.

Es mag richtig sein, daß diese Auseinandersetzungen um den Schichtdienst nicht von vornherein geeignet gewesen wäre, die Frage des Beamtenstreiks auszutragen, daß von einem Streik um mehr Lohn vielleicht alle gleichermaßen betroffen, also da die Beamten leichter zu mobilisieren sind. Trotzdem ist an dem Verhalten der Gewerkschaftsführung heute schon abzulesen, daß sie bereit ist, die »hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums« in der nun wieder geltenden Form wilhelminischer Rechtsauffassung auch weiterhin zu akzeptieren.

Die Gewerkschaftsführung hat der Unternehmensleitung vorgeworfen, daß von ihr Beamte als Streikbrecher eingesetzt würden. Damit hat sie diesen Kollegen förmlich ins Gesicht gespuckt, denn einerseits verhindert die Gewerkschaftsführung selbst **Ansätze** von Solidaritätsaktionen der Beamten, und beschimpft dann andererseits die gleichen Kollegen als Streikbrecher. So wird das von dem Unternehmen mit großer

Sorgfalt vorgenommene Aufspalten jeder Arbeitsgruppe in Beschäftigte unterschiedlichen Status von der Gewerkschaftsführung aufgegriffen und vollendet und vom eigenen Versagen dadurch abzulenken versucht, in dem die Kollegen aufeinander gehetzt werden.

Diesen Versuchen müssen wir entgegengetreten, denn, wie uns ein Kollege schreibt:

„Insgesamt hat dieser Streik der 'Knopfdruckmobilisierung' eine neue Krone aufgesetzt. Damit man das nicht weiter mit

uns machen kann, sollten aktive Gewerkschafter regional und überregional Kontakte herstellen und Erfahrungen austauschen. So ein Prozeß geht innerhalb der DPG sehr schleppend voran. Gerade der Bezirk Frankfurt könnte hier vorantreibend mit seinen Erfahrungen wirken. Entweder wir organisieren aktiv einen Zusammenschluß und das kann Jahre dauern, oder wir werden langsam zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsbürokratie aufgerieben.“

Dem gibt es nichts hinzuzufügen.

Zur Diskussion um das Programm des DGB

Einst Wirtschaftsdemokratie, jetzt Mitbestimmung – Konzepte und ihre Folgen

Im März dieses Jahres findet ein DGB-Bundeskongreß statt, auf dem über den seit Monaten vorliegenden Entwurf eines neuen Grundsatz-Programms diskutiert und beschlossen werden soll. Eine erste Stellungnahme der Gruppe Arbeiterpolitik zu dieser Diskussion ist veröffentlicht als Beitrag im „Reader für die Zweite Sozialistische Konferenz“.

Einige grundsätzliche Fragen gewerkschaftlicher Politik in der kapitalistischen Gesellschaft wurden schon in der Weimarer Republik anlässlich des vom ADGB propagierten Konzeptes einer »Wirtschaftsdemokratie« vom kommunistischen Standpunkt behandelt. Um daran anknüpfen zu können, veröffentlichen wir hier einen Artikel, den August Thalheimer in der »Arbeiterpolitik«, der Tageszeitung der KPD-O veröffentlichte. Der Wiederabdruck dieses Artikels an dieser Stelle soll Hintergrundmaterial zur aktuellen Diskussion sein; er ersetzt nicht eine gründlichere Stellungnahme von uns zum DGB-Programm-Entwurf, die wir erarbeiten und in geeigneter Form veröffentlichen wollen. Die Redaktion

August Thalheimer:

Kritische Anmerkungen zu Tarnows Referat über »Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse«

Das Referat F. Tarnows über »Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse« auf dem Leipziger Parteitag der SPD liegt bereits im Druck vor, bevorwortet vom Parteivorstand der SPD und mit der vom Parteitag zum Referat angenommenen Resolution als Anhang. (I. H. W. Dietz, Nachf., Berlin). Wir knüpfen an diesen offiziellen Text unsere kritischen Anmerkungen an.

Molière schrieb den »Eingebildeten Kranken«. Die Sozialdemokratie spielt den eingebildeten Arzt des Kapitalismus. Eingebildet: denn nicht nur wird der Kapitalismus nicht von ihr kuriert, das passiert auch anderen Ärzten, sondern ihre ärztliche Tätigkeit am Kapitalismus ist nur eine eingebildete. Sie kommt in Wirklichkeit gar nicht dazu, diese Rolle zu spielen. Der Kapitalismus läßt den eingebildeten Arzt wohl schwatzen, im übrigen aber besorgt er seine Geschäfte selbst. »Der Kater hört zu und frißt« — lautet ein russisches Sprichwort. Die wirkliche Rolle der Sozialdemokratie ist eine ganz andere, als die, die sie sich einbildet. Sie verarztet nicht den Kapitalismus, sondern die Arbeiterklasse, die sie davon abhält, den Alp abzuschütteln, der ihr im Nacken sitzt. Der Kapitalismus ist krank, der eingebildete Arzt aber spricht die Arbeiterklasse ins Bett. Die weisen »Ratschläge«, die diese Kleinbürger mit überlegener Miene dem Kapitalismus erteilen, laufen aber darauf hinaus, das Raubtier möge doch gefälligst hinfort Gras fressen.

Bereits die Sprache verrät die Kleinbürger, die auf dem Boden des Kapitalismus stehen und sich einbilden, weil die

Nachwächterdienste für ihn verrichten, seien sie Mitinhaber der Firma und hätten etwas zu sagen. An die Stelle der kritischen Sprache des Marxismus ist die der Vulgärökonomie getreten. Die Sprache kennzeichnet den Standpunkt.

Wir lesen da z. B. von »Produktionswirtschaft« (S. 5), wo es sich um die kapitalistische Produktion handelt. Das spezifisch kapitalistische der kapitalistischen Produktion ist weggelassen. Dies besteht darin, daß der Zweck der kapitalistischen Produktion nicht die Befriedigung des gesellschaftlichen Bedarfs, sondern die Erzeugung von Mehrwert ist. Es gibt im Kapitalismus keine »Produktionswirtschaft« in dem gemeinten Sinne.

»Die deutsche Wirtschaft« (S. 8). Die kapitalistische Wirtschaft ist gemeint. Sie wird aber als die Wirtschaft hingestellt, sie wird ihres historischen vergänglichlichen Charakters entkleidet. Es ist dies die kapitalistische Sprechweise, nicht die des Proletariats.

»Wir haben gewiß eine Auslandsverschuldung« (S. 10). Die »wir« sind ausschließlich die Kapitalisten. Der Arbeiterklasse gehören einstweilen weder die Aktiven noch die Passiven des deutschen Kapitals. Aber der Tarnow u. Cie. sprechen, als ob sie zur Firma gehören.

»Verbrauchsgüter« und »Konsumgüter« (S. 17). Der Kapitalismus erzeugt bekanntlich keine »Güter« (Gebrauchswerte), sondern Waren (Tauschwerte). Die bürgerliche Ökonomie spricht von »Gütern«, um den spezifischen Charakter der kapitalistischen Wirtschaft zu verschleiern, um sie als unmittelbare Produktion für den Bedarf darzustellen, was sie gerade nicht ist, und was die Grundlage aller ihrer Widersprüche und Krisen bildet.

Tarnow »klagt« die kapitalistische Wirtschaft »an«.

»Wenn nur halb soviel Energie auf die Verteilung dessen, was produziert wird, verwandt worden wäre wie auf die Produktion und ihre Steigerung, dann hätte die soziale Frage längst aufgehört, noch ein Problem zu sein.« (S. 4)

Danach scheint es, als ob es die Kapitalisten an »Energie bei der »Verteilung« des Produzierten fehlen lassen. Das tun sie nun keineswegs. Im Gegenteil. Sie wenden alle Energie auf 1. um den Anteil der Arbeiterklasse möglichst zu drücken, 2. um sich gegenseitig die Profite abzujauchen. Die »Energie«, mit der das geschieht, war nie so groß wie heute. Sie ist zur brutalsten Gewalt ausgeartet.



Die Sozialdemokratie auf dem Kutschbock



Auch hier tritt der Kleinbürger zu Tage, der die kapitalistische Produktion gut findet, aber die »Verteilung« schlecht. Die einen bekommen zuviel, die anderen zuwenig, aber es ist eine grundlegende marxistische Einsicht, daß die Art der »Verteilung« durch die Art der Produktion bestimmt ist. Kapitalistische Produktion bedingt kapitalistische Verteilung. Man muß die Art der Produktion revolutionär umstürzen. Der kleinbürgerliche Sozialismus bildet sich ein, die »Verteilung« ändern zu können, ohne die kapitalistische Produktion selbst zu ändern.

Im Herbst 1918 hat die deutsche Sozialdemokratie nach Tarnow »das deutsche Volk gerettet«. Sie hat damit die »Existenzgrundlage« für die deutsche Wirtschaft hergestellt. Die Kapitalisten saßen damals zunächst »in den Mauselöchern«. Tarnow entrüstet sich nicht schlecht über die »unerhörte Heuchelei« der Kapitalisten, die heute das »marxistische System«, hier die Sozialdemokratie, anklagen, die sie gestern vom Untergang gerettet hat. Zu diesem Rettungswerk der Sozialdemokratie gehörte ein »ungeheuer entwickeltes Verantwortungsbewußtsein«. Wenn die Sozialdemokratie nicht »auf dem Posten gewesen wäre, dann wäre ein vollständiger Zusammenbruch der Ökonomie Deutschlands unvermeidlich gewesen.« (So Tarnow (S. 8, 9).

Solange sozialdemokratische Arbeiter es sich noch gefallen lassen, daß der ungeheuerliche Verrat und die unverzeihliche Dummheit, die die Sozialdemokratie November 1918 begangen hat, als sie den wankenden Kapitalismus wieder auf die Beine stellen half, als Verdienst gepriesen wird, solange werden sie noch an der Nase herumgeführt. Wenn nicht eingesehen und ausgesprochen wird, daß das Verrat und Dummheit war, so doch nur deshalb, weil grundsätzlich an dem Standpunkt festgehalten wird, daß Krisen des Kapitalismus nicht benutzt werden müssen, um ihn zu stürzen, sondern um — ihn zu stützen, zu retten. Die Heulmeierei Tarnows über die Heuchelei und Undankbarkeit der von der Sozialdemokratie 1918 und später geretteten Kapitalisten ist ebenso albern wie komisch. Ihr habt der kapitalistischen Bestie wieder auf die Beine geholfen, als ihr ihr das Kreuz brechen konntet, und jetzt wundert und entrüstet ihr euch, daß sie ihre Zähne und Klauen gebraucht. Denn Wirtschaft und Politik ist nicht zu trennen. Den Kapitalismus wirtschaftlich »retten«, hieß ihn auch politisch wieder stärken. Als er in der Klemme war, und die Revolutionswelle hochging, machte er einige Zugeständnisse. Jetzt nimmt er, wo er dank eurer Hilfe die Kraft dazu hat, sie wieder zurück. Entrüsten könnt ihr euch dabei nur über eure eigene Dummheit.

Die »Fehlinvestitionen« (S. 10, 11). Auch hier statt revolutionärer Schlußfolgerungen aus den Tatsachen, kleinbürgerliche Heulerei und »weise« Ratschläge.

Die »Fehlinvestitionen« sind ein Ausdruck für die Tatsache, daß das Kapital in Zeiten der Hochkonjunktur weit über die Marktschranken hinaus die Produktionskapazität steigert; das ferner stillgelegten Betrieben Renten gezahlt werden. Die Tatsachen selbst sind allmählich allgemein bekannt. Aber die »weisen Ratschläge« an die Kapitalisten sind auch hier für die Katz. Diese »Fehlinvestitionen« sind keine Zufälle, keine vermeidlichen Fehler der Kapitalisten, sie sind mit dem Wesen des Kapitalismus in seinem heutigen Zustand des Monopolkapitalismus unzertrennlich verbunden. Sie sind durch seinen Mechanismus selbst gegeben. Sie sind der Fehler des Monopolkapitalismus. Das Überflügeln der Marktschranken in der Hochkonjunktur ist ein Wesenszug des Kapitalismus während seiner ganzen Geschichte. Unter dem Monopolkapitalismus ändern sich die Formen und Umfänge dieser

Erscheinung, aber nicht diese selbst. Den einzelnen Kapitalisten zwang dazu früher die kapitalistische Konkurrenz unter Einzelkapitalisten. Heute zwingt dazu die Konkurrenz der Kapitalmonopole. Die Tendenz zu absoluter Produktionssteigerung macht gerade die historisch fortschrittliche Seite des Kapitalismus aus! Gelänge es, sie zu beseitigen, so kommt man zur kapitalistischen Stagnation, so käme man zur Beseitigung der Hochkonjunkturen.

Ebenso ist es mit den Renten für stillgelegte Betriebe. Sie belasten die Produktion. Sie sind das Zeugnis für die mehr und mehr parasitische Rolle des Monopolkapitalismus. Aber sie sind mit dem kapitalistischen Eigentumsbegriff gegeben, Entschädigungslose Enteignung kennt der Monopolkapitalismus nur gegenüber dem Kleinbürgertum und der Arbeiterklasse. Das Prinzip der entschädigungslosen Enteignung auf das Monopolkapital anzuwenden, heißt es revolutionär aufheben.

Wenn daher Tarnow das Monopolkapital donnernd befehlt: »Stellt erst einmal eure Bilanzen richtig, reduziert erst einmal das Kapital auf den tatsächlichen Wert der Unternehmungen, und gebt nicht fingierte Werke von Produktionsanlagen hinein, die überhaupt nicht mehr da sind, oder von Produktionsanlagen, die nicht mehr funktionieren können, weil ihr eine Überkapazität geschaffen habt« (S. 13), so ist das nur lächerliche Deklamation.

Wo bliebe der heutige Kapitalismus, wenn die Rechtstitel auf Grund von fiktiven Kapital gestrichen würden? Das gesamte Aktienwesen beruht ja gerade darauf!

»Wirtschaftsanarchie« und »organisierter Kapitalismus«

Tarnow dreht und windet sich, um den Widerspruch der Hilferdingschen Theorie vom »organisierten Kapitalismus« mit der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie wegzueskamotieren. »Der Monopolkapitalismus organisiert zwar, aber er organisiert Wirtschaftsbezirke und nicht die Volkswirtschaft; er hebt in der Gesamtwirtschaft die Anarchie nicht auf; er verlegt sie nur in andere Größenordnungen. Der organisierte Kapitalismus hat den ökonomischen Bürgerkrieg Mann gegen Mann aufgehoben und ihn in einen ökonomischen Bandenkrieg verwandelt.«

Sehr richtig, wenn auch nicht neu, denn das ist es, was die kommunistische Kritik sei langem sagte. Aber der »organisierte« Kapitalismus sollte ja gerade die Wirtschaftsanarchie beseitigen. Er sollte die Planmäßigkeit im ganzen einführen. So behaupteten es doch die Hilferding, Naphtali usw. Der »organisierte Kapitalismus« ist also damit als Humbug enthüllt. Die Weltwirtschaftskrise hat diese reformistische Täuschung gesprengt.

»Falscher« Angriff auf die Löhne

Der Angriff der Unternehmer auf die Löhne ist ebenso kapitalistisch »falsch«. Er ist nur die »Befriedigung eines Machtkitzels«, eine »stupidie volkswirtschaftliche Tradition«. Der Kapitalist »kann nicht anders handeln, als immer den Lohn zu drücken, denn davon hängt, wie er sich einbildet, sein Profit ab, und daß dennoch die kapitalistische Wirtschaft in ihrer Gesamtheit das Gegenteil erforderte, nämlich eine Erhöhung der Löhne, eine Stärkung der Kaufkraft« (S. 16). Das ist die seit langen Jahren gepredigte gewerkschaftliche Vulgärtheorie, die sich einbildet, die Kapitalisten zu belehren, wie sie richtig kapitalistisch handeln müßten, und dabei die elementarsten Einsichten des Marxismus preisgibt.

Denn es ist in der Tat eine der elementarsten marxistischen Einsichten, daß Löhne und Profite sich umgekehrt verhalten.



Fritz Tarnow, der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, war der anerkannte wirtschafts-politische Sprecher des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und einer der führenden Gewerkschafts-politiker der SPD.

Senkung der Löhne ist Steigerung der Profite. Lohnsenkung ist allerdings identisch mit Senkung der Konsumfähigkeit der Arbeiter und insoweit Einschränkung des kapitalistischen Absatzmarktes. Aber das kapitalistische Interesse an der Höhe des Profits ist das Primäre. Dieser Widerspruch läßt sich nur mit dem Kapitalismus selbst, aber nicht auf dem Boden des Kapitalismus beseitigen. Von ihrem Boden aus antworten die Kapitalisten: Unser Profit ist auch »Kaufkraft«.

Nicht: »mehr Backöfen«, sondern »mehr Brot«

Die vulgärökonomische theoretische Verwirrung führt Tarnow zu geradezu hahnebüchenem Unsinn in folgendem.

Die »Kapitalakkumulation« vollzieht sich technisch als Anhäufung von Produktionsmitteln. »Es ist also logisch, daß die Kapitalisten lieber Produktionsmittel als Konsumgüter erzeugen. Das ist aber nicht das gesellschaftliche Interesse, das auf mehr Verbrauchsgüter und nicht auf überflüssige Produktionsgüter gerichtet ist. Das gesellschaftliche Interesse heißt: mehr Brot! Das kapitalistische Interesse: mehr Backöfen! Damit ist der Gegensatz zwischen gesellschaftlichem und kapitalistischem Interesse am besten ausgedrückt.« (S. 17.) Dieser hahnebüchene elementare Unsinn passierte ohne Kritik!

Aller gesellschaftliche Fortschritt in der Produktivität der Arbeit drückt sich aus in der Steigerung des Umfangs der Produktionsmittel im Verhältnis zu dem der Konsumtionsmittel. Mit anderen Worten: Der wachsende Umfang der Technik ist der Maßstab für den gesellschaftlichen Fortschritt in der Beherrschung oder Nutzbarmachung der Naturkräfte. In der kapitalistischen Gesellschaft drückt sich das aus in Gestalt der schnelleren Kapitalakkumulation in der Abteilung der Produktionsmittel, als in der der Konsumtionsmittel. Das umgekehrte bedeutet: technischer und kultureller Rückschritt! Selbstverständlich wird in der sozialistischen Gesellschaft nicht nur der Umfang der Produktionsmittel schneller wachsen als der der Konsumtionsmittel, sondern dies

Wachstum wird noch schneller sein als in der kapitalistischen Wirtschaft. Denn der Sozialismus beseitigt bestimmte soziale und ökonomische Hemmnisse, die dem technischen Fortschritt im Kapitalismus im Wege stehen.

Wieso kommt Tarnow zu diesem Unsinn? Weil in seiner Vorstellung die kapitalistische Form des technischen Fortschritts die absolute ist. Daher schreibt er die gesellschaftlich schädlichen Wirkungen des technischen Fortschritts in seiner kapitalistischen Form nicht der kapitalistischen Form zu, sondern dem technischen Fortschritt an sich, der sich — unter allen gesellschaftlichen Verhältnissen — in der Vermehrung des Umfangs der Produktionsmittel ausdrückt. Eine schöne »marxistische« Konsequenz, die sich gegen den technischen Fortschritt wendet!

Es sind nicht zuviel Produktionsmittel da — aber zuviel Produktionsmittel in kapitalistischer Form, und darum zuwenig Konsumtionsmittel für die Arbeiterklasse.

Die Folgerung Tarnows wäre: weniger Backöfen! Welch ein toller Unsinn. Für die eine sozialistische Gesellschaft heißt es verbesserte Backöfen, mehr und bessere Backtechnik — weniger Arbeit für den Backprozeß, also mehr Brot und weniger Arbeit.

Das ist heute sozialdemokratische »Theorie«.

»Endkrise« des Kapitalismus oder nicht?

Tarnow ist der Ansicht, daß »trotz dieser noch nie dagewesenen Häufung von Krisenursachen... die Wirtschaft die Wege finden wird, die zum Wiederaufstieg führen« (S. 20).

Die »Linken« haben es Tarnow leicht gemacht, indem sie die Frage falsch stellten. Die Frage ist nicht, ob der Kapitalismus wieder zu einem Konjunkturaufstieg kommen kann, wenn es ihm gelingt, die Krise auf Kosten der Arbeiterklasse zu überwinden, sondern:

1. Befindet sich der Kapitalismus allgemein noch im Aufstieg oder im Niedergang? Auch im Niedergang geht der Konjunkturzyklus weiter.

2. Soll die Arbeiterklasse Niedergang und Wirtschaftskrise benutzen, um dem Kapitalismus auf ihre Kosten das Leben zu verlängern, oder soll sie ihn stürzen.

»Nun stehen wir ja allerdings am Krankenlager des Kapitalismus nicht nur als Diagnostiker, sondern auch — ja, wie soll ich das sagen — als Arzt, der heilen will, oder als fröhlicher Erbe, der das Ende nicht erwarten kann und am liebsten mit Gift noch etwas nachhelfen möchte? In diesem Bild drückt sich unsere ganze Situation aus. Wir sind nämlich, wie mir scheint, dazu verdammt, sowohl Arzt zu sein, der ernsthaft heilen will, und dennoch das Gefühl aufrechtzuerhalten, daß wir Erben sind, die lieber heute als morgen die ganze Hinterlassenschaft des kapitalistischen Systems in Empfang nehmen wollen.«

Dasselbe wird ausgedrückt in der Wendung »Die organisierte Arbeiterschaft will den Sturz des kapitalistischen Systems, aber sie will nicht den Zusammenbruch der Wirtschaft.«

All das sind nur verhüllte Wendungen dafür, daß die Sozialdemokratie davon träumt, daß die Kapitalisten sich allmählich und friedlich die Macht aus der Hand nehmen lassen, daß es keines gewaltsamen Sturzes der Kapitalistenklasse bedürfe.



Aber **erstens**: »Die Wirtschaft«, nämlich die kapitalistische Wirtschaft, bricht ja gerade in den Krisen periodisch selber zusammen.

Zweitens: Gerade die »Russen« haben versucht, nach Eroberung der Macht, die **Kapitalisten** weiter an der Leitung der »Wirtschaft« zu beteiligen. Sie haben sabotiert und werden selbstverständlich immer sabotieren. Aber selbst an diesem **Versuch** war nur zu denken, nachdem die Kapitalisten im siegreichen Aufstand geschlagen waren und ihnen die politische Macht entrissen war.

Drittens: Revolution und Bürgerkrieg sind nicht reine **Zerstörungsakte**, wie die **sozialdemokratische Panikmacherei** sich einbildet, sie sind zugleich und überwiegend **Geburtsheiferakte**, die Befreiung der unter dem Kapitalismus entwickelten aber zugleich **gefesselten Produktivkräfte**.

Soweit »Zerstörung« und »Vernichtung« in Betracht kommen, ist es nicht die Arbeiterklasse, sondern das **Kapital**, das sie im Kampf um sein Leben brutal begeht. Folgt daraus, daß man das Kapital nicht angreifen soll? Umgekehrt folgt daraus, daß man durch konzentrierte Gewaltanwendung gegen das Kapital ihre Zerstörungsarbeit abkürzt und vermindert.

Deutschland und Rußland

Tarnow malt mit grellen Farben das »Elend« an die Wand, durch das die siegreiche russische Arbeiterklasse hat gehen müssen. Welch eine Heuchelei! Das »Elend« fällt ja gerade auf das Konto der Kapitalisten und ihrer Tarnows, die alle Kräfte der Konterrevolution gegen sie losgelassen haben und den sozialistischen Aufbau sabotieren.

Rußland hatte 1925 87 Prozent landwirtschaftliche Bevölkerung. Also kann man es in Deutschland nicht so machen wie in Rußland... Hier schlägt Tarnow sich selbst. Die höhere

Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland **erleichtert** hier den sozialistischen Umbau, nachdem einmal der kapitalistische Widerstand gewaltsam gebrochen ist.

»Sozialistische Fundamente«

Nach der Krise wird sich nach Tarnow zeigen, daß die »sozialistischen Fundamente stärker, die kapitalistischen schwächer« geworden sind (S.25). Welches sind die »sozialistischen Fundamente« nach Tarnow? Die Staatseinmischung in die Wirtschaft, die Arbeitslosenversicherung usw.

Aber es ist der Staat des **Monopolkapitals**, der sich einmischt, im Interesse des Monopolkapitals, nicht der Arbeiterklasse oder »der Gesellschaft«.

Die Arbeitslosenversicherung hat mit Sozialismus nicht das geringste zu tun. Es ist ein **kapitalistisches Sicherheitsventil**, nicht mehr.

Sinn und Zweck des Tarnowschen Referates wie der angenommenen Resolution ist die weitere **Stützung** des kranken Kapitalismus durch die Verhinderung des Angriffs der Arbeiterklasse auf die Grundlagen des Systems, durch die Stützung des bürgerlichen Staates.

Die Rolle des »Arztes« ist nur eine eingebildete, aber diese Einbildung dient dazu, die Arbeiter im Kampf zu lähmen, Illusionen in ihnen zu wecken über einen Einfluß auf den Gang der Wirtschaft im Kapitalismus, den sie gar nicht haben. Die Quacksalberrezepte im einzelnen durchzugehen, hat um so weniger Zweck, als die Sozialdemokratie gar nicht das geringste tut, um sie durchzusetzen. Das sind nichts als kleinbürgerlich - utopische fromme Wünsche, mit denen man sich über die Lakaienrolle gegenüber dem Kapital hinwegtröstet. ■

Aus: Arbeiterpolitik vom 14. Juni 1931,
Tageszeitung der KPD-Opposition.

Kommentar zum Krieg Irak – Iran:

Flucht nach vorn – vor revolutionärer Gefahr

»Wieder einmal ist der Westen von Ereignissen im Nahen Osten überrascht worden...«, klagt der israelische Reservegeneral Herzog angesichts des Konfliktes zwischen Irak und Iran. Worin sieht er den Grund der Überraschung? »Die westlichen Regierungen und Medien sind, geleitet von Opportunismus oder Ignoranz vom israelisch-arabischen Konflikt besessen...« Es sei falsch, wenn westliche Staatsmänner (Herzog bezieht sich auf eine kürzliche Reise des Vertreters der EG – Außenminister, Thorn) nach Israel kämen, »um mit israelischen Politikern und führenden Vertretern der arabischen Meinung am Westufer die palästinensische Frage zu diskutieren... Man verkennt dabei, daß die großen Gefahren für den Weltfrieden im Nahen Osten weiterbestehen werden, selbst wenn – durch welche Mittel auch immer – der israelisch-arabische Konflikt gelöst wird.« Und weiter: »Wir zählen heute an die 10 Konflikte im Nahen Osten und in der arabischen Welt, die den Weltfrieden bedrohen und gleichzeitig nichts mit dem Konflikt zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn zu tun haben.« (Welt v. 2. 12. 1980)

Ist denn der israelisch-arabische Konflikt eine isolierte Auseinandersetzung? Auch wenn – formal gesehen – der **Krieg zwischen Irak und Iran** ohne direkte und unmittelbare Beteiligung Israels stattfindet (übrigens zum ersten Mal im Nahen Osten seit 1948, abgesehen vom Krieg Nord- gegen Süd-jemen), so ist dennoch der irakisch-iranische Konflikt von den weltpolitischen Auseinandersetzungen ebensowenig zu trennen, wie der israelisch-arabische. Die Veränderungen, die der Krieg am Golf zur Folge haben muß, werden das Verhältnis Israels zu seinen arabischen Nachbarn kaum verbessern, eher verschlechtern!¹

Der Westen unterschätzt die iranischen Massen

Der Westen hat schon einmal die Entwicklung falsch eingeschätzt, als er die militärische Stärke des Schah-

Regimes überbewertete und sie für ausreichend hielt, die soziale Unruhe im Iran und im Golfgebiet unter Kontrolle zu halten. Trotz der modernsten militärtechnischen Rüstung (einschließlich atomarer) brach das Schah-Regime in der Sturmflut der Massen zusammen. — 60 bis 80 tausend Iraner, vor allem junge Leute im Alter bis zu 24 Jahren, fielen in den Kämpfen gegen die Herrschaft des Schah. Es waren zum größten Teil Menschen, die auf der untersten Stufe menschlicher Existenzbedingungen im Armutsgürtel Teherans lebten von Zufallsarbeit, als fliegende Händler, vom Abfall der Wohlhabenden und reichen Schichten und die ihr Leben in Slums und in primitiven Behausungen fristeten. 3 bis 4 Millionen Iraner sind in den letzten Jahren vor der islamischen Revolution (1978/79) vom Land nach Teheran gekommen; die meisten von ihnen leben in den Slums und sahen in den Mullahs ihre Hoffnung.

Jetzt hat der Westen wiederum den Widerstandswillen der Massen gegen den Angriff des Irak unterschätzt. Die USA rechneten mit einem schnellen militärischen Zusammenbruch des Irak. Der Widerstand der Massen in den Grenzgebieten zum Irak, der »Pasdaran« (=Wächter der Revolution«, islamische Miliz), die sich aus den untersten Schichten rekrutieren und z. T. mit Messern und bloßen Fäusten kämpfen mußten, war für die USA eine Überraschung. Die Sympathie der mit dem Westen verbundenen Staaten (wie Saudi-Arabien, Jordanien und vor allem die Golf-Staaten) für den Irak war in den ersten Kriegstagen offensichtlich, jedoch wurden sie alle vorsichtiger — aus Furcht, eine offene Unterstützung für den Irak und gegen den Iran könnte die Massen im eigenen Lande erregen und die Kritik radikaler Araber auf sie selbst ziehen.

Der Außenminister von Bahrain erklärte: »Es ist schwer für uns, gute Beziehungen zu den USA zu haben.« Die Golf-Staaten können sich keine engeren Bindungen an den Westen, d. h. die USA leisten, weil die USA Israel unterstützen. Denn amerikanische Bombenflugzeuge mit israelischen Piloten greifen die libanesisch-arabische Zivilbevölkerung an und mit amerikanischem Kapital werden die israelischen Siedlungen auf der »Westbank« gebaut.

¹ Wie klug Leute wie Herzog doch sein können: »Falls Irak im Krieg erobertes Territorium behält, werden die verlorenen Gebiete revanchistische, nationale Bewegungen dazu anspornen, dieses Territorium zurückzugewinnen...« — Und das gilt nicht für die israelischen Eroberungen und die »Siedlungen« auf der Westbank?

Es gibt jedoch auch andere Stimmen als die Herzogs im westlich-imperialistischen Lager; sie sehen die weitreichenderen Gefahren. So meint die »Neue Zeitung« (NZZ), die man als Sprachrohr internationaler Bankfinanzkreise ansehen kann: »Keineswegs nur dem Westen, auch der dritten Welt und nicht zuletzt den Beteiligten wäre am besten gedient, wenn es bald gelänge, die Kämpfe am Erdölgolf zum Stillstand zu bringen. Wenn es amerikanischerseits anfänglich Hoffnungen gegeben haben sollte, daß die irakische Militäraktion zum Sturz des Khomeini-Regimes und damit zur Freilassung der Geiseln führen könnte, und wenn deshalb Washington nicht alles getan haben sollte, was möglich war, um über befreundete arabische Regierungen auf den Irak einzuwirken, so müßte jene Ausgangsbasis inzwischen längst revidiert werden...«. Die NZZ sieht, daß eine Verlängerung des Kriegs am Golf die Gefahr mit sich bringt, daß der irakische Präsident Saddam Hussein »die Herrschaft über sein irregeleitetes Volk verliert.« (12. 10.)

Die amerikanischen Militärexperten hatten sicher gute militärtechnische Unterlagen für ihre Voraussagen, daß die iranische Armee in einem desolaten militärischen und moralischen Zustand sei und der Krieg schnell zu Ende gehen würde. Die USA hatten auch die Möglichkeiten, durch Zurückhaltung der Ersatzteile und Zubehöre zur Wartung usw. die Ausrüstung der iranischen Armee zu behindern. Dabei konnten sich die Amerikaner wohl auch auf einen nicht unbeträchtlichen Teil des Offizierskorps stützen, das nach wie vor keine Sympathien für die revolutionären Massen hat. Deswegen haben auch die Iraker mit einem schnellen Sieg und Blitzkrieg gerechnet.

Die Machtverhältnisse am Persischen Golf geraten ins Rutschen

Krieg und Bürgerkrieg, äußere und innere gesellschaftliche Auseinandersetzungen gehen im irakisch-iranischen Konflikt ineinander über. Es ist nicht nur der Irak, der betroffen sein könnte von den Folgen eines länger andauernden Krieges — seine Erschütterungen wirken auf Persien zurück und können sich über den Nahen Osten ausbreiten. Solange der Schah im Iran an der Macht war, spielte es die Rolle des Polizisten in der Golfregion. Die persische Armee führte jahrelang Krieg gegen die Partisanen in Dhofar (Oman). Dabei stützte sich der Schah — ebenso wie Israel — auf die militärische und politische Hilfe der USA und des Westens. Die Zusammenarbeit Israel-Iran war ein Eckpfeiler der imperialistischen Herrschaft im Nahen Osten. Gegen diese Militärmacht suchte Irak seine Interessen dadurch zu behaupten, daß es die Unterstützung der Sowjetunion in Anspruch nahm als dem weltpolitischen Gegner der USA. Der Schah seinerseits nutzte den Konflikt Iraks mit der kurdischen Minderheit (im Ölgebiet um Mossul), indem er die aufständischen Kurden im Irak jahrelang unterstützte und damit der irakischen Armee große Schwierigkeiten bereitete. Der Schah beendete die militärische Unterstützung der Kurden (er ließ sie kurzerhand im Stich) und verkaufte sie gegen das irakische Zugeständnis, daß Irak die Kontrolle über die Wasserwege im Schatt-el-Arab mit dem Iran teilte, wobei der Iran auch drei strategische Inseln am Ausgang des Golf besetzte. Der Zusammenbruch des Schah-Regimes hat im Iran und in der Golf-Region die Machtverhältnisse verändert. Denn die iranische Armee kommt heute zur Aufrechterhaltung der militärischen Kontrolle über den Persischen Golf (mit Unterstützung durch die USA) nicht in Betracht. Aber auch im Iran forderten die Minderheiten nach der Revolution gegen den Schah ihrerseits Autonomie (Kurden, Araber). Das führte zu den Kämpfen im persischen Kurdengebiet, die Irak seinerseits zu schüren versuchte. Die Kurden selbst sind durch innere Gegensätze gespalten. Die persische Armee konnte sowohl die Kurden als auch die arabische Minderheit in Kusistan — zwar nicht völlig besiegen, aber — zur Ruhe bringen. Kurz nach der Revolution hatte es 1979 heftige, z.T. bewaffnete Auseinandersetzungen der Bewohner Kusistans mit der persischen Zentral-Regierung gegeben. Der damalige Gouverneur Kusistans, Admiral Madani, der heute als Emigrant und Mann Bakhtiaris² im westlichen Ausland lebt, hatte die iranischen Marineinfanteristen eingesetzt, um diese Unruhen niederzuschlagen, besonders in der Stadt Ahwaz. Der geistliche Führer der Araber in Kusistan wurde dann nach Qom verbannt. Jetzt soll



Bani Sadr wartet auf das Ausschlüpfen des Küchens (aus: »iranshar newspaper«)

er an seine Anhänger den Aufruf herausgegeben haben, den irakischen Angreifern Widerstand zu leisten.

Die iranische Armee versagt — die revolutionären Massen verteidigen ihr Land

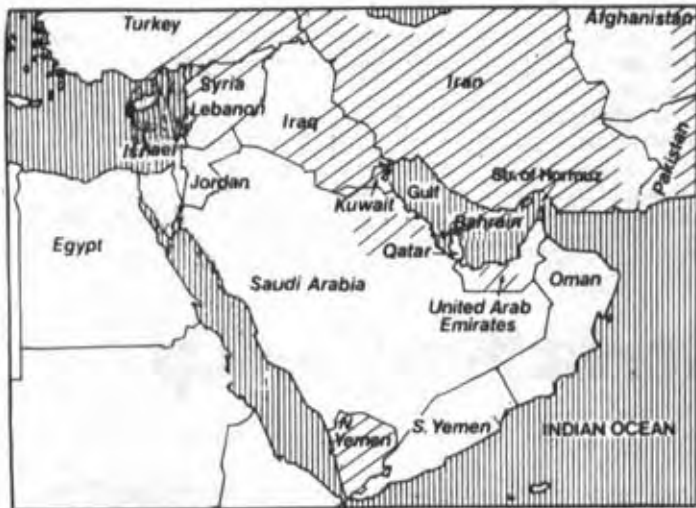
Bei der Verteidigung dieser selben Gebiete gegen Irak spielt die persische Armee keine wesentliche Rolle: als Journalisten einen »Pasdaran«-Kämpfer in Korramshar fragten, warum die Bevölkerung so verbissen gegen die Iraker kämpfte, griff dieser eine Handvoll Erde und zeigte sie; deshalb! — Die Rechnung Saddams Husseins, von den Arabern Kusistans als Befreier empfangen zu werden, ist nicht aufgegangen: Der Widerstand in den Städten Kusistans gegen das irakische Militär wird vor allem von der schlecht bewaffneten Bevölkerung selbst getragen, nicht von der Armee. »Die linksradikalen Gruppen der Volksfedayin, der Volksmudjaheddin, der Tudeh-Partei hatten zur Zeit der Kämpfe zwischen Arabern und Iranern im nachrevolutionären Kusistan eher auf Seiten der Araber gestanden. Jetzt haben sie sich in den Abwehrkämpfen gegen den Irak mindestens ebenso ausgezeichnet wie die islamischen Revolutionswächter und andere schiitische Freiwillige aus dem Innern Irans.« (NZZ, 1. 11. 1980)³

Die Klassengegensätze im Iran sind noch überdeckt

Die iranische Revolution unter Führung der schiitischen Geistlichen war eine Revolution gegen die Fremden im Iran, vor allem gegen die USA und deren Marionetten im Lande. Mit der siegreichen antiimperialistischen Revolution ist die Klassenfrage — und das heißt: die weitere politische Entwicklung Persiens — noch nicht entschieden, aber ihre Lösung reift heran. Ausdrück ungelöster gesellschaftlicher Fragen sind die internen Auseinandersetzungen in Regierungskreisen, unter den Geistlichen und in der Bevölkerung, die auch in der Geiselfrage zu erkennen waren. Die Forderungen an die USA, sie sollten das »gestohlene« Geld und das Schah-Guthaben zurückgeben und sich dazu verpflichten, sich in innere Angelegenheiten Irans nicht mehr einzumischen — das ist das, was die persischen Massen unter Führung Khomeinis einigt. Unter diesem Fremdenhaß und der Bedrohung Irans durch den Imperialismus ist die weitere politische Entwicklung Irans noch verdeckt, solange die iranische Revolution sich gegen den äußeren Feind verteidigen muß. Aber gerade die Folgen des Krieges — vor allem der Wegfall eines großen Teils der Erdöleinnahmen, von denen die einheimische Bourgeoisie profitierte — beschleunigen diese Entwicklung unter der Oberfläche. Die in jüngster Zeit auftretenden Demonstrationen zugunsten Präsident Bani

² Bakhtiar war der letzte vom Schah eingesetzte Ministerpräsident, der sich trotz der Abreise des Schah nicht halten konnte. Heute steht er bei jeder Machenschaft bereit, das Regime der Mullahs zu stürzen: Er hatte sich bei Ausbruch des Krieges mit verschiedenen iranischen Offizieren, die sich im Exil befinden, bereits in Bagdad aufgehalten.

³ Daß die Mitglieder der Tudeh-Partei ebenfalls bewaffneten Widerstand leisten, wird von persischen Genossen bestritten.



Die diagonale Schraffur bezeichnet die Gebiete am Persischen Golf, die von einer schiitischen Bevölkerungsmehrheit bewohnt sind.

Sadrs, auf denen Bilder Khomeinis zerrissen werden, einerseits und die Kritik an der militärischen Führung Bani adrs andererseits zeigen dies deutlich.

Sunniten und Schiiten

In die politischen Kämpfe im Nahen Osten tritt infolge der iranischen Revolution ein neues Element ein, das sich bisher ruhig verhalten hatte: **die Schiiten**. Die Palastinenser sind als Speerspitze des antiimperialistischen Kampfes zunächst etwas in den Hintergrund geraten.

Sunniten und Schiiten, diese beiden Gruppen sind aus der Spaltung des Islam nach dem Tod Mohammeds in den sogenannten Nachfolgekämpfen entstanden. Beide Richtungen legen die Überlieferungen und Gesetze unterschiedlich aus. Der Streit war zunächst eine innerarabische Angelegenheit. Die Sunniten erkannten die Kalifen als rechtmäßige Nachfolger Mohammeds an. Sie sagten etwa: Allah hat uns alles gegeben, also auch die Möglichkeit, hier — im Diesseits — Reichtum anzuhäufen. — Die »Schia Ali« (Partei Alis) erkannte die ersten drei Kalifen nicht an, sondern nur den Schwiegersohn Mohammeds, Ali. Die Schiiten standen in Opposition: sie beriefen sich auf Gerechtigkeit und Wohlfahrt für alle, d. h. für die Armen. Zwischen Schiiten und Sunniten hat es lange und heftige kriegerische Auseinandersetzungen gegeben, die fast überall mit der Vorherrschaft der Sunniten endeten — bis auf Persien, wo sich die nationale Opposition gegen die arabische Herrschaft mit diesem »Glaubensstreit« verband. Hinter den religiösen Fraktionen verbergen sich von Anfang an die gesellschaftlichen Gegensätze und Klassenauseinandersetzungen — zunächst der alten Gesellschaften. In der iranischen Revolution gibt der Schiismus heute den revolutionären Kampf der Massen gegen den modernen Imperialismus der USA seinen Ausdruck.

Die Unruhe in den Golfstaaten reicht bis Pakistan

Die meisten Gastarbeiter in der Ölindustrie am Golf sind Schiiten, sie kommen aus Afghanistan, Pakistan, Indien. In Kuwait und Bahrain gibt es starke schiitische Minderheiten. Die iranische Revolution droht auf die Bevölkerung Iraks und der Golfstaaten, besonders die Schiiten, überzugreifen. Nachdem der »Polizist« am Golf (das Schah-Regime) weg ist, breitet sich die Unruhe gegen die Fremden aus. Bei den Massen, die keinen Anteil am Reichtum haben, der aus dem Öl fließt, die nur die Privilegien und das »süße Leben« der Ausländer und ihrer Komplizen sehen, muß das zur Unzufriedenheit und zu Forderungen nach Gerechtigkeit führen. Alle Regierungen der Golfregion müssen daher jetzt Maßnahmen gegen die Auswüchse dieser Herrschaft des Imperialismus durchführen.

Die Auswirkungen der Veränderungen am Golf reichen bis nach Pakistan. Im letzten Jahr waren 150 000 Pakistanis als Gastarbeiter in der Golfzone. Diese Arbeiter schickten 1,7 Mrd. Dollar nach Haus (Pakistan verdiente am Export 2,2 Mrd.

Dollar.) Nach Ausbruch des irakisch-iranischen Krieges sind viele von ihnen wieder nach Hause zurückgekehrt. Viele dieser Arbeiter hatten vor ihrer Arbeitsaufnahme ihren kleinen Grundbesitz verkauft, um das Reisegeld zusammenzubekommen. Ihre Vorstellung war, mit dem verdienten Geld nach ihrer Rückkehr sich und der Familie eine Existenz und ein Haus zu bauen. So ist wiederum das besondere Interesse des pakistanischen Ministerpräsidenten an der schnellen Lösung des Konfliktes verständlich. Er unternahm den ersten — erfolglosen — Vermittlungsversuch.

Neben Libyen ist Syrien das einzige arabische Land, das den Iran im Konflikt mit dem Irak unterstützt. Syrien hat eine alawitische Minderheit und eine sunnitische Mehrheit. (Alawiten sind eine den Schiiten verwandte Richtung des Islam in der östlichen Türkei und in Syrien.) Die syrische Regierung wird aus der alawitischen Minderheit gebildet und klagt in den letzten Monaten ihre arabischen Nachbarn an, die »Moslem-Brüder« (eine reaktionäre islamische Sekte, die 1930 in Ägypten gegründet wurde) gegen die syrische Regierung aufzuhetzen. Syrien ist gegenüber seinen Nachbarstaaten in eine immer stärkere Isolation geraten und sucht Verbündete. Daraus sind die Union mit Libyen und die neuerliche pro-sowjetische Haltung Syriens zu erklären. Syrien ist insofern ein Spiegelbild Iraks, als im Irak die Regierung sunnitisch ist, während die Bevölkerung zu 60 Prozent aus Schiiten besteht.

Der Irak hat sich den reaktionären arabischen Staaten und dem Westen genähert

Der jetzige Ministerpräsident des Irak, Saddam Hussein al Takriti, kam im Juli 79 mit Gewalt an die Regierung. Er war damals Vizepräsident und löste den Regierungschef Bakr ab. Sofort nach Machtantritt reinigte er die Baath-Partei und die Armee von älteren Funktionären und besetzte die entscheidenden Posten mit Angehörigen der »Takriti-Mafia« — zu einem nicht geringen Teil stammten sie aus seiner Verwandtschaft. Gegen die Kommunisten im Irak setzte eine neue blutige Verfolgungswelle ein.

Husseins Ziel war es, nach dem Ende des Schah-Regimes dessen Funktion im Golf zu übernehmen, die kurdische Rebellion im eigenen Lande niederzuhalten und die Ausbreitung der iranischen Revolution zu verhindern. Mit dem Ende des Schah-Regimes veränderten sich auch die Beziehungen des Irak zum Westen allmählich. Sie wurden offener, während die zur SU erkalteten. Irak hatte Interesse an westlicher Technologie, Atomkraftwerken und entsprechender militärischer Ausrüstung. Dieses Streben berührte die Interessen Israels, das um seine besondere privilegierte Stellung für den Westen im Nahen Osten fürchten mußte. Die Beziehungen Israels zu Frankreich verschlechterten sich mit der Lieferung des Atomkraftwerkes an Irak. Viele westliche Beobachter und Zeitungen vermuten, daß der Bombenangriff auf die Umgebung des irakischen Atomzentrums durch unkenntlich gemachte Phantom-Flugzeuge eine Warnung Israels an Frankreich sein sollte. Von Brasilien bezog Irak gepanzerte Fahrzeuge, andere militärische Ausrüstung von Belgien, Italien und anderen westlichen Ländern. Gleichzeitig verbesserten sich die Beziehungen Iraks zu den mehr konservativen und westlich orientierten arabischen Staaten wie Saudi-Arabien, Jordanien und den Golf-Staaten.

Der Vertrag mit der SU besteht nur noch auf dem Papier. So absurd wie die Behauptung war, die SU unterstütze Irak und liefere die militärische Ausrüstung zur Kriegsführung, so absurd ist auch die Behauptung, daß die USA »neutral« seien. Es gibt heute überhaupt keinen Konflikt mehr, der losgelöst von den weltpolitischen Auseinandersetzungen und Gegensätzen geführt werden kann, am allerwenigsten im Nahen Osten, wo es um die Ausbeutung des für den Westen wichtigen Erdöls geht. Gewiß haben die USA bisher noch **nicht direkt** mit eigenen Soldaten eingegriffen, jedoch nicht etwa aus Gründen der »Neutralität«, sondern:

1. weil die Vorbereitungen für ein gemeinsames offenes Eingreifen des Westens **noch im Gange sind**, wozu schon die gemeinsamen militärischen Flottenaktionen in der Straße von Hormuz gehören.

2. weil die Gefahr der militärischen Konfrontation mit der SU dadurch akuter wird und das in einer strategisch gesehen schlechten Ausgangslage für die USA.

3. weil das direkte Eingreifen der USA gerade der Funke sein könnte, der das Pulverfaß »Naher Osten« in Brand setzt.

Die Lieferung der »Awacs«-Aufklärungs-Flugzeuge an Saudi-Arabien hat keine andere Bedeutung, als Irak enger an die konservativen, nach dem Westen orientierten arabischen Staaten zu binden, denn sie sollen aufklären über die Truppenbewegungen usw. im Iran, während die neuerliche Erklärung der USA, Irak sei der Angreifer im Konflikt, dazu dient, im iranischen Lager Einfluß zurückzugewinnen, nicht nur wegen der Geiseln (die für die USA nur Nebensache sind),

sondern um mit Hilfe der bürgerlichen Kräfte im Iran wieder auf die innenpolitische Entwicklung Einfluß zu gewinnen. Die USA setzen ihre Hoffnungen auf die nationale Bourgeoisie und das Militär. Hier trifft sich die Politik des iranischen Präsidenten Bani Sadr mit den Erwartungen der USA. Auf der anderen Seite aber muß der Wunsch, das Verhältnis zu den USA durch die Rückgabe der Geiseln zu bereinigen, auf innenpolitische Hindernisse stoßen: den Massen muß ein »Erfolg« für das über ein Jahr andauernde Festhalten der Geiseln vorgewiesen werden.

Kampf um Lip – Selbstverwaltung bei Lip

Vorbemerkung:

Eine Genossin arbeitete im März 1980 für 4 Wochen bei Lip in Besançon (Frankreich). Ihrem Bericht hat sie eine Übersicht über die Entwicklung des langen Kampfes der Lip-Belegschaft um ihre Existenz vorangestellt.

Die Etappen des Kampfes bei Lip von 1973 bis 1979 Erster Konflikt 1973:

Die Firma LIP ist 1973 eine mittelgroße Uhrenfabrik in Besançon im französischen Jura; angeschlossen sind Abteilungen für zivile und militärische Feinmechanik und für Forschung. LIP stellt Qualitätsuhren her und auch die Mechanikprodukte sind renomiert. — Von den 1317 Beschäftigten sind ein Großteil Frauen.

Bis 1967 war LIP Familienunternehmen. Der Schweizer Konzern Ebauche S. A. kaufte aber bis 1972 die Aktienmehrheit auf. Das schlechte Management und mangelnde Kapital des Familienunternehmens, zu viele Uhrenmodelle, nicht ausgenutzte Vertriebsmöglichkeiten, unrationelle Betriebsorganisation, kurz, die kritische Situation des Unternehmens wird vom Mehrheitsaktionär ausgenutzt, die Verschuldung der Tochterfirma noch künstlich erhöht. Denn Ebauche S. A. will aus LIP eine Montagefirma für »Wegwerfuhr« machen. (Eine andere Firma in Besançon hat sich in der Herstellung auf solche Billiguhren spezialisiert.) Insgesamt schrumpft die Uhrenindustrie in der Region seit einiger Zeit sehr stark, die Zahl der Arbeitsplätze verringert sich ständig.

Anfang 1973 tauchen Gerüchte über Entlassungen auf, die Belegschaft erhält jedoch keine Informationen. Am 18. 4. 1973 tritt Generaldirektor Saintesprit zurück und wird durch zwei vom Handelsgericht ernannte provisorische Verwalter ersetzt. Die Arbeiter werden mißtrauisch, wenden sich an staatliche Institutionen, dann verringern sie den Produktionsausstoß und beginnen, die Öffentlichkeit zu informieren. Die Gewerkschaften verstärken die Betriebsarbeit. CGT, CFDT und CGC sind im Betrieb vertreten, und die CFDT hat schon lange gute Informationsarbeit für die Kollegen geleistet.¹ Jetzt schließen sich organisierte und nicht organisierte Kollegen zu einem **Aktionskomitee** zusammen. Mit ihren Aktivitäten zwingen sie auch die Zentralen der CFDT und CGT, ihren beginnenden Kampf zu unterstützen.

In der Tasche des einen Verwalters wird ein Dokument entdeckt, aus dem hervorgeht, daß die schweizerischen Anteilseigner in Absprache mit der Regierung eine hohe Anzahl von Arbeitern entlassen wollen. Daraufhin stellen die LIPs die Produktion vollständig ein, halten aber die Fabrik besetzt, holen sich einen Lagerbestand von 100 000 Uhren als Faustpfand und verstecken ihn; sie organisieren sofort eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit; gleich zu Anfang eine große Demonstration, an der 15 000 Personen teilnehmen. Es kommt zu Zusammenstößen mit der Polizei, die sehr brutal vorgeht und auch die Journalisten nicht verschont. Dies trägt in erheblichem Maße dazu bei, daß der Konflikt landesweit bekannt wird und eine breite Solidaritätsbewegung in ganz Frankreich entsteht.

¹ CGT: stärkste französische Gewerkschaft, der KP nahestehend.
CFDT: zweitstärkste französische Gewerkschaft, weniger zentralistisch, verfolgte die Linie der Basisdemokratie, verschiedenen linken Parteien nahestehend, jetzt eher kontrolliert durch die Sozialistische Partei.
CGC: Angestelltengewerkschaft.

Kurz danach setzten die LIPs, weil sie keinen Lohn bekommen, selber zwei Fließbänder wieder in Gang und organisieren Produktion und Verkauf von Uhren, indem sie Veranstaltungen machen und in alle wichtigen Städte Frankreichs und in viele Großbetriebe reisen. Im Juli zahlen sie sich zum ersten Mal selber Lohn aus. Die Solidarität und Unterstützung aus der Bevölkerung ist sehr groß, LIP ist lange Zeit Tagesgespräch in Frankreich. Doch die LIPs sind weiterhin Repressionen ausgesetzt auf Grund des »Kriegsschatzes« von Uhren, den sie sich angeeignet haben. — Bevor im August die Fabrik von der Polizei geräumt und für sieben Monate besetzt wird, konnten die LIPs aber zur Produktion notwendige Kleinteile aus den Maschinen ausbauen und wichtige Akten beiseite schaffen und verstecken.

Im Herbst findet der große **»Marsch auf Besançon«** statt, an dem 100 000 Personen aus allen Teilen Frankreichs, besonders aus der Pariser Region, teilnehmen.

Die LIPs bestehen weiter auf ihrer Forderung, daß der Staat dafür sorgen muß, das Unternehmen mit ihnen allen wieder in Gang zu setzen. — In einer Turnhalle und dann im Gemeindehaus des Stadtteils Palente finden nun ihre Vollversammlungen und auch weiterhin die Montage von Uhren statt.

Die Regierung hat einen Vermittler ernannt. Nur sehr schleppend finden Verhandlungen statt. Die Vorschläge der Regierung sind für die LIPs unannehmbar, da sie nicht die Garantie eines Arbeitsplatzes für alle ehemaligen Beschäftigten bei LIP enthalten. Die Kollegen der CGT allerdings waren bei einem der letzten dieser Vorschläge der Meinung, daß man ihn annehmen solle. Daraufhin kam es zum Bruch zwischen der CGT und der CFDT bei LIP. Die LIPs haben jetzt Schwierigkeiten, den Kampf genauso entschlossen wie zu Beginn weiterzuführen; die Berichterstattung ergreift Partei für die Seite des Staates oder schweigt. Der Premierminister verkündet: LIP, das ist zu Ende. — Sie setzen ihre Öffentlichkeitsarbeit fort, doch auch die Solidaritätswelle in der Bevölkerung ist abgeebbt.

Ende Dezember ist der Industrieminister zu Gesprächen bereit, und am 29. 4. 1974 wird ein Vertrag unterzeichnet, der vorsieht, innerhalb eines Zeitraumes von einem Jahr alle ehemaligen Beschäftigten wieder einzustellen. In der Zwischenzeit sollen sie an Schulungs- und Weiterbildungsveranstaltungen teilnehmen. Ein Teil von ihnen nimmt während dieser Zeit einen neuen Arbeitsplatz an, andere sind vorzeitig in Rente gegangen, und viele der höheren Angestellten und Techniker, die sich nicht am Kampf beteiligt haben, haben sich von vornherein eine neue Arbeitsstelle gesucht, so daß jetzt noch ca. 900 LIPs übriggeblieben sind.

Das Besondere an diesem Kampf sind nicht nur seine von außen sichtbaren, neuartigen Aktionen (Produktion, Verkauf, Lohnzahlung), sondern auch die Formen der Auseinandersetzung, wie sie sich zwischen den LIPs entwickelt haben. Erfahrungen und Selbstbewußtsein der Belegschaft aus den Kämpfen seit Mai 1968 schlagen sich darin nieder. — Nicht in der Gewerkschaft organisierte Arbeiterinnen und Arbeiter haben im Verhältnis zu den Organisierten eine sehr wichtige Rolle gespielt, und speziell das Aktionskomitee entwickelte sich zu einem Forum, in dem Arbeiter/innen, die wenig Erfahrung hatten und unsicher waren, lernten, ihre eigenen Interessen zu erkennen und an Entscheidungen wirklich teilzuhaben. Die täglichen Vollversammlungen unterstützen noch diese Entwicklung. Durch den Kampf entwickelten viele — und zwar in besonderem Maße die Frauen — ein

neues Gefühl von ihren eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten (kollektiv und individuell), die Rangleiter Hilfsarbeiter-Facharbeiter-Techniker spielte im persönlichen Umgang keine Rolle mehr. Es zählte nur noch, wer sich im Kampf einsetzte, auf wen man sich verlassen konnte. Auch ihre gegenseitigen persönlichen Probleme lernten die LIPs kennen, private Bedürfnisse und Schwierigkeiten wurden in die Entscheidungen mit einbezogen, z. B. blieb die Kinderbetreuung nicht an einzelnen Frauen hängen, sondern wurde so organisiert, daß sie alle zu den Versammlungen gehen konnten. Viele sagen von sich selber, daß ihr Leben offener und lebendiger geworden sei, daß sie sich für viel mehr Dinge als vorher interessierten und daß sie sich nicht mehr vorstellen könnten, wieder so zu leben wie vor dem Kampf.

Der zweite Konflikt

Mitte April 1976 wird auf Grund wirtschaftlicher Schwierigkeiten bei LIP zum zweiten Mal der Konkurs angemeldet. Alle Beschäftigten werden entlassen. — Zu dieser Zeit steckt Frankreich mitten in der Wirtschaftskrise, die Zahl der Arbeitslosen liegt bei 1 Million (1973: 400 000). In der französischen und internationalen Uhrenindustrie finden starke Konzentrationen zugunsten der Großkonzerne statt; viele mittlere und kleinere Unternehmen bleiben dabei auf der Strecke. Die Arbeiter von LIP wissen, daß LIP nicht alleine weiterexistieren kann. Doch sie verlangen vom Staat, er solle die französische Uhrenindustrie mit LIP und einigen anderen herausragenden Betrieben wieder neu organisieren. LIP mit seiner umfassenden Technologie und seiner Forschungsabteilung böte gute Voraussetzungen dazu. Der Staat geht auf die Forderungen der LIPs nach einer industriellen Lösung nicht ein. Er ist nicht interessiert an den französischen Firmen, sondern nur daran, mit ausländischen Konzernen zu kooperieren, damit die französische Industrie auf dem internationalen Markt konkurrenzfähig bleibt.

Die LIPs besetzen als erstes wieder die Fabrik, und die Arbeitslosenunterstützung von 90 %, die ihnen für ein Jahr zusteht, gibt ihnen eine materielle Ausgangsbasis. — Sie verschaffen sich wie 1973 das Uhrenlager als Faustpfand, sie organisieren Demonstrationen, veranstalten »Tage der offenen Tür« in der Fabrik mit bis zu 18 000 Besuchern, führen auch besonders spektakuläre Öffentlichkeitsaktionen durch wie z. B. den Zug Besançon—Paris anzuhalten und über und über mit Plakaten mit der Aufschrift »lip vivra« (LIP wird leben) zu bekleben. — Sie treffen sich auch mit Gewerkschaftskollegen aus der Nachbarregion und besuchen andere besetzte Fabriken, um ihr Vorgehen koordinieren und so stärker Druck ausüben zu können. Die Besetzung selber ist ähnlich organisiert wie 1973: tägliche Vollversammlungen, Ausschüsse für die Öffentlichkeitsarbeit, und Handwerkskommissionen, die einfache handwerkliche Produkte herstellen, um aus ihrem Erlös den Kampf mitzufinanzieren.

A. Enderle, H. Schreiner, J. Walcher, E. Weckerle

Das rote Gewerkschaftsbuch

1932

»Für Gewerkschaftsmitglieder, die spüren, daß die Organisation nicht nur Versicherung für Notfälle, sondern mehr sein muß, kann das »Rote Gewerkschaftsbuch« eine Orientierungshilfe auch für heute noch auftretende Fragen sein.« (Aus dem »Vorwort zur Neuherausgabe«)

Vollständiger Nachdruck der Broschüre »Das rote Gewerkschaftsbuch« aus dem Jahre 1932. 192 Seiten, Inhaltsverzeichnis, Einleitung und ein Vorwort zur Neuherausgabe. Klebebindung, Format 14,5 x 21,0 cm, Preis 6,- DM.

GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG
DES STUDIUMS DER ARBEITERBEWEGUNG e.V.
Postfach 15 02 47 · 2800 Bremen 15

Doch auch nach 15 Monaten Besetzung, im Juli 1977, haben sie ihr Ziel, zu beweisen, daß es eine industrielle Lösung gibt und den Staat dazu zu zwingen, sie zu verwirklichen, immer noch nicht erreicht. Die Tatsache, daß sie jetzt nur noch 35 % Arbeitslosenunterstützung und 380,- FF (170—180,- DM) Sozialhilfe erhalten, und daß nur mehr 500 LIPs dabei geblieben sind, veranlaßt sie zu neuen Überlegungen. Sie treffen folgende neue Entscheidungen:

1. Die Produktion wird wieder aufgenommen, Uhren hergestellt und verkauft, damit sie sich selber Lohn auszahlen können.
2. Die Tätigkeit der Handwerkskommissionen und Arbeitslosigkeitsausschüsse soll ausgeweitet werden, um
 - a) die gemeinsame Kasse zu erhalten, die für die Öffentlichkeitsarbeit unbedingt nötig ist;
 - b) die Solidarität mit den Arbeitslosen aus der Stadt und der Region herzustellen und zu fördern, indem Einrichtungen geschaffen werden, die diesen zur Verfügung stehen. D. h., es wird eine Kantine eingerichtet und der Verkauf von Lebensmitteln und anderen Haushaltsdingen organisiert.
3. Es sollen Untersuchungen im industriellen und kaufmännischen Bereich erstellt und neue Tätigkeitsfelder und Märkte erkundet werden, vor allem in den Bereichen der Uhrmacherei, der Mechanik, der Feinmechanik, der medizinischen Geräte, des Technologietransfers usw.

In dieser Situation entstehen zum ersten Mal Überlegungen, eine Kooperative bzw. **Genossenschaft** zu gründen, zum einen, um die neugegründeten Kommissionen juristisch abzusichern, zum andern, um den Staat stärker unter Druck zu setzen. Die Genossenschaft wird hierbei als eine Art Notlösung verstanden, als eine — vielleicht im Moment die einzige — Möglichkeit, den Kampf fortzuführen und zu beweisen, daß LIP lebensfähig ist. — Zu der Entscheidung für eine Genossenschaft trägt außerdem mit bei, daß die Hoffnung bestand, die Linksunion der Sozialistischen und Kommunistischen Partei könne im März 1978 die Wahlen gewinnen und dann die industrielle Ankurbelung des Unternehmens LIP vorantreiben. — Am 8. 11. 1977 wird auf einer Vollversammlung — nach langen Diskussionen — die Gründung der ersten Genossenschaft beschlossen.

LIP – ungewollte Selbstverwaltung?

Eine Genossin berichtet

Im September 1979 fuhr ich zu LIP, um mir die Fabrik anzusehen und, wenn möglich, vier Wochen dort zu arbeiten. Ich hatte gehört LIP sei seit drei Jahren in Selbstverwaltung, das machte mich neugierig.

Über dem Eingangstor hing ein großes Transparent: »Usine occupée — CGT, CFDT, CGC« (Besetzte Fabrik; CGT, CFDT und CGC sind die Gewerkschaften, die im Betrieb vertreten waren.) Zuerst kam ich in den Empfang, wo mehrere Frauen saßen, sich unterhielten, strickten. Sie begrüßten mich sehr freundlich, die Atmosphäre des ganzen Betriebes war schon hier zu spüren, offen und entgegenkommend. — Ich wurde mit anderen Besuchern herumgeführt, sah fast alle Abteilungen, sprach mit einem der Direktoren und konnte am nächsten Morgen anfangen. Es fand sich auch ein Ehepaar, das bereit war, mich für die kommende Zeit aufzunehmen.

Der Betrieb umfaßt zu dieser Zeit die Technik, die Handwerksateliers oder Handwerkskommissionen und den Konsumbereich. In der Technik gibt es drei große Abteilungen: die Herstellung der Uhren (Gehäuse, Werke, Montage), die »Mechanik«, das ist die Herstellung von Präzisionsgeräten und Metallinstrumenten z. B. fürs Krankenhaus, und die Abteilung Forschung und technologischer Export. Im Handwerk werden Holzspielzeug und Gesellschaftsspiele (z. B. das »chomageopoly«, eine Abwandlung von »Monopoly« mit allen Beteiligten des LIP-Konfliktes — »chomage« heißt Arbeitslosigkeit) hergestellt, Kissen und Puppen genäht, Jacken gewebt, Seidenschals genäht und gefärbt, Teller bemalt und gebrannt und vieles andere. — Zum Konsumbereich gehören die Kantine, der Lebensmittelverkauf, der Großhandel, in dem man die verschiedensten Dinge kaufen kann, besonders Produkte aus anderen besetzten Betrieben, um diese finanziell zu unterstützen, ein Kindergarten für die LIP-Kinder, eine Kfz-Werkstatt und für kurze Zeit auch ein Friseur. Gerade die Einrichtungen im Konsumbereich sind auch für die Arbeitslosen aus der Stadt

gedacht. — Außerdem gibt es noch den Reparaturservice, den Uhrenverkauf, eine kleine Druckerei und, wie schon erwähnt, den Empfang, in dem neben zahlreichem Informationsmaterial alle handwerklich hergestellten Gegenstände zum Verkauf ausliegen, und von wo aus die Besichtigungen organisiert werden. Noch immer und besonders in der Ferienzeit ist es so, daß beinahe ständig Besucher da sind, bisher (Stand: März 80) aus 92 verschiedenen Ländern.

Die Schwierigkeiten, die es trotz allem gibt, lerne ich erst im Laufe der vier Wochen kennen. Besonders interessiert mich dabei die Genossenschaft, die Konsequenzen, die sich aus ihrer Gründung ergeben haben und die Haltung der LIPs zu ihrem Kampf, ihrem Alltag und seinen Perspektiven.

Von den ursprünglich 1300 LIPs sind bis September 1979 noch 380 übriggeblieben. Doch auch für diese wenigen ist es schwierig, weiterhin einen Arbeitsplatz und ein Auskommen zu garantieren. Denn die Besetzung und die Arbeit in der Fabrik gelten immer noch als illegal: weder die Gebäude noch die Maschinen gehören den LIPs (die Maschinen gehören dem Konkursverwalter); die Polizei kann jederzeit vor der Tür stehen, was allerdings, da seit Dezember 1978 wieder Verhandlungen zwischen LIP und dem Staat stattfinden, nicht so ohne weiteres der Fall sein wird.

Der gesamte Uhrenverkauf, die wichtigste Einnahmequelle, erfolgt im Bekanntenkreis, auf Feiern von Parteien und Gewerkschaften und in Betrieben, zu denen Kontakte bestehen. Einzelne Kollegen müssen mit einem großen Koffer durchs ganze Land und auch durch benachbarte Länder reisen, lange Zeit die drohende Verfolgung durch die Polizei oder die Beschlagnahme durch den Zoll im Nacken. Uhrenhändler zum Kauf und Weiterverkauf von LIP-Uhren zu bewegen, ist nur selten möglich. Die meisten stehen LIP sehr ablehnend gegenüber, auch nimmt die Bedeutung der kleinen Uhrenhändler gegenüber den großen Kaufhäusern ab. Außerdem sind LIP-Uhren entsprechend ihrer Qualität vergleichsweise teuer.

Auf der anderen Seite ist es gleichfalls schwierig, Aufträge für die Forschungsabteilung zu bekommen, da der Staat LIP zwar in gewissen Grenzen duldet, aber nicht akzeptiert und somit keine Aufträge vergibt. Bei der Rüstungsabteilung spielt das eine besondere Rolle. Nachdem die LIPs es aus politischen Gründen abgelehnt hatten, weiter für die Rüstung zu produzieren, fällt sie Anfang September 1979 auf einer Vollversammlung mit knapper Mehrheit eine gegenteilige Entscheidung. Der Versuch, Arbeitsplätze zu erhalten oder rentable Arbeitsplätze zu schaffen, ist an die wichtigste Stelle getreten. Allerdings vergibt der Staat hierfür zur Zeit erst recht keine Aufträge.

Die Verhandlungen gehen darum, daß der Staat LIP als Genossenschaft anerkennen, einer offiziellen Wiedereröffnung als Produktionsbetrieb zustimmen und Kredite bewilligen soll. Dafür lassen die LIPs auch einen industriellen Plan erstellen, den sie dem Staat vorlegen. Doch die Regierung äußert immer wieder grundsätzliche Vorbehalte, stellt neue Bedingungen und verfolgt über Monate eine Hinterhalttaktik, die ganz offensichtlich die LIPs zermürben und zur Aufgabe zwingen soll.

Das ist die Situation, in der ich den Alltag von LIP kennenlerne.

Die erste Genossenschaft L.I.P.

Jede Genossenschaft ist eine in sich geschlossene wirtschaftliche Einheit, die nur soviel Personen einstellt, wie sie aus eigenem Umsatz bezahlen kann; bei dieser ersten Genossenschaft sind das bis September 1979 54 Personen. Das hat zur Folge, daß LIP zwei verschiedene Sorten von Uhren herstellt, zum einen innerhalb der Genossenschaft die halblegalen mit der Aufschrift *«les industries de palente»* (die Industrien von Palente), abgekürzt L.I.P., und zum andern außerhalb der Genossenschaft die illegalen mit der Aufschrift *«lip»*, wie sie immer schon hergestellt wurden. — Die Genossenschaft ist verpflichtet, ihren Gewinn nach bestimmten, festgelegten Gesichtspunkten auszugeben, wobei die dringendsten Aufgaben sind: mehr Leute einzustellen, und Geld anzusparen, um Kredit aufnehmen zu können.

Weiterhin ist die Genossenschaft verpflichtet, bestimmte formale und organisatorische Vorschriften zu erfüllen. Sie muß zur Verwaltung einen Kontrollrat, aus der Vollversammlung gewählt, und ein Dreierdirektorium, aus dem Kontrollrat gewählt, stellen. D.h. das Direktorium ist nicht direkt von der Vollversammlung kontrollierbar und abwählbar, sondern nur über den Kontrollrat. Dieser setzt sich so zusammen, daß alle Produktionsbereiche vertreten sind. Außerdem hat der Staat zusätzlich zur Auflage gemacht, einen Direktor von außen

einzustellen, da von den LIPs keiner kompetent sei. Diesen Direktor haben sich die LIPs über Anzeige gesucht und zahlen ihm jetzt 20000 FF, was angeblich noch billig ist. Dieser Mann ist also der Vierte im Direktorium, hat formal dieselben Kompetenzen, aber praktisch fast keinen Einfluß. — Die Vollversammlung legt die groben politischen, finanziellen und sozialen Richtlinien fest und trifft alle wichtigen Entscheidungen. Darüber hinaus entscheiden die Direktoren in den Alltagsfragen. Laut Statut tagt diese Vollversammlung zweimal im Jahr, doch im LIP-Alltag gibt es schon immer die Vollversammlungen, die bisher wöchentlich, jetzt vierzehntägig tagen und an denen alle Beschäftigten teilnehmen. — Zu den bisher genannten Strukturen kommen noch weitere hinzu, die, wie alle übrigen, nicht nur für die in der Genossenschaft arbeitenden Kollegen gelten, sondern für alle, die in der Technik beschäftigt sind.

Das Direktorium ernennt eine Gruppe von zwölf Verantwortlichen, die nach wirtschaftlichen und Qualifikationsgesichtspunkten aus jeder Unterabteilung ausgesucht werden. Diese 12 Verantwortlichen haben Entscheidungsbefugnis im Bereich der Produktion und sind dem Direktorium gegenüber weisungsgebunden, nicht jedoch den Kollegen. Auf der anderen Seite gibt es ein Beratungsgremium von aus jeder Unterabteilung gewählten Kollegen, die, wenn sie tagen, einen Verantwortlichen hinzuziehen dürfen bzw. sollen, aber selber kein Entscheidungs- oder Stimmrecht haben. Dieses Beratungsgremium ist bisher nur in der Mechanikabteilung zustande gekommen, in den anderen Abteilungen war — laut Aussage eines Direktors — kein Interesse vorhanden. Auffällig ist noch, daß die Planer von Auftragsbeschaffung und Verkauf ihre Schreibtische meistens neben den entsprechenden Abteilungen stehen haben, so daß sie sich in ständigem Kontakt mit den Facharbeitern und Maschinenführern befinden und die Planung koordinieren können.

Die finanzielle Situation sieht in den einzelnen Abteilungen der Technik unterschiedlich aus, auch die Auftragslage ist unterschiedlich; der Uhrenverkauf, von dem natürlich die Uhrenproduktion abhängt, verschlingt große Energien. Insgesamt wird wohl ein Gewinn erwirtschaftet, doch scheint es nicht möglich zu sein, die Produktion immer mehr auszuweiten, damit mehr Personen, z.B. aus dem Handwerksbereich, der wesentlich unrentabler arbeitet, in der Technik arbeiten und in die Genossenschaft eingestellt werden könnten.

Eine zweite Genossenschaft kommt nur mühsam in Gang

Die zweite Genossenschaft C.A.P. wurde im Mai 1979 gegründet für die Handwerksateliers. Sie hatte nach drei Monaten 5 Personen eingestellt. — Dort bzw. für den gesamten Handwerkbereich gibt es ebenfalls Direktorium und Kontrollrat, außerdem eine Gruppe, deren Personen im Einverständnis mit den Kollegen vom Direktorat ernannt worden sind. Die Personen dieser Gruppe sind weitgehend dieselben wie im Kontrollrat; Aufgaben und Mitbestimmungsbefugnisse sind mir nicht klar geworden und konnten mir auch von den Frauen im Atelier nicht erklärt werden.

Das Problem dieser Genossenschaft ist, daß sie besonders unrentabel arbeitet. Die Zeit, die man für all diese handgearbeiteten Gegenstände braucht, kann man sich gar nicht bezahlen lassen. Schon jetzt sind die Sachen teuer, und das einzige, was sich einigermaßen gut verkaufen läßt, ist das Holzspielzeug; dafür war es auch möglich, ein Verteilernetz in Paris zu schaffen. Bei den Tellern wird eine Rationalisierung in der Produktion eingeführt. Der erste Arbeitsgang wird jetzt mit einem Stempel statt wie früher von Hand ausgeführt. Doch für die anderen Werkstätten ist noch nichts derartiges gefunden worden oder möglich.

Die Direktoren reagieren auf das Problem der Rentabilität mit der Aufforderung, mehr und schneller zu arbeiten. Sie legen auf der ersten Teil-Vollversammlung für die Ateliere Berechnungen vor, in denen sie nachweisen, wieviel produziert werden muß, damit es — vorausgesetzt, die Produkte werden verkauft — rentabel wird. Die Arbeiterinnen reagieren mit Abwehr, sagen: das ist vollkommen unmöglich, was ihr verlangt und sind wütend auf die Direktoren. Eine früher sehr aktive Frau geht sogar so weit zu sagen: ich will die Verantwortung dafür nicht mehr, die Aufträge

Hinweis: Im Rahmen der Diskussion über die Probleme der Gewerkschaften erschien von der Gruppe Arbeiterpolitik folgender Diskussionsbeitrag in der Zeitschrift REVIER (1. Jan. 1981): »Vor welche Aufgaben stellt uns die Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften? Antwort auf die Kritik der Revier 9/80.«

und den Verkauf nicht mehr selber besorgen (was ein Prinzip ist, nach dem alle Abteilungen bei LIP arbeiten), gebt mir meine Arbeit und laßt mich in Ruhe. Will sie nur nicht mehr die Verantwortung für etwas Unmögliches tragen?

Zur Herstellung der kunsthandwerklichen Artikel gab es noch eine andere, interessante Diskussion. Einen Teil der hergestellten Gegenstände, unter anderem die Teller, die ich mit anmalte, fand ich eher kitschig als schön, und es stellte sich heraus, daß auch manche Kolleginnen vieles, was sie herstellten, selber nicht schön fanden. Einige sagten dazu: ich mach mir doch nicht noch mehr Mühe und denk mir noch was Neues aus. Ich mach das, was

einmal entwickelt worden ist. Ein Kollege aber, der ständig nach neuen Motiven für die Teller suchte, erklärte: das, was wir herstellen, kaufen nicht die Arbeiter, weil es für die zu teuer ist. Denen aber, die sich das leisten können, gefällt sowas. Wenn wir selber aus unseren eigenen Vorstellungen heraus Sachen entwerfen, die uns gefallen, die aus unseren Erfahrungen im Kampf entstanden sind, dann kaufen es nur noch Sympathisanten und Studenten. — Dazu muß man aber sagen, daß doch einige der Motive auf LIP und den Kampf bezug nehmen.

Eine dritte Genossenschaft für den Konsumbereich soll noch gegründet werden. *Fortsetzung nächste Arbeiterpolitik*

Zur Diskussion über...

... die wichtigsten Aussagen des Leitartikels aus Arpo 5/80

3. Weltkrieg in Entwicklung?

Grundbestimmung des Leitartikels in Arpo 5/80 ist, die Hintergründe für eine akute politische Entwicklung zum 3. Weltkrieg herauszuarbeiten. Wir stimmen mit wesentlichen Aussagen des Artikels nicht überein. Die Kommunistische Bewegung ist in der Frage, ob wir auf einen Weltkrieg zusteuern sehr unterschiedlicher Auffassung:

Nachdem sich die russischen Kommunisten auf dem 20. Parteitag der KPdSU zum ersten Mal auf die Erkenntnis der Vermeidbarkeit des 3. Weltkrieges festgelegt haben, vertreten sie zur heutigen Situation die Meinung, daß wir nicht unmittelbar am Rande des Krieges stehen.

In der Mao-Tse-Tung Ära hatten die chinesischen Kommunisten die Entwicklung des 3. Weltkrieges nicht für vermeidbar gehalten. Sie ändern momentan ihre Auffassung in dieser Frage ebenso wie im innenpolitischen Geschehen: nach ihrer Ansicht läßt sich der 3. Weltkrieg noch einige Jahre verschieben.

Und wie sah die Arpo im Jahre 1957 das Problem? *»Was nicht ausgesprochen wird, ist, daß alle diese Pläne vorbereitende Etappen eines Weltkompromisses zwischen den USA und der Sowjetunion sind oder doch sein können. Ein solcher Kompromiß wird immer dringlicher, die interkontinentale Fernrakete und die Sputniks in sowjetischer Hand haben ihn trotz allen Sträubens unausweichlich gemacht. In einem solchen Falle aber muß es dem amerikanischen Imperialismus darauf ankommen, sein eigenes weltpolitisches Lager möglichst fest bei der Stange zu halten. Fällt der Zwang des kalten Krieges, der die westlichen bürgerlichen Regierungen zusammenschweißt, so werden die auseinanderstrebenden Tendenzen im Westen erst so recht zur Geltung kommen, ja manche Regierungen werden in die Versuchung geraten, zwischen den beiden Weltmächten zu lavieren, ähnlich Ägypten oder Syrien, um ihre Sonderinteressen durchzusetzen. Um diesem aus der Reihe tanzen vorzubeugen, sollen jetzt die Bande der freundschaftlichen Zusammengehörigkeit im Westen straffer gezogen werden.*

In der Vorbereitung der Dezemberkonferenz der NATO sind also zwei Tendenzen zu beachten. Zunächst sollen die westlichen Verteidigungsbündnisse und -anstrengungen intensiver und fester werden. Das deutet auf eine Versteifung und Verhärtung des westlichen Aufmarsches gegen die Sowjetunion hin. Aber andererseits enthalten die Pläne das Element des Umschlagens der Politik der Stärke in eine Politik der weltpolitischen Entspannung und des weltpolitischen Kompromisses. Beide Seiten schließen sich nicht aus, sondern können einander ergänzen. So ist es bemerkenswert, daß Eisenhower Bevan empfangen hat, der dem Präsidenten darlegte, daß die Zeit für eine Einigung mit der kommunistischen Welt reif sei, nachdem beide Seiten die Fähigkeiten gegenseitiger Massenvernichtung besitzen. Man wird aufmerksam beobachten müssen, welche dieser Tendenzen die Oberhand gewinnt.»

Bei ihrer heutigen Untersuchung beachtet die Arpo den sehr wesentlichen Punkt der atomaren Bedrohung nicht. Sie schreibt unserer Meinung nach sehr unbekümmert (S. 4):

»Die ökonomische Krise in den USA hat ihre zersetzenden Auswirkungen auf die Wirtschaft Europas und der BRD. Den

Amerikanern bleibt keine andere Möglichkeit als der Ausweg in den Krieg...» Wie paßt diese Aussage zu dem Argument auf Seite 5: *»Kapitalistisch kann nur noch die USA in den nächsten Jahrzehnten überleben.«*

Können denn die Amerikaner einen 3. Weltkrieg überleben? Es gibt eine reaktionäre Anschauung in den USA, die die Theorie vom Bollwerk Amerika vertritt. Sie kalkuliert, daß sich die Amerikaner letztlich nur in Süd- und Nordamerika die kapitalistische Freiheit erhalten können. Die anderen Teile der Erde seien für sie verloren. Auch Henry Kissinger äußerte im Zusammenhang mit der Debatte über die Nachrüstungsbeschlüsse im letzten Jahr in Brüssel, daß die USA in einem Krisenfall in Europa sich nicht zum Einsatz ihrer strategischen Atomraketen genötigt sähen.

Es gibt also Überlegungen in den USA, wie ein von Europa ausgehender Atomkrieg (vom 'forward based system' unterstützt) mit einem präventiven Erstschlag gegen die SU (counter force) dafür sorgt, daß die USA relativ ungeschoren zum Sieg kommen kann. Die militärischen Möglichkeiten der NATO müßten nach diesen Überlegungen in der Lage sein, die strategischen Gegenraketen der SU entscheidend zu vernichten.

Nun reicht aber der technische Standard der Warschauer-Pakt-Staaten immer noch leicht aus, die amerikanische Bevölkerung zu vernichten, auch wenn ein riesiger Anteil ihrer eigenen Waffensysteme getroffen ist. Ständig auf Zügen fahrende Interkontinentalraketen sind nicht sicher auszuschalten. U-Boote können Raketen von unter Wasser abschließen. Ständig in der Luft kreisende Flugzeuge sind nicht sicher abzuschließen.

Wir können davon ausgehen, daß die Russen sich auf das Spielchen der Amis, Europäer gegen die SU kämpfen zu lassen, nicht einlassen werden. Breschnew warnte die Amis vor dieser Illusion. Er machte den Amerikanern klar, daß die SU im Falle eines atomaren Angriffs auf ihre Bevölkerung oder auf ihre militärischen Basen, ganz gleich von welchem NATO-Staat er geführt wird, mit einem Schlag auf die Vereinigten Staaten von Amerika antworten wird. Was also bleibt den Amis? **Sie können die militärische Auseinandersetzung mit der SU heute nicht wagen!**

Dieser Gegenschlag würde die totale Vernichtung Amerikas bedeuten. Schon 1957 wies die Arpo häufiger darauf hin, daß die atomare Vernichtung nicht mit den Vernichtungen im 2. Weltkrieg verglichen werden kann. Arpo 8/1957, S.1: *»Seit Beginn des zweiten Atomjahrzehnts ist dieses Instrument der Massenvernichtung Bestandteil 'normaler Bewaffnung' geworden, degradiert zum 'taktischen' Hilfsmittel seiner großen Schwester, der tausendmal verheerenderen Wasserstoffbombe. Eine einzige löscht das Leben im ganzen Ruhrgebiet aus, eine Handvoll fegt Deutschland von der Landkarte. Die Bevölkerung ist schutzlos, Begriffe wie Bunker, Evakuierung, Luftabwehr sind leere Worte, Erinnerungen an eine voratommare Vergangenheit, die endgültig dahin ist.»*

Im Laufe von 23 Jahren hat sich das atomare Vernichtungspotential einerseits noch vergrößert, andererseits auch verfeinert. Es gibt Atomwaffen jeder beliebigen Stärke und Wirkungsweise. Die Gesamtzahl der bisher produzierten Atom- und Wasserstoffbomben dürfte etwa zwischen 50.000 und 60.000 liegen mit einer Gesamtsprengwirkung von mindestens 22 Milliarden Tonnen TNT. Das entspricht einer Sprengwirkung von etwa 1.000.000 Hiroshima-Bomben oder 3 Tonnen TNT Sprengkraft für jeden einzelnen Menschen der

Erde (nach Untersuchungen des International Peace Research Institut in Stockholm). Mit dieser Vernichtungskraft kann die ganze Erdbevölkerung gleich mehrmals vernichtet werden. Die atomaren Verseuchungen und die Wirkungen eines Atomkrieges auf die Umlaufbahn der Erde um die Sonne, oder das Schmelzen der Arktis etc. sind überhaupt nicht kalkulierbar.

Das Risiko lohnt den Einsatz nicht. Aus diesem Grunde sucht jede der beiden Supermächte mit technischen Neuerungen auf die atomare Erstschlagskapazität zu kommen, die einen Gegenschlag der anderen Seite nicht mehr zuläßt. Eine neue Entwicklung auf diesem Weg sind amerikanische Träger- raketen, die von dem russischen Radar nicht mehr geortet werden können. Sie könnten nach den Plänen der Pentagon-Planer unbemerkt in die SU eindringen. Dort sollen sie die entscheidenden SU-Waffen vernichten. Sie wären aber erst in 10 Jahren in Serie.

Da ist die politische Rechtsentwicklung in USA, wie sie im Leitartikel beschrieben wird, im Grunde ganz uninteressant. Man erinnere sich an die McCarthy-Ära, die Ära des kalten Krieges. Da gab es ebenso eine sehr starke politische Rechtsentwicklung. Im Grunde wird im Leitartikel aus der Politik der Amerikaner im Iran (Geisellaffäre) und der in Amerika entstehenden Unruhe geschlossen, daß diese einen Krieg riskieren würden, der zum dritten Weltkrieg eskalieren kann. Aber die Stimmung der Bevölkerung kann ja sehr leicht manipuliert werden, wie uns das Beispiel mit dem Überfall der Japaner auf Pearl Harbour lehrt.

Ein wenig Massenhysterie ist dieser Tage in den USA schon erwünscht, weil die amerikanische Außenpolitik sich gegenüber den abtrünnigen Dritte-Welt-Staaten auf mögliche aggressive Einsätze vorbereitet. Schon 1976 machte Kissinger in einem Interview mit der »Welt« deutlich: *»Der Weltfrieden wird nicht in erster Linie von den strategischen Waffen bedroht werden, sondern durch geopolitische Veränderungen... Um ihnen zu widerstehen, müssen wir regional reagieren... Mit nicht nuklearen Mitteln und vielleicht sogar mit nuklearen Mitteln, je nach der örtlichen Lage.«* Und hier läuft der Hase längs. Nicht die globale politische Auseinandersetzung steht ins Haus, sondern in Randbezirken, verlorengehenden Einflußzonen wird der Krieg probiert. Dabei wird von beiden Supermächten versucht, das Risiko so gering zu halten, daß keine direkte Konfrontation entsteht. (Beispiel Kuba: Beide Seiten entschlossen sich zum Rückzug). Aber es gibt Weltregionen, die von beiden Staaten sehr weit entfernt sind, z.B. Südafrika. Hier besteht die Gefahr der direkten Konfrontation nicht unmittelbar.

Aber gerade der Nahe Osten ist ein sehr problematisches Einsatzfeld für ein direktes militärisches Engagement der USA. Nachdem zunächst die Befreiung der amerikanischen Geiseln im Handstreich fehlgeschlagen ist, sahen die Amerikaner von weiteren geplanten militärischen Repressionsmaßnahmen ab. Gegen eine zum Guerilla-Krieg entschlossene Bevölkerung kann eine mobile Eingreiftruppe von 100.000 US-Soldaten nichts ausrichten. Ebensovienig wäre mit dem Einsatz von taktischen Atombomben den USA geholfen gewesen. Denn sie hätte die iranische Revolution nur noch entschlossener gemacht. Das Ziel aber, die iranischen Ölfelder und die Einmischung in die OPEC-Politik verbessern zu können, wäre in weitere Ferne gerückt. Hat denn Kissinger, harter Kritiker der Carter-Administration und Berater der Chase Manhattan Bank, bessere Vorschläge parat gehabt?

Eine Eskalation des Konflikts hätte in erster Linie den Europäern und Japanern geschadet, weil ihr Anteil an der Ölversorgung durch den Nahen Osten lebenswichtig ist. Auch hierauf mußten die USA Rücksicht nehmen.

So durfte Bruno Kreisky, nach Absprachen mit Edmund Muskie, die sinnigerweise während der österreichischen Unabhängigkeitsfeiern stattfanden, den Iranern ein Angebot zur Neutralität unterbreiten. Das war im April '80. Im September '80 durfte dann auch die breite amerikanische Öffentlichkeit von diesem Vorschlag hören. Nach diesem Einlenken der Amerikaner, sieht man von den weiteren Taktiken des CIA einmal ab, war plötzlich nichts mehr zu hören von den Vergleichen unserer Regierungspolitiker des Jahres 1980 mit 1914 (SPD) und 1938 (CDU/CSU).

Noch haben wir es mit marginalen Konflikten zu tun. Es sind noch keine Konflikte kurz vor der Auseinandersetzung der militärischen Großmächte. Wie kam es im groben Rückblick zu dieser Situation? Die wichtigsten Stationen:

Unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg: Wie es viel zu wenigen bekannt ist, hatten die Amerikaner schon im Jahre 1949 ganz konkrete Pläne bereit für den Einsatz eines Atomkrieges gegen die SU. Diese Pläne wurden dann doch nicht ausgeführt, weil man den Krieg zwar ohne große eigene Verluste leicht gewonnen hätte, aber man hätte die SU dann nicht besetzen können und nicht halten können. Zu diesem Ergebnis kamen die Pentagon-Planer in ihrer Studie. (Abdruck der Studie in: Blätter f. Deutsche und Intern. Politik 5/80)

1950—1960: In dieser Zeit hatten die Russen Gelegenheit, ihr eigenes Land wieder aufzubauen und ein militärisches Gegenschlagpotential zu entwickeln. Der Sputnik-Schock bedeutete, daß die SU strategische Raketen mit Atombomben in die USA schicken konnten.

Ab 1960: Ende des Roll-back und Beginn der Entspannungspolitik durch die Kennedy-Administration.

In dieser ganzen Zeit wurden sehr viele lokale Kriege geführt. Sie eskalierten aber nie zu einer globalen Auseinandersetzung zwischen den Militärblöcken. Eine wichtige Voraussetzung dafür war natürlich, daß in den kapitalistischen Staaten eine lange ökonomische Blütezeit herrschte. Speziell nach 1970 verlor das Kapital aber immer mehr Einfluß in den Rohstoff-exportierenden Staaten. Die Geschehnisse im Iran brachten die Verluste der Amerikaner an die Grenze dessen, was diese verdauen wollten. Doch mußten sie zunächst einmal den Verlust hinnehmen. Ob der Krieg zwischen Irak und Iran den Amerikanern Vorteile verschafft, ob es zum Einsatz der Atombombe gegen Iran kommt, ist nicht auszuschließen.

Nun lassen sich die Rohstoff-Exporteure die Preise nicht mehr so leicht diktieren. Bricht aber dadurch, wie die Arpo an die Wand malt, die Ökonomie der kapitalistischen Staaten zusammen? Ist eine wirtschaftliche Rezession im Jahre 1981 eine Entwicklung zum schwarzen Freitag, zum großen Bankenkraich? Oder folgt der wirtschaftlichen Rezession schnell wieder ein neuer Boom? Die Aussagen zur wirtschaftlichen Entwicklung im Leitartikel sind sehr oberflächlich. Aus ihnen lassen sich keine Schlüsse für die zukünftige Entwicklung ziehen. Trotzdem wird angenommen, daß die amerikanische Rezession die Europäer in den Sumpf zieht. Später wird angenommen, daß die Amis als stärkste aus der Krise herauskommen werden. Dann kann man mit gleicher Berechtigung aber auch spekulieren, daß die Amis die Europäer wieder aus dem Sumpf herausziehen werden.

Tatsächlich sind wir aber nicht in der Lage, über die widersprüchlichen Aussagen der bürgerlichen Ökonomen hinauszukommen. Was ist mit den stimulierenden Wirkungen der technischen Neuerungen wie Mikroprozessortechnik, Robotereinsatz, neue Energiesysteme auf die Wirtschaft? Welches Maß an Arbeitslosigkeit kann die kapitalistische Gesellschaft heute verkraften? Darüber müßten wir genauere Untersuchungen anstellen. Es reicht nicht zu sagen, daß wir vor einer Überproduktionskrise von einem bisher nicht bekanntem Ausmaß stehen!

BRD — eine Kolonie der USA?

Nun aber noch einmal zum politischen Verhältnis der USA zu Europa. Stimmt es, daß der Status der BRD zu den USA dem einer Kolonie oder einem 52. Staat der USA entspricht? Tatsächlich folgte die BRD dem Olympia-Boycottbeschuß der Amis auf einsamer Linie. Dazu noch; Präsident Carter wollte vor dem Gipfel der 10 in Venedig mit einem Brief an Bundeskanzler Schmidt die letzte Entscheidungskompetenz der Amis in Sachen Verhandlungen mit der SU unterstreichen.

Die Amerikaner sind bis jetzt in der militärischen Rüstung den europäischen Partnern meilenweit überlegen gewesen. Schmidt selber mußte bekennen, daß er nach Moskau nur als Gesprächsvermittler gefahren ist, nicht als Verhandlungspartner. Die Europäer (auch Engländer und Franzosen) spielen in den Abrüstungsverhandlungen im Grunde keine Rolle, weil ihr militärisches Potential bis jetzt verschwindend gering ist. Die kriegsentscheidenden Waffen in Europa sind in der Hand der Amerikaner.

Schmidt bezweckte mit seiner Reise nach Moskau, daß der 'Nachrüstungsbeschuß' möglicherweise storniert wird, daß die Cruise Missiles und die Pershing 2 nicht notwendigerweise stationiert werden. Das hieße für Schmidt aber sofortige Beendigung der Stationierung der russischen SS 20 Raketen.

Mit dem jetzigen Status ist ein militärisches Übergewicht der NATO über die Warschauer-Pakt-Staaten schon gegeben durch die U-Boot-Bewaffnung (sie sind Teil der 'forward based system'). Diesen Status der Überlegenheit will die sozialdemokratische Bundesregierung erhalten, um in friedlicher Form, durch Handel mit der SU, die ökonomische Überlegenheit des westlichen Systems zu demonstrieren. Ein militärisch ausgetragener Konflikt in Europa wäre sowieso unmöglich. Deshalb diese Versuche, mit der SU zum friedlichen Ausgleich zu kommen.

Aber auch das bundesrepublikanische Kapital stellt sich zum großen Teil hinter diese Politik. Es verhandelten wichtige Vertreter deutscher Banken und deutscher Stahlfirmen über Erdgasgeschäfte mit Moskau, kurz nachdem die SU in Afghanistan interveniert hatte. Otto Wolff von Amerongen hält einen politischen Konflikt mit der SU momentan noch für vermeidbar. Er sieht im Erdgasgeschäft mit der SU keine größeren Risiken als im Ölgeschäft mit dem Nahen Osten. Die BRD ist von Rohstoffen bis auf die Kohle 100prozentig auslandsabhängig. Dem deutschen Kapital sitzt derzeit kein Zwang auf, sich die Rohstoffquellen entweder militärisch zugänglich zu machen oder vor die Hunde zu gehen. Auch haben die deutschen Konzerne noch keine negativen Erfahrungen mit Enteignungen in befreiten Dritte-Welt-Staaten gemacht wie die Amerikaner.

Wenn man einfach schreibt, daß das Kapital immer seine Profite gemacht hat, im Krieg und im Frieden, so übersieht man, daß das Kapital auch immer eine **bestimmte** Position zu Krieg und Frieden eingenommen hat.

Darum auch das Streben aller europäischen Staaten gegen die Boykottmaßnahmen gegen den Iran. Und erst recht die Kritik der Europäer gegen die geplanten militärischen Maßnahmen gegen den Iran. Die amerikanische Regierung hat im Konflikt um den Iran nicht zuletzt eingelenkt, um die europäischen Verbündeten nicht vom Öl abzuschneiden.

Der Iran war eine Kolonie der USA. Aus diesem Status hat ihn die Massenbewegung gelöst. Die BRD hatte den Status einer Kolonie nach Ende des Zweiten Weltkrieges (vgl. Morgenthau-Plan). Die USA mußte die BRD aber nach und nach aus dieser Rolle entlassen, damit diese zum Bollwerk gegen den Kommunismus werden konnte.

Die Bundesrepublik und die anderen EG-Staaten haben mit ihrer Nahost Resolution vor der UNO gezeigt, daß sie sich nicht mehr der amerikanisch harten Linie unterordnen wollten. Schmidt und Muskie betonten, daß der Gleichschritt der amerikanischen und der bundesdeutschen Außenpolitik wohl vorbei wäre. Die Amerikaner müssen den Europäern Zugeständnisse machen, um diese als Bündnispartner zu behalten zu können. Man kann die Rolle der Bundesrepublik im Verhältnis zu den USA eher mit der Rolle der Engländer oder Franzosen gegenüber den USA vergleichen, nur daß die BRD mittlerweile militärisch und wirtschaftlich stärker ist als die letzten beiden. Das Verhältnis der BRD zu den USA bestimmt sich durch die Rolle der BRD in der Welt.

Im Konzept von Brezinsky wird von Trilateralismus gesprochen. Die Amerikaner möchten mit den weiteren Mächten Europas und Japan eine auf drei Interessenzonen aufgeteilte Politik betreiben. Europa und Japan sollen allmählich ins Geschäft hineinwachsen. Europa soll das eigene Hinterland sauberhalten und Afrika unter Kontrolle bringen. Japan soll im Fernen Osten aktiver werden.

Wir beobachten Ansätze in der europäischen Militärpolitik und der Entwicklungspolitik (Nordseeflotte, Türkeihilfe, Kreuzerexpedition, Zimbabwe-Rhodesien, Nahostresolution, Neutronenbombe etc.). Doch befinden sich die Europäer erst am Anfang ihres stärkeren Engagements, weil sie weltpolitisch wieder langsam an Gewicht gewinnen. Das ökonomische Potential der Europäer und der Japaner zusammengenommen ist stärker als das der USA.

Für die USA bedeutet das, je mehr Verantwortung sie den Partnern zuweisen, desto mehr wächst die gegenseitige Abhängigkeit. Im militärischen Bereich sind heute schon die Überlegungen akut, daß die Europäer im Krisenfall selbständig über den Einsatz der Atomwaffen, welche in Europa stationiert sind, entscheiden müssen, weil sonst die Rückfragezeit nach den USA zu lange dauern würde für einen effektiven Rückschlag. Im Gegensatz zu wichtigen europäischen Kapitalvertretern setzt die amerikanische Außenpolitik wieder auf eine größere Konfrontation mit der UdSSR, Schmidts

Reise nach Moskau wurde bis jetzt in den USA nicht beantwortet. Man will, wie Carter schrieb, jetzt überhaupt keine Verhandlungen über Abrüstung in Europa. Doch wie schon im Iran-Konflikt führte Muskie wieder zum Weg der Abrüstungsverhandlungen.

Die USA wollen die Russen in die Knie rüsten. Dazu soll das neue MX-Programm dienen. Das ist zwar hirnrisig, aber es bleibt abzuwarten, ob die UdSSR sich gezwungen sieht, mit ähnlich teuren Programmen ihr Bruttosozialprodukt zu belasten. Den Wünschen der Pentagon-Planer gemäß soll die unter den Militärausgaben blutende Bevölkerung sich gegen das politische System erheben (Dissidenten als 'Kerne' der Konterrevolution).

abgeschlossen im Sept '80 Genossen aus Bochum

USA – BRD: Wer zwingt wen?

Eine Antwort, die Gelegenheit gibt, auch auf andere Fragen einzugehen

Bevor wir auf Einzelheiten des vorstehenden Diskussionsbeitrages der Bochumer Genossen eingehen, seien einige Vorbemerkungen erlaubt. Es ist nicht einfach, auf diesen Beitrag einzugehen und zu antworten, weil die Verfasser in dem kritisierten Arpo-Artikel nur Einzelheiten und keinen zusammenhängenden Gedankengang finden. Gerade das aber scheint uns wichtig, daß wir in den uns vorliegenden Tatsachen einen politischen Zusammenhang finden, der unserem Wirken Orientierung geben kann.

Es gibt nicht wenige — auch bei uns —, die sagen: Die «Arbeiterpolitik» sagt schon seit Jahren, daß der Kapitalismus in die Krise kommt und daß die Kriegsgefahr wächst; aber bis jetzt haben die herrschenden Klassen und die Regierungen ja immer noch Möglichkeiten gefunden, die «unlösbaren Widersprüche» zu lösen oder wenigstens vor sich herzuschieben. Wiederholen wir wirklich seit Jahren nur allgemeine und abstrakte Weisheiten wie eine tibetanische Gebetsmühle? Finden sich unsere Darstellungen der Entwicklung nicht in der wirklichen Entwicklung wieder?

Wir bilden uns nicht ein, den Zeitpunkt festsetzen zu können, an dem die Ausweitung der kapitalistischen Krise zum wirtschaftlichen Zusammenbruch oder gar zur sozialen Revolution führt. Wir können ebensowenig das «Datum» des Ausbruches des 3. Weltkrieges vorhersagen. Das müssen wir Kartanlegern und verwandten Berufszweigen überlassen. Wozu ist es dann überhaupt gut, die welt- und innenpolitischen Entwicklungen zu verfolgen und zu untersuchen? Vielleicht, weil wir aus Mangel an anderer Freizeitbeschäftigung Politologen und Soziologen Konkurrenz machen wollen? Wäre es da nicht zu empfehlen, daß wir uns — wie es ja die meisten Menschen auch heute noch tun — um die gesellschaftlichen Probleme gar nicht kümmern oder gelegentlich die Beschäftigung damit als Hobby betreiben? — Nein, wir streben danach, möglichst viele Menschen aus dem Dahinleben und Wunschträume-machen herauszureißen, damit sie die politische Aufgabe erkennen, die — je eher desto besser — von uns bewältigt werden muß, um nicht wiederum unvorbereitet dazustehen, wie es 1933 war.

Was war die Folge davon, daß die Warnungen und praktischen Vorschläge gegen die faschistische Gefahr — von der KPD-O unbestreitbar vor 1933 am nachdrücklichsten vertreten — nicht ernst genommen wurden, stattdessen die Selbsttäuschung von SPD (*Deutschland ist nicht Italien*) und der KPD (*nach den Nazis kommen wir, die Kommunisten, an die Macht*)? Die Folge war, daß die Arbeiter die Machtergreifung des Faschismus ohnmächtig hinnehmen mußten (Kapitulation der ADGB-Führung) und beim Ausbruch des 2. Weltkrieges keine wirksame Gegenkraft gegen den deutschen Imperialismus in Deutschland vorhanden war.

Wir stehen heute vor folgender Situation: Auf der einen Seite wenige Menschen, die erkannt haben, daß wir die politische Arbeit aufnehmen müssen und nach anderen Menschen suchen, die daran teilnehmen wollen, und sich organisieren zur politischen Auseinandersetzung. Auf der anderen Seite viele Einzelne, die vielleicht mal organisiert waren, davon enttäuscht wurden, die uns sagen: Was ihr da macht, ist ungenügend, ihr leistet dieses und jenes nur

mangelhaft oder gar nicht, ohne jedoch das »Ungenügende« mit besserem zu ersetzen. Sollen wir uns den letzteren anschließen?

Auch unsere Genossen aus Bochum kritisieren: »Die Aussagen zur wirtschaftlichen Entwicklung im Leitartikel sind sehr oberflächlich. Aus ihnen lassen sich keine Schlüsse für die zukünftige Entwicklung ziehen«. — Wir können mit dieser Kritik nichts anfangen. Wir hören diese Vorwürfe immer wieder — im Besonderen aus akademischen Kreisen —, aber wir haben bisher keinen Beitrag in dieser Richtung erhalten, der uns weiterhilft. »Darüber müßten wir genauere Untersuchungen anstellen«, wird gesagt. Wir sollen also aus dem uns heute vorliegenden Material keine Schlußfolgerungen ziehen und warten bis irgendjemand das »man müßte« auf sich bezieht?

Unser Weg ist der: mit unseren Kräften auch das Material zur wirtschaftlichen Krisenentwicklung in den USA kritisch aufnehmen als Grundlage der Einschätzung der gesellschaftlichen Entwicklung. Wir sind jederzeit bereit, uns mit neuen Gesichtspunkten auseinanderzusetzen, nur dann »müßten« sie auch vorgebracht werden.

USA — Westeuropa: Wer ist von wem abhängig?

Man kann oberflächlich Zahlen zusammenzählen und dann zu dem Schluß kommen, daß »das ökonomische Potential der Europäer und Japaner zusammengenommen stärker ist als das der USA«, — aber wo sind Wille und Kraft, die das europäische und japanische Potential »zusammennimmt« — ohne die USA und gegen sie, damit es stärker ist, als das der USA (ganz abgesehen, daß die Feststellung: Japan + BRD = USA oder sogar größer, nicht stimmen kann, weil die Importabhängigkeit der BRD zwischen 87 und 100% liegt, während die USA fast importunabhängig auf dem Gebiet der Rohstoffe sind. 25% der Weltindustrieproduktion liegen bei den USA, 6% bei der BRD, 6% bei Japan und 16% bei den EG-Ländern zusammen).

Was in der Weltwirtschaftskrise von 1929 in Deutschland keiner bürgerlichen Partei, Regierung oder Interessengruppe und nicht einmal der Reichswehr gelang, die unterschiedlichen Interessen im bürgerlichen Lager im Interesse der Erhaltung des kapitalistischen Systems parlamentarisch zusammenzufassen, das schafften die Nazis mit der faschistischen Massenbewegung, denen deswegen die ökonomisch herrschende Klasse, das deutsche Monopolkapital, die Ausübung der direkten politischen Macht überlassen mußte. Die Nazis retteten die kapitalistische Ordnung, die in eine tiefe Krise geraten war. Sie zwangen die verschiedenen Interessen in den herrschenden Klassen zu einer Einheit in ihrem Gesamtinteresse. Sie unterdrückten die Arbeiterbewegung, die für den Kapitalismus die größte Gefahr bildete, erstickten, so weit sie es konnten, alle aufkommenden illegalen Regungen, um einen Prozeß der Vereinigung auf der Gegenseite unmöglich zu machen.

Welche kapitalistische Macht in der Welt kann heute die Einheit des kapitalistischen Weltlagers gegen und ohne die USA herstellen? Kann die BRD Japan zur Einheit gegen die USA zwingen? Oder Japan vielleicht die BRD? Dazu fehlen beiden Staaten nicht nur die politischen Machtmittel, sondern auch alle wirtschaftlichen Voraussetzungen.

Die Frage der Einheit der kapitalistischen Staaten und Interessengruppen in der Krise, die zu einer Frage des Überlebens des kapitalistischen Lagers wird, stellt sich anders: Ist die Einheit vielleicht unter Führung der USA möglich? — Sie vollzieht sich vor unseren Augen auf ökonomischen Gebiet!

Dieser Prozeß, dem die herrschenden Klassen der anderen kapitalistischen Länder Opfer bringen müssen — und wer bringt schon gerne Opfer unter den deutschen Unternehmern, wenn das Profitemachen darunter leidet — geht nicht ohne Schwierigkeiten und Zähneklappern der Betroffenen vor sich. Opfer sollen möglichst immer die anderen bringen. Es hat in Deutschland in den 30er Jahren auch Unternehmer gegeben, die wütend waren auf die Nazis, weil ihre Exportgeschäfte litten. Dennoch gibt es für die Klassen, die die kapitalistische Ordnung verteidigen müssen und wollen, keine Alternative. »Myers vertrat die Ansicht, daß der künftige Präsident Reagan die Führungsrolle der USA im westlichen Bündnis unmißverständlich wieder wahrnehmen wolle. Gerade die Europäer, die

diese Führung unter der Carter-Administration vermißten, würden dies unter Umständen als Belastung empfinden«, schreibt die »Welt« am 6. 12. aus den USA.

Japan wird jetzt bedrängt, die Steigerung seines Wachstums und seiner Produktivität zu bremsen: Automobilindustrie, Stahlerzeugung, Schiffbau, elektronische Industrie usw. werden den übrigen kapitalistischen Staaten und internationalen Konzernen zur Last. Hat die Bundesrepublik die Japaner vielleicht ermuntert, unbeirrt weiterzumachen, damit die BRD + Japan zusammengenommen stärker sind als die USA? Die BRD stellt sich im Gegenteil auf die Seite des Stärksten — in der Hoffnung, so den Japanern Paroli bieten zu können. Die USA können ebensogut demnächst die Japaner gegen ihre westeuropäischen Verbündeten ausspielen. So sieht die »gegenseitige Abhängigkeit« mit den USA in der Realität ganz anders aus, als die Kritiker zu erkennen glauben.

Wenn in der sich anbahnenden Weltwirtschaftskrise, die ja nun wohl von niemandem mehr bestritten wird, überhaupt eine kapitalistische Macht die Einheit des kapitalistischen Lagers herstellen kann und zu einer einheitlichen Stoßrichtung zusammenfassen kann, dann sind das nur die USA. Daß in einem solchen »Bündnis« letztenendes die Interessen des Stärksten sich durchsetzen, dafür sorgt schon die politische Rolle, die die USA im imperialistischen Lager spielen. Es hat seinen Grund, daß die Partner der USA über die mangelnde Führungskraft der USA z.Zt. heulmeiern und in Reagan den starken Mann erhoffen. Sie müssen sich von den USA politisch vergewaltigen lassen, wenn sie kapitalistisch weiterleben wollen. Daß sie bald über den wachsenden Druck der USA ebenso jammern werden, ändert nichts an dieser Perspektive.

»Die amerikanische Regierung hat im Konflikt um den Iran nicht zuletzt eingelenkt, um die europäischen Verbündeten nicht vom Öl abzuschneiden«, lesen wir in der Kritik. **Wer ist da von wem abhängig?** Wird nicht die Abhängigkeit vom Öl geradezu zu einem Erpressungsmittel der USA gegen ihre »Partner«? — Aber nicht die Rücksicht auf Japan und die BRD und deren Ölinteressen hat die USA vom direkten Eingreifen in Persien bis jetzt abgehalten, sondern die Anwesenheit der SU an den Grenzen Irans.

Die SU behindert die »Freiheit« der USA im Persischen Golf, nicht die BRD und Japan! »Das Streben aller europäischen Staaten gegen die Boykottmaßnahmen gegen den Iran« und »die Kritik der Europäer gegen die geplanten militärischen Maßnahmen gegen den Iran« zeigen einerseits, daß die »Europäer« wünschen, daß die Amerikaner ihnen beim Geschäftemachen nicht allzuweh tun mögen, und andererseits welche Aufgaben die USA noch zu lösen haben, um die verschiedenen Interessen unter einen Hut zu zwingen.

Worin besteht die von uns immer wieder hervorgehobene dominierende Rolle der USA im kapitalistischen Lager?

Im Rahmen der Allianz zwischen dem sozialistischen Rußland und dem imperialistischen England, Frankreich und Amerika im 2. Weltkrieg gingen die USA im Vergleich zu ihren imperialistischen Partnern England und Frankreich wirtschaftlich und politisch gestärkt als 1. Sieger hervor. Die Produktivität war enorm gesteigert worden, England noch stärker als zuvor in finanzielle Abhängigkeit gekommen, der Einfluß der USA auf vor allem ehemalige Kolonialgebiete Frankreichs und Englands und von Japan beherrschte Einflußgebiete in Asien erweitert worden. Der Absatzmarkt für die US-Produktion war größer geworden, was eine entsprechende Kapitalansammlung in den USA zur Folge hatte. Dieses (schon durch die Kriegslieferungen an die Verbündeten) angesammelte US-Monopolkapital drängte zur Anlage auf die ausländischen Märkte.

Die Voraussetzungen der heute angeblich ebenbürtigen Konkurrenten BRD und Japan waren wesentlich schlechter gegenüber den USA: Der Neuaufbau und die Restauration mußten der Expansion vorausgehen. Sie waren besser gegenüber England und Frankreich infolge der mit Hilfe von amerikanischem Kapital geschaffenen modernen Industrieanlagen. Das finanzielle Potential der USA im Verhältnis zur BRD drückt sich in einem kleinen Beispiel deutlich aus: Die Automobilindustrie bereitet sich in beiden Ländern auf die Überwindung der Marktsättigung vor: Der US-Konzern General Motors will in den nächsten Jahren dafür ca. 35 Milliarden Dollar ausgeben, der BRD-Konzern VW dagegen 6 Milliarden!

Ist die innenpolitische Rechtsentwicklung in den USA unwichtig?

Wenn die USA ihre internationale Führungsrolle wieder festigen wollen, brauchen sie die Machtmittel, um die heute rebellierenden Massen in den Entwicklungsländern niederzukämpfen zu können, wobei sie das sozialistische Lager gleichzeitig zumindest bedrohen müssen. Dazu brauchen sie Soldaten, die überzeugt sind, daß die weißen Amerikaner eine überlegene Rasse sind. Die weißen amerikanischen Kleinbürger, die sich heute in solchen Terrororganisationen wie den Klu-Klux-Klan zu organisieren beginnen, liefern das für diese Zwecke notwendige Menschenmaterial. So ist die politische Rechtsentwicklung in den USA — für die der Wahlsieg Reagans nur eine Zwischenetappe ist — der Prozeß, in dem die herrschende Klasse in den USA wieder eine innere Ordnung — ideologisch, gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich — schafft, die es ihr ermöglicht, ihre sogenannte Führungsrolle in der Welt wieder einzunehmen, d.h. ihre inneren Schwierigkeiten nach außen zu verlagern, indem Gebiete direkter rücksichtsloser Ausbeutung geschaffen werden. — *«Da ist die politische Rechtsentwicklung, wie sie in dem Leitartikel beschrieben wird, im Grunde ganz uninteressant.»* Können die Kritiker das wirklich aufrecht erhalten, und sehen sie nicht den Zusammenhang mit der Entwicklung auch in der BRD?

Ein wesentlicher Unterschied darf dabei nicht außer Acht gelassen werden. Die Reaktion in den USA hat keine ins Gewicht fallende sozialistische oder kommunistische Arbeiterbewegung niederzuringen. Stattdessen hat sie durch die vielfache rassische und sonstige Zersplitterung der in der Industrie Beschäftigten (Italiener, Iren, Puertoricaner, Tschechoslowaken, Polen, Griechen, Deutsche, Schweden etc.) eine gute Möglichkeit, auch die Arbeiterschaft für einen Kampf gegen einen äußeren Feind in nationalistische Verwirrung zu versetzen. Einer faschistischen Massenbewegung in den USA steht nicht einmal eine politische Arbeiterbewegung wie in Deutschland oder Italien nach dem 1. Weltkrieg gegenüber, sondern allenfalls ein linksbürgerlicher Flügel der Demokraten (McGovern, Kennedy, u. ä.), der noch miserabler kapitulieren wird, als deren Gesinnungsfreunde in Deutschland es in der Periode der faschistischen Machtergreifung taten.

Dritte Welt — Naher Osten

Die Aussagen der Kritiker über die politische und ökonomische Entwicklung im Nahen Osten, daß es ein *«problematisches Einsatzfeld für ein direktes militärisches Engagement der USA»* sei und daß die USA mit 100 Soldaten Eingreifreserve *«gegen eine zum Guerrillakrieg entschlossene Bevölkerung nichts ausrichten»* könne und daß *«die iranische Revolution nur noch entschlossener gemacht»* würde durch einen Einsatz von taktischen Atombomben, alle diese Aussagen widersprechen offenbar der an anderer Stelle aufgestellten Behauptung, daß der *«technische Standard der Warschauer-Pakt-Staaten immer noch leicht»* ausreiche, *«die amerikanische Bevölkerung zu vernichten»*. In einem Falle macht ein möglicher Atomwaffeneinsatz die betroffene Bevölkerung (Irans) entschlossener, im anderen Falle (USA) vernichtet er sie?

Die politische Bedeutung der *«Entlassung in die Unabhängigkeit»* wie es vor allem von England und Frankreich in den letzten 20 Jahren mit Ländern der 3. Welt betrieben wurde, ist eine äußerst beschränkte, auch wenn der Druck von nationalen Unabhängigkeitsbewegungen und *«Befreiungskämpfen»* eine mehr oder minder große Rolle spielte. Ließe sich das Abhängigkeitsverhältnis vor der Unabhängigkeit als eine Art Sklaverei beschreiben, ist es nach Aufhebung dieser Art Abhängigkeit (die auch eine gewisse Fürsorge der *«Sklaven»* einschließt) das Verhältnis von formal freien Konkurrenten auf dem kapitalistischen Markt. Tatsächlich sind die Länder der 3. Welt noch zu keiner ernsthaften kapitalistischen Konkurrenz fähig. Daß sie dennoch existenzfähig sind, verdanken sie meistens entweder dem sozialistischen Lager oder den kapitalistischen Finanzspritzen, die vor allem zur Abwehr der sozialen Revolution dienen. Also z. B. durch mehr *«Entwicklungshilfe»* und mehr Profitproduktion in diesen Ländern selbst. Das wiederum kann nur auf Kosten der werktätigen Bevölkerung in den entwickelten Industrieländern gehen. Die niedrigen Löhne in den Entwicklungsländern machen die

Kapitalanlage dort attraktiv, wenn alle anderen Voraussetzungen gegeben sind. Solange Hochkonjunktur war, haben die deutschen Arbeiter auch diese *«Entwicklungshilfe»* hingenommen. Sie hatten ja auch nichts gegen die Aufnahme ausländischer Arbeiter, die die schlecht bezahlte Arbeit hier machten. Aber das ändert sich jetzt, und die deutschen Unternehmer werden diesen in der Krise entstehenden Widerspruch für ihre Interessen zu nutzen versuchen.

Die Politiker aus den NATO- und EG-Ländern können 100mal davon reden, daß sie alle gleichberechtigte Partner sind und gleiche Rechte haben. Formal haben sie die auch. Aber damit wird die Ungleichheit nicht aufgehoben und die Schwachen nicht stark. Die USA versuchen, weitgehend ihre Partner die Folgen der kapitalistischen Anarchie tragen zu lassen, weil sie selbst nicht untergehen wollen. Deswegen halten wir die Feststellung der *«Welt»*, daß die Amerikaner die Europäer in den *«Sumpf»* ziehen, für richtig. Die Hoffnung, daß die USA die Europäer auch wieder aus dem Sumpf herausziehen würden, die die Kritiker äußern, ist ein frommer Wunsch. Seine Verwirklichung hat zur Voraussetzung, daß die SU und die sozialistischen Länder im 3. Weltkrieg besiegt werden, und gleichzeitig die kapitalistische Welt den 3. Weltkrieg unversehrt überlebt.

Je mehr Atomwaffen, desto geringer die Kriegsgefahr?

Im 1. Weltkrieg war es die Panzerwaffe, die die *«vernichtende»* Wirkung ausüben sollte. Im 2. Weltkrieg die deutsche Wunderwaffe bzw. die Atombombe, die dem Gegner und der Bevölkerung im gegnerischen Lager Angst einjagen sollte. Die Amerikaner stellen die Niederlage Japans im 2. Weltkrieg als eine Folge des Atombombenabwurfes dar. Das ist falsch. Japan war 1945 militärisch in China und auf den meisten anderen Kriegsschauplätzen bereits geschlagen. Nach der deutschen Kapitulation war der Kriegseintritt der SU gegen Japan eine zwingende Folge. Die Atombombe über Hiroshima und Nagasaki hat den Kriegsschluß beschleunigt. Es war ein Wettlauf zwischen SU und USA um die Kapitulation Japans.

Was im 2. Weltkrieg an Menschen und Produktionsmitteln vernichtet wurde, übertraf um ein Vielfaches die Zerstörungen und Opfer des 1. Weltkrieges. Ein kommender Atomkrieg würde um ein Vielfaches mehr an Opfern kosten als der 2. Weltkrieg. Die Furcht vor den Folgen und der Wirkung der neuen Waffen ist nur zu berechtigt. Nur daß die Menschheit ausgelöscht wird, dafür gibt es keinen Beweis.

Die Angst, die vor der Wirkung der Atomwaffe verbreitet wird, verhindert nicht deren Anwendung, wenn es zur Rettung des Kapitalismus notwendig und möglich sein sollte. Angst vor Waffen hat noch nie den Ausbruch eines Krieges verhindert. Im Gegenteil: Angst soll den revolutionären Kampf der ausgebeuteten Klassen gegen die Kriegsgefahr lähmen. Die Ursache der Kriegsgefahr liegt — allgemein gesagt — nicht in der Rüstung und in den Waffen, sondern in den sich steigernden und immer komplizierter werdenden Widersprüchen, die die imperialistische Herrschaft erzeugt, und auf die die herrschende Klasse mit Rüstungsproduktion antwortet. Alle *«Lösungen»* der Widersprüche, die nicht die wirklichen Ursachen beseitigen, sind Grundlage für ein neues, dann aber verschärftes Auftreten der nur scheinbar gelösten Widersprüche.

Deshalb halten wir bei der Antwort auf die Frage, ob und wie ein 3. Weltkrieg **vermeidbar** ist, an der zwar allgemeinen, aber grundsätzlichen Feststellung fest: In dem Maße, in dem die Arbeiterklassen in den entwickelten kapitalistischen Ländern den Kampf gegen ihre herrschenden Klassen führen, in dem Maße hindern sie diese, den Ausweg aus den Widersprüchen im Krieg zu suchen.

In dem Diskussionsbeitrag wird als Beweis dafür, daß es keine *«akute politische Entwicklung zum 3. Weltkrieg»* gibt und *«daß wir nicht unmittelbar am Rande des Krieges stehen»* auf die Erkenntnisse der KPSU auf dem 20. Parteitag verwiesen. (In der *«Arbeiterpolitik»* wird nirgendwo von *«akuter»* oder *«unmittelbarer»* Kriegsgefahr gesprochen. Wir weisen lediglich auf die **fortschreitende** Entwicklung zur letztendlich kriegerischen Lösung hin. Das mag den Genossen aus Bochum vielleicht zu allgemein sein, wird deswegen aber nicht falsch.)

Die Russen sprechen von der *«Vermeidbarkeit des 3. Weltkrieges»*? Was können wir mit dieser Feststellung anfangen? Oder gar damit, daß die *«chinesischen Kommuni-*

sten momentan ihre Auffassung« ändern? Wir sind nicht die DKP, die jede Wendung und Veränderung kritiklos hinnimmt und nachbetet.

Wir haben — gerade in Deutschland — damit zu viele negative Erfahrungen gemacht, um russische oder chinesische »Erkenntnisse« kritiklos zu übernehmen. Selbst die Russen sprechen unseres Wissens nur davon, daß es »keine schicksalhafte Unvermeidlichkeit« eines Weltkrieges gibt und »daß noch vor dem endgültigen Sieg des Sozialismus auf der Erde, bei der Existenz des Kapitalismus in einem Teil der Welt die reale Möglichkeit entsteht, einen Weltkrieg aus dem Leben der Gesellschaft auszuschließen.« (Aus dem Brief des ZK der KPdSU an das ZK der KP Chinas, März 1963.)

Worüber wir mit den Kritikern einig sind, sofern sie das bei ihrer Kritik im Auge hatten, ist die Notwendigkeit, daß wir bzw. die kommunistische Bewegung in der BRD **genauer** untersuchen, bei welcher Etappe auf dem Weg dieser fortschreitenden Entwicklung wir angekommen sind. Im Rahmen dieser Antwort läßt sich das nicht bewältigen. Deswegen sind wir aber nicht mit vorschnellen Spekulationen einverstanden.

»Möglichkeit« heißt z. B. nichts anderes als: Es kann sein oder auch nicht sein. Statt über »Möglichkeiten« zu spekulieren, müssen wir sagen, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, daß die »Möglichkeit« zur Wirklichkeit werden kann. Die BRD ist nach der Niederlage im 2. Weltkrieg zum Bollwerk gegen den Kommunismus geworden. Die Existenz der BRD als westdeutscher Staat hängt von dem militärischen Schutz der USA mehr ab als die irgendeines anderen westeuropäischen Staates. Ob sie es will oder nicht, wird sie damit auch zu einem besonderen Teilstück der amerikanischen Strategie, was einschließt, daß sie Schlachtfeld oder Rückzugsgebiet sein, — in beiden Fällen wird sie von den USA in ihrem Interesse **benutzt!**

Die allgemeine Entwicklungsrichtung der Weltpolitik geht dahin, daß letzten Endes das imperialistische Lager mit dem sozialistischen zusammenstoßen und versuchen muß, seine eigenen inneren Widersprüche damit zu lösen, daß es in das sozialistische Lager eindringt, es zersetzt und den dortigen Markt zurückerobert. Dieser Prozeß ist im Gange, er vollzieht sich noch mit materiellen und politischen Mitteln der verschiedensten Art, aber **noch nicht** mit militärischen Waffen. Die neuentdeckte »Solidarität« der herrschenden Klasse der BRD für die polnischen Arbeiter ist z. B. ein Versuch, die Schwierigkeiten im sozialistischen Lager für die Ziele des Imperialismus auszunutzen. — »Wir können davon ausgehen, daß die Russen sich auf das Spielchen (!) der Amis, Europa gegen die SU kämpfen zu lassen, nicht einlassen werden.« — und — »Breschnew warnte die Amerikaner vor dieser Illusion.« — Was helfen uns »Warnungen« Breschnews oder Kissingers Vorstellungen? Sie sagen höchstens aus, daß sie **beide mit kriegerischen Auseinandersetzungen rechnen**. Wenn die Kommunisten in den sozialistischen Ländern (Polen, CSSR usw.) nicht in der Lage sind, die Schwierigkeiten zu lösen, die sie mit ihren Arbeitern haben, dann ist das »Spielchen« der Amis für die Existenz des Sozialismus gefährlich.

Das sozialistische Lager steht angesichts der weltpolitischen Auseinandersetzungen keineswegs »blitzblank« und ohne Widersprüche da. Die Muskeln zur Schau stellen und spielen lassen, verbirgt sehr oft innere Schwäche. Widersprüche im sozialistischen Lager, die die Kommunisten nicht lösen können, schlagen für die Gegner zu Buche, d. h. für die USA und das imperialistische Lager.

Die deutschen Kommunisten waren nach dem 2. Weltkrieg noch nicht fähig, die deutschen Arbeiter für die revolutionäre Bewegung zu gewinnen. Die russische Besatzungspolitik in der damaligen Ostzone trug dazu bei, die deutschen Arbeiter ins Lager des Kapitalismus zu treiben. Kann das mit DKP-Friedensreden geändert werden? Oder mit Angst vor dem Atomkrieg oder Resolutionen gegen die Neutronen-Bomben? Was können wir tun? fragen die Kritiker. Wozu überhaupt etwas tun, wenn doch »ein militärischer Konflikt in Europa sowieso unmöglich wäre«? könnten wir fragen!

Aber wir sind da anderer Meinung, weil wir von den Klassenkräften und ihren Veränderungen ausgehen und nicht von Wünschen. Wir können nur Einfluß auf die Entwicklung nehmen in dem Maße, in dem wir bei den Arbeitern Einfluß und Vertrauen als Kommunisten gewinnen, damit sie nicht denen folgen, die mit meistens radikal klingenden Worten ihre

Abhängigkeit von der herrschenden Klasse verschleiern, während sie gleichzeitig schweigen zur Unterdrückung mit Militär und faschistischen Organisationen (Türkei, Korea, Südamerika). Wenn die Kommunisten die Aufgaben, die vor ihnen stehen, nicht politisch lösen können und stattdessen auf die »Rote Armee« oder den Sieg der SU warten, ist das lebensgefährlich für den Kommunismus im eigenen Land, weil er so niemals in die Köpfe der Menschen kommen kann.

Auch die »Arbeiterpolitik« hat nicht immer recht!

Die Kritiker zitieren die »Arbeiterpolitik« aus dem Jahre **1957**: »Was nicht ausgesprochen wird, ist, daß alle diese Pläne vorbereitende Etappen eines Weltkompromisses zwischen den USA und der SU sind oder doch sein können. Ein solcher Kompromiß wird immer dringlicher, die interkontinentale Fernrakete (hat ihn) unausweichlich gemacht...« Hat die »Arbeiterpolitik« sich damals an der Verbreitung von Illusionen vom »Weltkompromiß« beteiligt und die »Zeit für eine Einigung mit der kommunistischen Welt reif« gefunden? — Wie verträgt sich der zitierte Artikel von 1957 mit dem, was wir heute schreiben? Er verträgt sich nicht und vertrat sich schon 1957 nicht mit unserer Auffassung. Der Widerspruch verlangt eine Erklärung:

In den ersten Veröffentlichungen der Gruppe Arbeiterpolitik nach 1945 ist nachlesbar, daß eine gemeinsame Siegerpolitik **auf die Dauer** nicht möglich sein werde, weil die internationalen Klassegegensätze zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Staaten sich immer schärfer herauskristallisieren werden.

Daß die gemeinsame Siegerpolitik 1945 **noch** möglich war, beruhte darauf, daß die deutsche Arbeiterklasse nach der Niederlage ihrer herrschenden Klasse im Krieg keine eigene revolutionäre Kraft entfalten konnte. Die westlichen Alliierten haben die Umwandlung des Krieges in einen revolutionären Krieg in Deutschland — wie Churchill es offen aussprach — befürchtet. Die SU machte gemeinsame Siegerpolitik, weil die Kraft der SU eine andere nicht zuließ. Diese Siegerpolitik verlor **nach** der Niederlage Hitlerdeutschlands mehr und mehr ihre Grundlage und ging nach dem Scheitern des »roll back« in die »friedliche Koexistenz« über.

Jedoch war die Ideologie der friedlichen Koexistenz nur die Widerspiegelung des Kräfteverhältnisses zwischen den Lagern — keines konnte das andere besiegen. Daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, daß das Kräfteverhältnis statisch sei, sich in Zukunft nicht verändern würde oder könne, und deswegen von einem »Weltkompromiß« zu sprechen und von »einer Einigung mit der kommunistischen Welt« hieß, die Erforschung des weltpolitischen Prozesses durch die Widerspiegelung des augenblicklichen Zustandes ersetzen. Das war der Grund dafür, daß bereits 1956 der politische Bruch mit dem Redakteur der »Arbeiterpolitik« begann, und der mit dem Übertritt des Redakteurs 1959 zur SPD seinen Abschluß fand. Die Genossen, die an den Weltkompromiß glaubten — und den Sozialismus de facto abschrieben — gingen zur SPD, weil die kommunistische Bewegung in Deutschland keine Perspektive mehr zu haben schien. Die aufblühende Wirtschaftskonjunktur in der BRD machte es für die revolutionäre Bewegung schwer, unter den Arbeitern Fuß zu fassen. Was sollten wir, die wir uns über die Grundzüge des weltpolitischen Gegensatzes und den Prozeß im klaren waren, da tun? Wir wußten, daß die wirtschaftliche Hochkonjunktur in den entwickelten kapitalistischen Ländern zu Ende gehen würde, und die Klassegegensätze wieder an die Oberfläche kommen mußten. Wir, die wir an den Grundsätzen festhielten, können heute wenigstens an die Aufgabe gehen und versuchen, wieder ein revolutionäres Fundament in der deutschen Arbeiterklasse zu legen. Die Schwierigkeiten, die wir heute vorfinden, sind anderer Natur. Die auf Grund des Endes der Wirtschaftskonjunktur veränderte Lage stellt uns vor Aufgaben, die bisher höchstens abstrakt gesehen wurden. Jetzt stehen sie **konkret** vor uns — und wir stellen wieder fest, daß nicht wenige, die noch vor wenigen Jahren für den Sozialismus schwärmten, nicht mehr bereit sind, auch diese neue Etappe mit weit größeren Anforderungen an den Einzelnen (und die politischen Arbeiterorganisationen) im **organisierten** Zusammenhang zu bewältigen. Die kommenden Auseinandersetzungen werden die Kräfte schaffen, die den Aufgaben der Zeit gewachsen sind. (gekürzt)

P., HH ■

Kollegen aus Köln berichten:

Druckhaus Deutz der SPD wurde geschlossen

In den SPD-Betrieben besteht seit 1976 die volle paritätische Mitbestimmung. Sie ist damals von Betriebsräten und AFA-Gruppen entwickelt und eingeführt worden. Seitdem hat die Konzentrations-GmbH., zu der auch das Druckhaus Deutz gehört, einen Aufsichtsrat, der aus zwölf Mitgliedern besteht. Davon sind 6 Mitglieder der IG Druck und Papier, 3 davon kommen aus Betrieben, sind Betriebsräte. Einer davon ist unser Betriebsratsvorsitzender Gierden, der andere der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Schwab. Die drei aus der Gewerkschaft sind Loni Mahlein (Aufrichtsratsvorsitzender), der Kollege Fritz Gent und Heinz Wolf. Zum Ende des Jahres scheiden die beiden letzteren aus.

Das Druckhaus Deutz hat seit 1972 schon 7 Sozialpläne gemacht. Der letzte davon war 1978. Mit diesen Sozialplänen haben sie im Laufe der Jahre eine Belegschaft von 600 Kollegen auf 150 reduziert. Das Druckhaus Deutz gehört zu der Konzentrations-GmbH., in der insgesamt 15 Betriebe zusammengeschlossen sind. Einige Betriebe davon existieren wohl nur noch auf dem Papier, bzw. in der Verwaltung.

Früher hat das Druckhaus auch die »Bild-Zeitung« mitgedruckt, ebenso die »Neue-Ruhrzeitung« (NRZ), »Welt der Arbeit«, die »Deutsche Zeitung«. 1974 hat Springer den Druckauftrag für die »Bild-Zeitung« zurückgezogen, weil sein Druckzentrum in Kettwig inzwischen fertig war. Damals wurden bei uns 120 Mitarbeiter entlassen. Ähnlich war es auch mit der »NRZ«, das ist eine SPD-freundliche Zeitung. Die stellte nach und nach ihre Lokalausgaben ein, das kostete weiteren 70 Kollegen den Arbeitsplatz. 1976 war dann der endgültige Weggang der »NRZ«, dabei schrumpfte die Belegschaft auf 230 Leute. 1978 kündigte die »Deutsche Zeitung«, das führte zur Auflösung des Buchdrucks im Druckhaus. Damals plante man schon, das Druckhaus ganz zu schließen. Es gab heftige Auseinandersetzungen um das Weiterbestehen der Firma. Damals hat uns der Halstenberg von der SPD einen ganz schlechten Sozialplan angeboten. Es sollten nur Kollegen über 45 Jahre eine Abfindung bekommen. Das hatte die Kollegen auf die Beine gebracht. Wir haben einen Marsch zum Rathaus gemacht. Die Presse hat viel Öffentlichkeit hergestellt. Alles zusammen hat immerhin dazu geführt, daß alle Entlassenen einen annehmbaren Sozialplan bekamen und gleichzeitig wurde erreicht, daß der Betrieb mit 150 Mann weitergeführt wurde. Auf einer Aufsichtsratsitzung wurde ein neuer Geschäftsführer eingesetzt. Gleichzeitig wurde dort beschlossen, daß man dem Druckhaus eine Frist von 3 Jahren geben wollte, in der versucht werden sollte, eine neue Produktion aufzubauen mit anderen Kunden. Im zweiten Jahr wollte man eine ausgeglichene Bilanz erreichen. Nach den 3 Jahren wollte man weitersehen, was mit dem Druckhaus passieren sollte.

In der Zeit von 1978 bis jetzt drehte sich auch jede Betriebsversammlung, jede Wirtschaftsausschußsitzung, jede Betriebsratssitzung um die Entwicklung des Druckhauses Deutz. Die Gerüchte waren eher negativ. Man hörte, daß Investitionen gebraucht würden usw., aber man konnte nie genaue Informationen vom Aufsichtsrat oder vom Besitzer (SPD) bekommen. Es wurde immer auf den Aufsichtsratsbeschluß von 1978 verwiesen und daß man erst die 3 Jahre abwarten wollte, bevor man etwas Genaueres sagen könne. Es wurde der Belegschaft allmählich klar, daß das Ganze nur eine Verzögerungstaktik war, um über die Bundestagswahl hinaus zu kommen. In der letzten Betriebsversammlung im Juni wurde von der Geschäftsleitung noch gesagt, daß die Entwicklung im Druckhaus recht positiv zu sehen sei. Der Umsatz wäre so gut wie nie zuvor, und man das so einschätzen könne, daß der Dreijahresplan sich positiv erfüllen würde, daß man aber jetzt schon Entscheidungen über neue Investitionen treffen müsse. Wenn die erst in einem Jahr getroffen würden, sei das zu spät. Unter anderem sollte eine neue Rotation

angeschafft werden, und eine leistungsfähige Fotosatzanlage. Der Betriebsrat ließ Unterschriften sammeln für eine Aufforderung an Halstenberg neue Investitionsmittel für das Druckhaus bereit zu stellen.

Die NRZ war im politischen Auftrag der SPD jahrelang im Druckhaus gedruckt worden und hat dem Druckhaus etwa 40 000,- DM Verlust im Monat gebracht. Die NRZ gibt es noch mit eingeschränkter Lokalausgabe, sie wird jetzt woanders gedruckt. Die »Deutsche Zeitung« hat sich ein »kostengünstiger« Druckunternehmen gesucht.

Von 1978 bis jetzt sind etliche Gutachten angefertigt worden, von der SPD, von den Gewerkschaften, auch von der Belegschaft. Alle kamen zu dem Ergebnis, daß man größere Summen investieren müßte, um das Unternehmen selbständig tragend zu erhalten. Das Unternehmen war inzwischen schon 10—15 Mill. im Minus. Im Juni sagte man uns, daß über Investitionen endgültig entschieden würde auf einer Aufsichtsratsitzung, die im November stattfinden sollte. Wir, die Belegschaft hatten die Vorstellung, das wird wohl alles wieder auf die lange Bank geschoben, weil ja der Dreijahresplan erst Mitte 1981 abgelaufen wäre. Diese Vorstellungen begannen sich zu ändern, als der Halstenberg nach der Wahl einen Schuldenberg der Partei von 50 Millionen bekanntgab und Sparmaßnahmen ankündigte und von 80 Entlassungen im Bonner Parteiapparat die Rede war. Als er auf das Druckhaus Deutz angesprochen wurde, sagte er, da wäre noch eine Aufsichtsratsitzung und wenn da keine Mittel genehmigt würden, sähe es schlecht aus um die Druckerei.

Man merkte, daß der Finanzverwalter der SPD nach den Wahlen vorhat, konsequent aufzuräumen. Wir haben in der Vorbereitung zur Aufsichtsratsitzung unseren Betriebsratsvorsitzenden, der ja auch im Aufsichtsrat ist, aufgefordert, auf der Sitzung auf einer klaren Entscheidung zu bestehen und auf jeden Fall für die Investitionen zu stimmen, egal ob das machbar sei oder nicht. Daß auf dieser Sitzung Entscheidungen getroffen würden, war uns klar, das wurde dadurch deutlich, daß unter den Kollegen über Aktionen gesprochen wurde, die diese Aufsichtsratsitzung begleiten könnten. Es wurde geplant, an diesem Tag morgens um 6 Uhr die Arbeit niederzulegen und über die Situation zu diskutieren, und wenn die Aufsichtsratsitzung zu Ende sei, sollte eine Betriebsversammlung stattfinden. Das lief dann auch so am 12. November, an dem die Aufsichtsratsitzung stattfand. Das Druckhaus wurde mit schwarzen Fahnen versehen und Transparenten, die an den Vortagen gemalt worden waren, denn es war kein Streik, der spontan entstanden war, sondern er war von Betriebsräten und Vertrauensleuten gut geplant. Im Nachhinein kann man ihn als eine Pflichtübung bezeichnen.

Morgens hielten wir eine Versammlung ab, auf der wir planten, wie der Tag ablaufen sollte. Um 9.45 Uhr schickten wir ein Telex nach Frankfurt zu der Aufsichtsratsitzung mit dem Inhalt: daß die Belegschaft die Arbeit niedergelegt hat, daß man eine Entscheidung vom Aufsichtsrat erwartet und daß wir die Arbeit erst wieder aufnehmen würden, wenn sie eine Entscheidung getroffen hätten, und daß zur gleichen Zeit eine Demonstration durch Köln stattfindet.

Es fand dann die Demonstration statt in Köln-Deutz um unseren Häuserblock. An der nahm die ganze Belegschaft teil. Im Haus blieben nur die Telefonistinnen. Sogar die leitenden Angestellten gingen mit, denn auch die bangen um ihre Arbeitsplätze. Die Demo war total durchorganisiert mit allen Genehmigungen, die dazu erforderlich sind, z. B. ob wir Flugblätter verteilen dürfen und an welchen Stellen. Da wo es am sinnvollsten gewesen wäre, am Autobahnzubringer in der Nähe, wo sich vor den Ampeln die Autos stauen, da durften wir z. B. nicht verteilen wegen der Verkehrsbehinderung, gerade da wäre das Flugblattverteilen effektiv gewesen, damit die Leute, die mit dem Wagen zur Arbeit fahren, die Blätter mit in die Betriebe nehmen. Der Betriebsrat achtete auf strikte Einhaltung der Vorschriften, damit ja alles legal bliebe und uns keiner als Chaoten bezeichnen könne. So lief dann auch die Demo ab. 3 Polizisten führten die Demo auf dem Bürgersteig zweimal um den Häuserblock, wo nichts los war — wie ein Kindergarten auf dem Weg zum Freibad.

Darüber waren die Kollegen sauer und einige überlegten, ob man nicht anschließend eine andere Demo machen sollte, etwa in die Innenstadt in die Geschäftsstraßen. Es kam der Vorschlag, nach Bonn zu fahren. Nach der Demo haben wir eine Versammlung gemacht und bekanntgegeben, daß beim »Vorwärts« in Bonn auch 30 Entlassungen anstünden, daß es sinnvoll sei, zu den Kollegen vom »Vorwärts« und mit ihnen zusammen zur »Baracke« zu gehen. Kollegen waren spontan dafür.

Während sie schon darangingen Plakate und Transparente zu verladen, waren schon nach kürzester Zeit einige Betriebsratsmitglieder und Gewerkschaftsvertreter zur Stelle und wiegelten ab: da würden jetzt Sachen passieren, die seien nicht mehr eingeplant und dienen ganz anderen Zielen und wir sollten erstmal den Betriebsratsvorsitzenden in Frankfurt anrufen, was der davon hält. Während die Kollegen sich herumstritten, ob man nach Bonn fahren sollte, kam aus den Nachrichten die Meldung, daß umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen durch die Polizei vorgenommen wurden aufgrund der Rekrutenvereidigung. Das war dann der Grund, von einer Fahrt nach Bonn abzusehen.

Um 14 Uhr kam aus Frankfurt der Bescheid, die Entscheidung sei gefallen, der Aufsichtsrat hätte mit 11:1 Stimme die Investitionen im Druckhaus Deutz abgelehnt. Nach dieser Entscheidung vom Aufsichtsrat hat der Gesellschafter, das ist die SPD, einen Schließungsbeschuß vorgelegt und Druckhaus Deutz wird zum 30.6.1981 geschlossen. Der Gesellschafter gewährt die Auszahlung eines Sozialplanes.

Obwohl man damit irgendwann rechnen mußte, waren die meisten Kollegen sehr betroffen.

Bei der Verkündung der Entscheidung entstand bei der Belegschaft Empörung weniger über Halstenberg, sondern mehr über die Gewerkschaftsfunktionäre, jene 5, die gegen die Investitionen gestimmt haben. Es war klar, daß der Betriebsratsvorsitzende die eine Stimme für die Investitionen war. Mahlein, Gent und Wolf haben für die Schließung gestimmt.

Da gab es solche Szenen, daß ein alter SPD-Kollege auf den Ortsvereinsvorsitzenden zuging, ihn an der Krawatte packte und sagte: »Bring mir die alte Sau Mahlein her, der gehört aus der Gewerkschaft ausgeschlossen.« Da waren dann gleich wieder Kollegen aus dem Betriebsrat und Ortsverein zur Stelle, um zu beruhigen. »Laßt uns erst mal abwarten, was da konkret passiert ist. Laßt euch nicht zu unüberlegten Handlungen hinreißen, es geht ja schließlich um den Sozialplan. Wer sich jetzt zu unüberlegten Handlungen hinreißen läßt, riskiert eine fristlose Entlassung und bekommt überhaupt keine Abfindung.« Unsere Gewerkschaftsvertreter waren zwar den ganzen Tag anwesend, haben aber geschwiegen, haben sich nur darüber aufgeregt, daß Mahlein als dumme Sau bezeichnet wurde.

In den folgenden Betriebsräte- u. Vertrauensleutesitzungen ging es darum, was man weiter machen könne. Es lagen 3 Vorschläge vor: Einmal war die Haltung da, die Entscheidung ist getroffen, daran können wir nichts mehr ändern. Wir können nur versuchen, einen möglichst günstigen Sozialplan zu erreichen. Darauf müssen wir unsere Kraft konzentrieren.

Eine andere Haltung war, am nächsten Tag nach Bonn zu gehen, den Halstenberg oder einen anderen führenden Sozialdemokraten zu verlangen, sie zu einer klaren Stellungnahme zu zwingen, als Ausdruck unseres Protestes, und auch, weil man nicht einsehen konnte, daß man einen Betrieb der kostendeckend arbeiten konnte, einfach schließen wollte.

Die 3. Vorstellung war, daß man solange im Betrieb bleiben und nicht die Arbeit aufnehmen sollte, bis sich einer der Verantwortlichen SPD-Obernen im Betrieb sehen läßt. Man konnte sich auf keinen Vorschlag einigen, das wollte man den Kollegen auf einer Betriebsversammlung überlassen.

Dann kamen die Aufsichtsratsmitglieder aus Frankfurt zurück. Halstenberg kam natürlich nicht. Auf die Frage, warum die Gewerkschafter im Aufsichtsrat auch gegen die Investitionen gestimmt haben, wurde das mit Sachzwängen begründet. Die Situation habe sich so dargestellt, daß von der SPD ein Betrieb gegen den anderen ausgespielt worden wäre; man hätte ihnen gesagt: wenn ihr uns zwingt, im Druckhaus Deutz 30 Millionen zu investieren, müssen wir einige andere Unternehmen verkaufen.

Außerdem hätte keine Möglichkeit bestanden von einer anderen Stelle Geld herzukriegen, die Bank für Gemeinwirtschaft war nicht dazu bereit. Der Betriebsrat sprach sich eindeutig gegen Aktionen und für Sozialplanverhandlungen aus. Für irgendwelche Aktionen war inzwischen bei der Belegschaft keine Bereitschaft mehr.

Die Geschäftsleitung hatte es jetzt mit dem Sozialplan eilig. Seit der Schließung von Auer-Druck in Hamburg hatte unser Betriebsrat schon mal ein Konzept für einen Sozialplan ausgearbeitet, basierend auf dem Hamburger Sozialplan. Das war ein Punkte-System: es gab eine Anzahl Punkte für Lebensalter, Betriebszugehörigkeit, für die Anzahl der Kinder, für Schwerbehinderte usw., alles wurde addiert, durch 12 geteilt und mit dem Brutto-Monatslohn multipliziert, einschließlich der Überstunden. Nach den Vorstellungen des Betriebsrates sollte zwar die Punkte-Liste übernommen werden, aber mit einem Festbetrag multipliziert werden, der für alle Kollegen gleich ist, unabhängig davon ob der Kollege Hilfsarbeiter oder leitender Angestellter ist.

Der Geschäftsführer lehnte diesen Vorschlag mit der Begründung ab, das sei Gleichmacherei, man würde schließlich nicht unterm Kommunismus leben.

Auch einen anderen Vorschlag, bei dem die Grundbeträge für Hilfsarbeiter, Facharbeiter und leitende Angestellte gestaffelt waren, legte er vom Tisch. Sein Vorschlag sah folgendermaßen aus: Lebensalter dividiert durch 6, Betriebszugehörigkeit dividiert durch 6, beides wird addiert und mit dem Brutto-Monatsgehalt multipliziert. Zeitweilig standen verschiedene Modelle im Raum, die von der Belegschaft wirt diskutiert wurden. Keiner wußte genau, was eigentlich läuft.

Die Belegschaft wurde nicht einbezogen, nicht regelmäßig informiert. Es wurde vorgeschlagen, die Verhandlungen zu stoppen, die verschiedenen Modelle aufzuschreiben, jedem Kollegen zur Verfügung zu stellen, um dann auch die Meinung der Kollegen dazu zu hören. Das wurde vom Betriebsrat abgelehnt, das wäre nicht machbar, das gäbe eine chaotische Diskussion.

Nach einer Woche schon waren die Geschäftsleitung und der Betriebsrat zu einem Ergebnis gekommen. Der Vorschlag der Geschäftsführung konnte insofern noch verändert werden, daß ein zusätzlicher Ausgleich von DM 6000,- an Hilfskräfte, von DM 3000,- an Facharbeiter, von DM 1000,- an Angestellte gezahlt werden sollte. Insgesamt kamen 4,7 Mio. DM zur Verteilung.

Um den Sozialplan ist von der Belegschaft nicht gekämpft worden, und es ist das gelungen, was jeder Unternehmer in solch einer Situation anstrebt: den Sozialplan möglichst schnell und reibungslos abzuschließen, um mit möglichst geringen Störungen weiterzuproduzieren, um aufkommende Unruhe zu ersticken, weil er sich ausrechnen kann, wieviel Geld er verliert, wenn ihm das nicht gelingt.

Die SPD hatte natürlich auch noch ein Interesse daran, daß möglichst wenig an die Öffentlichkeit gelangt. Im Interesse der Kollegen ist es eigentlich nicht, einen Sozialplan möglichst schnell abzuschließen, denn die haben Zeit und können eventuell etwas Druck machen, indem sie Überstunden ablehnen. Der Betriebsrat hat die Kollegen nicht einbezogen, weil der Geschäftsführer gedroht hat, er würde bei Schwierigkeiten sich an die Einigungsstelle wenden und dort werden nach allen Erfahrungen schlechtere Ergebnisse erzwungen. Auf der Versammlung, wo den Kollegen Gelegenheit gegeben wurde, sich zu dem Sozialplan zu äußern, wurde ihnen auch gleich mitgeteilt, daß er bereits unterschrieben sei.

Es sind Dinge gelaufen, die etwas über den Zustand der Kollegen aussagen. Am Mittwoch nach Bekanntwerden der Schließung hat die Geschäftsleitung sich bei den Kollegen der Rotation nach ihrer Bereitschaft zu Sonderschichten erkundigt, um die Beilage für den »Vorwärts« zu drucken. Da haben sich Kollegen, u.a. auch linke Kollegen aus dem Vertrauensleute-Körper und aus dem Betriebsrat, bereit erklärt, diese Sonderschicht zu machen, gegen ein zusätzliches Aufgeld. Das führte zu einer erheblichen Unruhe in anderen Abteilungen, dort waren die Kollegen verärgert und konnten das Verhalten der Drucker nicht verstehen. Die verteidigten ihr Verhalten mit der Begründung, daß die Entscheidung ja endgültig gefällt sei, und sie jetzt noch alles mitnähmen, was sie nur kriegen könnten.

Im Betriebsrat ist das Problem diskutiert und angeregt worden, die Überstunden abzulehnen, weil der Betriebsfrieden dadurch gestört würde. Die Stellungnahme des Betriebsrates war: wenn die Kollegen von sich aus nicht ablehnen, wollen wir auch nicht dazwischen funken.

Wie sind die Kollegen auf der Gewerkschaftsversammlung aufgetreten? Das Druckhaus Deutz war eine Hochburg der Kölner IG Drupa, wo viele Kollegen an gewerkschaftlichen Schulungen teilnahmen, die vom Betrieb bezahlt wurden, ebenso Vertrauensleutesitzungen. Für viele Leute war das Druckhaus Deutz Ausgangspunkt für eine Gewerkschaftskarriere, z. B. der heutige Bezirkssekretär war Betriebsratsvorsitzender im Druckhaus. Was bei vielen Kollegen den Eindruck hinterlassen hat: auf unsere Kosten machen die sich eine Gewerkschaftskarriere. Durch die vorausgegangenen 7 Sozialpläne war die Belegschaft müde gemacht worden und hatte die Hoffnung auf Hilfe durch die Gewerkschaft begraben und ging deshalb auch nicht mehr zu den Versammlungen, um dort ihre Probleme zu schildern. ■

Kassel:

Betriebsbesetzung bei den Enka-Kunstfaserwerken

Im Sommer 1980 hörten die Beschäftigten der Enka-Werke AG in Kassel-Bettenhausen gerüchteweise, daß die Konzernleitung, der Akzo-Konzern mit Sitz in Holland, beabsichtigte, das Werk zu schließen. Zunächst gaben sie wenig darauf, aber im Dezember verdichteten sich die Gerüchte, zumal eine holländische Zeitung über die geplante Stilllegung berichtete; schließlich erfuhr der BR-Vorsitzende Helmuth Haase — wie es heißt zufällig — in einem Gespräch mit einem Enka-Vorstandsmitglied in Wuppertal von der wahrscheinlichen Schließung des Werkes. Das hieße: 840 Beschäftigte verlieren ihre Arbeitsplätze.

Akzo ist der größte Chemiefaserproduzent in Westeuropa. Die Krise in der Chemiefaserindustrie, die sich seit 1973 abzeichnet, hat den Konzern seitdem zu immer stärkeren Rationalisierungsmaßnahmen veranlaßt. Laut »Welt« vom 17. 12. 1980 werden die Verluste der westeuropäischen Chemiefaserindustrie für 1980 mit etwa 2 Mrd. doppelt so hoch wie 1979 ausfallen. Um rentabel wirtschaften zu können, müssen nach Angaben der Werksleitung ein Fünftel der heutigen Kapazitäten der Branche abgebaut werden.

Ursache für die Krise ist das Überangebot von Chemiefasern, in der BRD wirken sich vor allem die billigen Importe aus Niedriglohnländern aus. Fünf von sieben Textilerzeugnissen, die bei uns verkauft werden, stammen aus dem Ausland (»Plus-Minus«, ARD, 12. 12. 1980). In der offiziellen Erklärung der Enka-AG heißt es: »Textilimporte, Überkapazi-

täten und damit zusammenhängende, völlig unzureichende Erlöse zwingen auch Enka zu weiteren Anpassungsmaßnahmen.«

Um die Öffentlichkeit auf den drohenden Verlust ihrer Arbeitsplätze aufmerksam zu machen, wurde auf einer Betriebsversammlung am 11. 12. 1980, zu der etwa 600 Kolleginnen und Kollegen erschienen, von denen die meisten in der IG-Chemie organisiert sind, beschlossen, daß ab Freitag, den 12. 12. 1980, der Betrieb besetzt wird. Die Kollegen sprachen von einer symbolischen Besetzung, weil die Produktion normal weiterlief, »nur sind wir nach Schichtende nicht nach Hause gegangen, sondern mit Schlafsäcken und Matratzen in die Fabrik gezogen«. Seitdem standen sie rund um die Uhr mit jeweils acht bis zehn Mann an den beiden Werkstoren vor Plakaten wie »WIR HABEN DEN BETRIEB BESETZT, UM DIE ARBEITSPLÄTZE ZU SICHERN«.

Noch vor elf Jahren waren es 2500 Beschäftigte, ihre Zahl wurde ständig abgebaut, verstärkt seit 1973, als eine ganze Abteilung, die Zellwollproduktion, stillgelegt wurde. Die Kollegen am Werkstor zeigen auf den stillgelegten Trakt, der gleich bei der Pförtnerloge liegt, ausgestattet mit Maschinen, die die modernsten in Westeuropa waren und nun seit sieben Jahren rosten.

Die damalige Zustimmung des Betriebsrates zur Einstellung der Zellwollproduktion erweist sich nachträglich als der Anfang vom Ende. Zwar knüpfte der BR sein damaliges »Ja« an eine Betriebsvereinbarung, das Kasseler Werk zu einem zentralen Faserwerk auszubauen; eine Vereinbarung, die sich jetzt als Farce erweist, da nur die Alternative zu bestehen scheint, ob Polyesterfaser (Marke Diolen) künftig in Emmen/Holland oder in Kassel produziert wird.

Die Kollegen sind skeptisch, was die Zukunft des Kasseler Werkes angeht: »Das ist eine Aktiengesellschaft mit 90% holländischer und 10% westdeutscher Beteiligung — selbst wenn unsere wollten, die können doch gar nichts machen.« Im Kasseler Werk, das, wie die Unternehmensleitung bisher immer betonte, mit kompletter Infrastruktur (u. a. eigenes Kraftwerk, Abwasseranlage) ein voll erschlossener Industriebetrieb ist, können jährlich 42.000 Tonnen Chemiefasern hergestellt werden, in Emmen 10.000 Tonnen.

Ein Betriebsrat schimpft auf »unsere lasche Regierung; die lassen zu, daß die Chemiefaserproduktion hier um 30 Prozent gesenkt wird, und in den Billiglohnländern, in Formosa und in Korea und sonstwo wird immer mehr produziert.« Die Kollegen sprechen auch über die Konkurrenz aus den sozialistischen Ländern, die in der DDR und CSSR könnten viel mehr und billiger produzieren. »Warum wird bei uns nicht subventioniert wie in Italien und Frankreich?«, fragen sie.

Abgesehen von 840 Familienschicksalen wären die Folgen der Stilllegung besonders gravierend, weil 45% der Beschäftigten über 50 Jahre alt sind. Die Arbeitslosenzahl in Kassel, die jetzt schon die höchste in Hessen ist, würde von 5,3% auf mindestens 6,3% anwachsen. Arbeitsmöglichkeiten in anderen Kasseler Betrieben sind angesichts des Einstellungsstops bei VW (15.000 Beschäftigte) und Kurzarbeit bei AEG und Telefunken gering. Kurzgearbeitet wurde auch bei Enka immer wieder, zuletzt in der ersten Hälfte 1980. Beschäftigten an der »Altersgrenze« wird inzwischen nahegelegt, vorzeitig in Rente zu gehen.

Die Reaktion der Bevölkerung und in den Kasseler Betrieben auf die Betriebsbesetzung war überwiegend positiv, von überall kamen Solidaritätsbekundungen, auch Spenden, als eine der ersten reagierte die Belegschaft des ebenfalls bedrohten Akzo-Betriebes in Emmen — offenbar haben die Kollegen dort mehr begriffen als das vielzitierte »ach heiliger Sankt Florian, verschon' mein Haus, zünd's andere an«. Auch die Belegschaft des VW-Werks: »Das haben wir nicht erwartet, abends fuhrn die Türken vor, von VW, und beköstigten uns — und wie!« Die Kollegen verweisen immer wieder darauf, daß ihre Aktion »durch und durch friedlich und rechtlich« ist, »denn wir belästigen doch niemanden, oder?«

Wer ans Werkstor kommt und sich informieren will, wird erstmal befragt, woher er kommt usw. bis zur Parteizugehörigkeit. Einigen Kollegen scheint das unwesentlich, wichtiger sei doch die Unterstützung, und daß die Informationen weitergetragen würden. Andere dagegen sind skeptisch, befürchten ihre Aktion würde »womöglich von Kommunisten und so für andere Zwecke ausgeschlachtet«. Sie fragen darum: »Habt ihr



Posten vor dem Enka-Werkstor

schon gearbeitet, und wie lange, und seid ihr in der Gewerkschaft?»

Die Werksleitung bezeichnete die Besetzung als widerrechtlich, weil Arbeiter nach Schichtende kein Aufenthaltsrecht in der Fabrik hätten, außerdem würden die Ruhezeiten verkürzt werden, was wiederum Auswirkungen auf die Sicherheit (erhöhte Unfallgefahr) haben könnte. Mit Flugblättern solchen Inhalts wurde versucht, einen Keil zwischen die Arbeiter und ihre Frauen zu treiben. Aber die Flugblätter verfielen nicht — obwohl die meisten Arbeiter während der Besetzung nicht zu Hause waren, wurden sie von ihren Familien nach Kräften unterstützt — die Flugblätter der Unternehmensleitung landeten in Papierkörben oder Abfallbehältern. Noch vor wenigen Jahren wurden Zusatzschichten bis zu 50 Stunden monatlich gemacht, damals hat es viele Arbeitsunfälle gegeben, aber niemand von der Geschäftsleitung hat etwas über mehr Sicherheit verlauten lassen, erzählt einer.

21. 12. 1980: die Betriebsbesetzung ist aufgehoben. *«Ja, von heute auf morgen».* Das *«Komitee zur Sicherstellung der Arbeitsplätze»*, das als Interessenvertretung der Belegschaft vor allem von BR und Vertrauensleuten gebildet worden war, hat nach einer gemeinsamen Erklärung des hessischen Ministerpräsidenten Börner und des Vorstandsvorsitzenden der Enka-AG, Zempelin, den Kolleginnen und Kollegen durch Handzettel und Anschläge empfohlen, die Besetzung aufzugeben. Die Stimmung unter den Kollegen ist resignativ. Die meisten von denen, die keine Schicht haben, sind schon zu Hause. Was hätten sie tun sollen. Die für den 30. 12. 1980 vorgesehene Sitzung, auf der über die Stilllegung entschieden werden sollte, war verschoben worden. Hätte die Kraft gereicht, über die Weihnachtsfeiertage und bis in den Januar hinein durchzuhalten, um eine eindeutige Erklärung des Vorstandes für die Erhaltung des Betriebes zu erzwingen? Börner und Zempelin hatten schließlich nicht mehr als *«Suche nach Lösungsmöglichkeiten»* zugesagt. Wie besorgt die Werksleitung im Hinblick auf weitere Aktionen der Kollegen war, beweist, daß sie die für den 23. 12. 1980 angekündigte Weihnachtsfeier für die Belegschaft kurzfristig absagte. Zu der hatten sich nämlich außer Vertretern aus anderen Betrieben mehrere Pastoren aus der Umgebung angesagt, um ihre Solidarität mit der Belegschaft der Enka-Werke auszudrücken. Sicher ist sicher, per Anschlag wurde mitgeteilt, wo die *«Geschenke»* abzuholen seien. Die Kollegen fühlen sich auch von ihren Vertretern irgendwie verschaukelt, einige schimpften auf den *«rechten Flügelmann»* Haase, den BR-

Vorsitzenden. Einer meint: *«Das geht dann auf einmal ganz schnell. Jetzt hält man uns hin. Und wenn wir dann im Sommer in Urlaub gehen, dann kriegen wir Bescheid, daß wir gar nicht wieder zurückkommen müssen.»* Ein anderer sagt: *«Was soll die Spekulation, worauf es ankommt ist, daß wir die Zuständigen mit ihren versprochenen Bemühungen beim Wort nehmen.»* ■

Aachen:

Pongs-Gummiwerke besetzt: »Als Arbeitnehmer bist Du Dreck«

Fast 1400 Kollegen waren fassungslos: der Betrieb lief, war auf modernem technischen Stand und hatte bis in den Sommer 1981 ein gutes Auftragspolster aus der Automobilindustrie. Trotzdem wurde Anfang November das Vergleichsverfahren eröffnet, weil die Banken den Kredithahn abdrehten. Die Pongs-Gummitechnik gehörte zu 50 Prozent der Gruppe des Kölner Konsuls Momm, der wiederum eng mit dem Bankhaus Dellbrück verbunden ist. Die zweite Bank war die Deutsche Bank, die offenbar nach Absprache auch nicht mehr bereit war, den Betrieb existieren zu lassen. Die Belegschaft vermutet, daß Pongs aus dem Markt fliegen mußte, weil die Metzeler-Werke, der einzige größere Konkurrent, von der Bayer AG aufgekauft wurde und diese Absprachen mit den Banken getroffen hatte.

Auf der außerordentlichen Belegschaftsversammlung Anfang November dachte noch jeder, *«irgendwie kommen wir schon durch»*; es war gar nicht möglich, von Streik zu sprechen. Alle klotzten in den folgenden Wochen voll ran, um den Laden auf Vordermann zu bringen und die Aufträge pünktlich zu erfüllen. Die Konkurseröffnung in der ersten Dezemberwoche wirkte wie ein Schock. Der Betriebsrat versuchte, Rettungsaktionen in Gang zu setzen.

Unterstützung bleibt aus

Vertreter der politischen Parteien wurden angesprochen, Gespräche über eine Auffanggesellschaft mit dem Konkursverwalter geführt, Kontakte zur Landesregierung wegen einer Bürgschaft geknüpft. Zwar sagte Ministerpräsident Rau in allgemeiner Form seine Unterstützung zu: *«Die Landesregierung hat durch die Bewilligung eines Investitionszuschusses im vergangenen Jahr bewiesen, daß sie gewillt war, dem Unternehmen zu helfen. Sie ist auch weiterhin bereit, einen Beitrag bei der Lösung der anstehenden Probleme zu leisten. So kann der Erwerber eines von Stilllegung bedrohten Betriebes bei einer Fortführung der Produktionstätigkeit in Aachen mit einem Investitionszuschuß von maximal 15 Prozent rechnen. Auch könnte zusätzlich eine Landesbürgschaft gewährt werden.»* Dabei blieb es. Ein Interessent zur Weiterführung fand sich nicht, und die alte Kapitalmehrheit hatte sowieso keinen Bedarf. — Nicht anders die Stadt Aachen. Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende meinte: *«Unterstützung hat es kaum gegeben, eher kann man vom Gegenteil sprechen.»* Und der BR-Vorsitzende: *«Wir sind stark enttäuscht von den Parteien und überhaupt von allen Leuten, die Entscheidungen beeinflussen könnten, besonders vor dem Hintergrund der ohnehin schon sehr hohen Arbeitslosenquote im Raum Aachen.»* — Auf die Frage, was denn nun die IG Chemie gemacht habe, zuckten sie mit den Schultern: *«Na ja, die kann auch nix bringen. Eigentlich haben sie uns nur die Gesprächspartner vermittelt, mehr nicht. Ein Bericht in der Gewerkschaftszeitung war auch drin.»* Und sonst? *«Das einzige was erfreulich war, das waren Solidaritätsschreiben, Spenden und Besuche von Kollegen aus anderen Betrieben im Aachener Raum, aber die können ja auch nichts aufhalten.»*

Demonstration und Besetzung

Am 16. Dezember war für die Belegschaft das Maß voll. Bei Schichtwechsel liefen Gerüchte um, daß das Land bereit gewesen wäre, Bürgschaften zu übernehmen, die Banken aber nicht wollten. Spontan wurde zu einem Protestmarsch aufgerufen. Drei Viertel der anwesenden Kollegen gingen mit.

Erklärung des Komitees zur Sicherstellung der Arbeitsplätze im Enka Werk Kassel

Das Komitee zur Sicherstellung der Arbeitsplätze der ENKA AG, Werk Kassel, hat von der gemeinsamen Erklärung des Hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner und des Vorstandsvorsitzenden der ENKA AG, Dr. Hans Günther Zempelin, vom 20. Dezember 1980 Kenntnis genommen.

Aus dieser Erklärung ist zu entnehmen, daß sich der Vorstand der ENKA AG gegenwärtig noch nicht in der Lage sieht, abschließende Lösungsvorschläge zur Erhaltung der Arbeitsplätze des Standortes Kassel vorzulegen. Die Beschäftigten erwarten, daß der Vorstand sich mit allen Kräften um solche Lösungsmöglichkeiten bemüht.

In diesem Zusammenhang wird erwartet, daß in der außerordentlichen Aufsichtsratssitzung am 21. 1. 1981 für den Standort Kassel kein Beschluß gefaßt wird.

Wegen der Vielschichtigkeit der Probleme ist es notwendig, daß die in der gemeinsamen Erklärung des Hessischen Ministerpräsidenten und des Vorstandsvorsitzenden der ENKA AG gewünschten Vertraulichkeit entsprochen werden muß.

Auch aus diesem Grund hat das Komitee zur Sicherstellung der Arbeitsplätze beschlossen, der Belegschaft zu empfehlen, die Besetzung am **Sonntag, dem 21. Dezember 1980 um 7.00 Uhr** aufzuheben.

Euer
Komitee zur Sicherstellung
der Arbeitsplätze im Werk Kassel
der ENKA AG



Posten wärmen sich die Hände.

Man zog zum Rathaus, wo Schilder verkündeten: *«Heute geschlossen»*. Die Kollegen wurden wütend. Man wußte nicht, was gemacht werden sollte. Plötzlich tauchten doch noch der Konkursverwalter, der Stadtkämmerer und der DGB-Kreisvorsitzende auf. *«Was fehlt, ist ein übernahmewilliger Unternehmer. Die Stadt kann doch nicht unternehmerisch tätig werden»*. Und der Konkursverwalter: *«Da sind unbestritten ein Markt und feste Abnehmer für die Pongs-Produkte vorhanden. Aber so kurzfristig kann ich auch niemanden für die Übernahme gewinnen.»* Alles drehte sich im Kreise. Eine Delegation verhandelte im Rathaus weiter, die Belegschaft ging in kleinen Gruppen enttäuscht nach Haus.

Am 17. Dezember kam es zur Besetzung. Zuerst berichteten einige Belegschaftsmitglieder von ihrer Fahrt nach Mannheim; dort hatte eine Firma Arbeitskräfte aus Aachen übernehmen wollen: *«Das da unten war so eine Art Altersheim für Maschinen. Wir bleiben hier, bis Geld von Vater Staat da ist, und wenn es Weihnachten und Neujahr wird. Wir wollen, daß hier Geld reingesteckt wird, beim Fußball machen sie das ja auch.»* Als sich herumsprach, daß der Konkursverwalter Maschinen und Spezialformen abtransportieren lassen wollte, war Schluß. Die Tore wurden geschlossen und jeder herausfahrende Wagen durchsucht. Per Telegramm wurde Herbert Wehner informiert, *«um Verkauf und Demontage zu verhindern»*. Nach drei Tagen kam man überein, die Besetzung tagsüber aufzuheben. Mercedes und BMW hatten sich bereit erklärt, weiter Gummiteile abzunehmen; damit konnte die Produktion auf kleiner Flamme bis zum März für diejenigen Kollegen fortgesetzt werden, die längere Kündigungszeiten hatten (langjährige Werksangehörige, Schwangere, Schwerbehinderte, Angestellte). Im Gegenzug hatte der Betriebsrat zugestimmt, einige Spezialformen herauszugeben, die von Pongs für BMW hergestellt wurden und der Autofirma gehörten. Als einige der Torposten, die am Samstagmorgen die Transparente abgenommen hatten, feststellten, daß auch Formen für andere Firmen abtransportiert werden sollten, erklärte man den Betrieb wieder für besetzt. Es kam zeitweilig zum Widerspruch zwischen Belegschaft und Betriebsrat. Der Verwaltungsstellenleiter der IG Chemie erklärte den Kollegen: *«Es ist keine Hoffnung mehr vorhanden!»*

Verhandlungen zwischen Betriebsrat, IG Chemie und Konkursverwalter brachten schließlich eine Gehaltszahlung, die als *«Darlehen»* quittiert werden mußte und die Zusage, im Januar doch noch über einen Sozialplan zu verhandeln. Mittlerweile hat ein Großteil der Kollegen vom Arbeitsamt Konkursausfallgeld erhalten.

Das Ende

Tagsüber wurde weiter gearbeitet. Nur nachts kontrollierten Posten das Werksgelände, damit keine Teile abtransportiert werden konnten. Am Tag vor Heiligabend war allen klar, daß nichts mehr zu retten war. Ein Teil der ausländischen Kollegen fuhr in ihre Heimatländer, die Mehrheit der älteren deutschen Beschäftigten resignierte. Vom Arbeitsamt war zu hören, daß höchstens die jüngeren Facharbeiter eine Chance hätten.

Alternativen für Ungelernte habe man nicht. Die Arbeitslosenquote werde wohl auf 6,5 Prozent steigen.

Der Betriebsratsvorsitzende: *«Es ist schlimm, was mit den Leuten passiert. Viele von ihnen sind mit der Firma Pongs groß geworden, da kann man schon fast von einem eheähnlichen Verhältnis sprechen. Daher hat die Belegschaft auch bis zur letzten Minute ausgeharrt und hat sich immer wieder neue Hoffnung gemacht, daß es irgendwie weitergeht. Ich glaube, solche Hoffnungen gibt es sogar jetzt noch – die Ernüchterung kommt spätestens auf dem Arbeitsamt.»* Und sein Stellvertreter: *«Oder zu Hause auf dem Sofa, wenn es nichts mehr zu tun gibt. Das Verheerende ist ja, daß es in Aachen keine Perspektiven gibt. Es ist ja nicht so, als ob wir eine Bombenkonjunktur hätten, andere Unternehmen, die stagnieren oder sogar in der Rezession sind, stellen doch jetzt keine Leute ein. Es ist alles unheimlich deprimierend. Die Leute kommen zu uns und haben keinen Pfennig mehr in der Tasche. Ich glaube, wenn das so weitergeht, kommt irgendwann der große Knall.»* Ein Kollege: *«Das eine weiß ich jetzt, als Arbeitnehmer bist du Dreck.»* ■

Bonn:

Rekrutenvereidigung – und wie geht es weiter?

In der Reihe öffentlicher Vereidigungen von Wehrpflichtigen der Bundeswehr fand am 12. 11. 1980 auch in Bonn eine Rekrutenvereidigung statt, hervorgehoben durch die Anwesenheit führender Politiker wie Bundeskanzler Schmidt, Außenminister Genscher, Bundespräsident Carstens und Bundestagspräsident Stücklen. *«Unsere»* Bundeswehr sollte der Öffentlichkeit gezeigt werden – zur Zustimmung. Angesichts verschärfter internationaler Konflikte, westlicher Vorbereitungen auf militärisches Eingreifen in unentwickelten Ländern (z. B. Ölländer), steigendem Druck der Rüstungsausgaben bei gleichzeitigem Abbau der Sozialleistungen wird die Stellung der Bundeswehr im öffentlichen Bewußtsein zunehmend wichtiger. *«Soldatische Tugenden»*, *«militärische Pflichterfüllung»*, Kriegsvorbereitung sollen der Bevölkerung verstärkt nahegebracht werden: geistige Aufrüstung durch Darbietung militärischer Tradition, Feierlichkeit zur kritischen Bewunderung.

Feierlichkeit konnte sich allerdings auch in Bonn kaum einstellen: am 8. 11. 1980 fand eine Gegendemonstration statt, am 12. 11. 1980 übertönten lautes Pfeifen und Sprechchöre die Veranstaltung auch im Fernsehen. Die bürgerliche Presse fand daran zunächst nur das Ausbleiben großer Zusammenstöße zwischen Polizei und Demonstration bemerkenswert. Darüber hinaus ist jedoch von zentraler politischer Bedeutung, was die vielfach jugendlichen Protestierenden bewegte. Verteidigungsminister Apel vertrat die Ansicht, sie hätten nicht allein gegen die Bundeswehr demonstriert, sie wollten eine andere Republik¹. Entsprechend soll in Zukunft der Jugend im Schulunterricht stärker eingetrichtert werden, daß die Bundeswehr reinstes Friedensmittel und diese Republik überaus verteidigungswert sei.²

Vorbereitung?

An den ab Ende August 1980 stattfindenden Vorbereitungs-treffen für Aktionen gegen die Rekrutenvereidigung nahmen über 100 Personen teil (eine für Bonner Verhältnisse hohe Zahl). Überwiegend waren unorganisierte Linke bzw. lose Gruppierungen aus der Bürgerinitiativen- und *«Sponti»*-Szene (*«Autonome»*) beteiligt sowie Vertreter u. a. der Jungsozialisten, Jungdemokraten, LHV, DKP, SDAJ, MSB, DFG/VK, VVN, SHB, SJD/Falken, KBW und Gruppe Arbeiterpolitik.

Die Jungsozialisten Unterbezirk Bonn erklärten von vornherein, daß sie jegliche Aktion am 12. 11. ablehnten, da sie gewaltsame Zusammenstöße wie in Bremen befürchteten und *«nicht genug Ordner stellen»* könnten, *«um Gewalttätigkeiten*

¹ Nach *«Die Welt»*, 14. 11. 1980

² Nach *«FAZ»*, 6. 12. 1980

(der Demonstranten) zu *unterbinden*«. Diese Position gaben sie nicht auf — wohl auch von Bundes- bzw. Parteivorstand festgelegt; die weitere Diskussion beschränkte sich auf vergebliche Versuche, doch noch Einigkeit über eine Demonstration am 12. 11. 1980 herzustellen.

Als klar wurde, daß die Jungsozialisten für ihren Vorschlag einer bundesweiten Demonstration ausschließlich am 8. 11. 1980 keine Unterstützung erhielten, wurde ein Ultimatum gestellt. Hinter dem Rücken des Vorbereitungstreffens ging ein Aufrufentwurf nur für den 8. 11. herum, dem sich im wesentlichen neben Jungsozialisten und Jungdemokraten DKP, SDAJ, MSB, DFG/VK und nach einigem Hin und Her Bonner Falken anschlossen — obwohl vorher auch diese Gruppen die Beschränkung der Jungsozialisten auf den 8. 11. abgelehnt hatten. Der Aufruf wurde dem Vorbereitungstreffen als vollendete Tatsache vorgelegt. Hatten sich bereits zuvor »Autonome« bzw. Unorganisierte gegen Unterstellungen gewehrt, bloß Schlägereien anzustreben, so kam es jetzt zwischen ihnen und den Unterzeichnern des Aufrufs zu heftigen Auseinandersetzungen, die in gegenseitigen Beschimpfungen endeten.

Auch die Gruppen, die den Aufruf nicht unterzeichnet hatten, griffen dessen Inhalt und merkwürdiges Zustandekommen an: der Aufruf kritisierte ausdrücklich nur die Form öffentlicher Rekrutenvereidigungen, trat schlicht für eine Fortsetzung der Entspannungspolitik ein und vermied jede Bemerkung dazu, daß eine sozialliberale Bundesregierung Bundeswehr und »Nach-«-Rüstungsbeschlüsse unterstützt.

Der völlige Bruch im Vorbereitungskreis wurde nur dadurch vermieden, daß Kölner Falken in Übereinstimmung mit ihrem Bundesvorstand für den 8. 11. 1980 die Bildung eines eigenen Demonstrationsblocks mit anderen Parolen getrennt von den Jungsozialisten vorschlugen, was eine gemeinsame Demonstration erst ermöglichte.

Die Vorbereitungen für den 12. 11. 1980 blieben völlig unzureichend, auch wegen der vorhergehenden langwierigen Auseinandersetzung um den Demonstrationstag überhaupt. Erste genauere Überlegungen zum Demonstrationsverlauf machte sich dann ein Bonner Kreis von 10 bis 20 Personen — eine Woche vor dem 12. 11.

Zudem wurde durch das Demonstrationsverbot für den Vereidigungstermin die Lage noch schwieriger. Falken-Bundesvorstand und Gruppe Arbeiterpolitik lehnten daher schließlich einen Aufruf zur Demonstration am 12. 11. 1980 ab. Einerseits wäre ein Großteil der Demonstranten unvorbereitet der Polizei ausgeliefert gewesen, andererseits hätten unüberlegte Aktionen Einzelner der Sache schaden können. Angesichts solcher Unwägbarkeiten schien eine Wiederholung der Bremer und Hamburger Ereignisse wahrscheinlich.³

Trotz Zustimmung dazu, daß die Vorbereitung nicht ausreichte, wollten fast alle Unorganisierten, »Autonomen« und der KBW auf einen Aufruf zum 12. 11. 1980 nicht verzichten, wobei einige Vorstellungen über mögliche bzw. politisch zweckmäßige Aktionen reichlich illusorisch waren. Die Begründungen von Falken und Gruppe Arbeiterpolitik wurden teilweise als bedenkenswert angesehen, von einigen aber auch hart angegriffen — wohl nicht zuletzt auch aus Erbitterung über das Verhalten der Kräfte im Bündnis mit den Jungsozialisten.

Die Demonstration am 8. 11. 1980

Obwohl die Jungsozialisten bundesweit aufriefen, bestand ihr Demonstrationsblock nur aus ca. 2000 Teilnehmern, während der davon getrennte Block von etwa 3000 Personen gebildet wurde. Als Alleinveranstalter bestimmten die Jungsozialisten die Redner, die nur dort inhaltlich Schärfe zeigten, als es um das Militärwesen der DDR ging und ansonsten für die Weiterführung der sozialdemokratischen Entspannungspolitik eintraten, ohne auf Ursachen für die Kriegsgefahr einzugehen.

Erwartungen von DKP, MSB und SDAJ auf Mitgestaltung der Demonstration wurden enttäuscht: Hatte die DKP ihre Unterschrift unter den Aufruf damit begründet, daß eine gemeinsame Demonstration mit den Jungsozialisten SPD-Abgrenzungsbeschlüsse unterliefe und so ein beachtlicher politischer Erfolg sei, so unterliefe der Juso-Bundesvorstand seinerseits diese Absicht und ließ keinen Auftritt der DKP zu; die war auf der Demonstration auch von der Teilnehmerzahl her nur sehr schwach vertreten.

Der Protest am 12. 11. 1980

Mit Einsatz von etwa 10000 Polizisten wurde Bonn in eine Festung verwandelt und durch Personendurchsuchungen, -kontrollen usw. jeder organisierte Demonstrationszug unmöglich. Der Masseneinsatz führte u. a. wegen der Unterbringung von Polizei in Schulen zu zweitägigem Unterrichtsausfall. Die riesige Polizeianhäufung wurde damit begründet, daß nach den Erfahrungen von Bremen, Hamburg und Hannover Demonstrationsversuche im Keim erstickt werden müßten. Die Absperrungsmaßnahmen »beschränkten« sich jedoch im wesentlichen auf die Durchsuchung nach »Waffen- und Transparenten usw., so daß grob geschätzt etwa 2000 Demonstranten zum Platz der Rekrutenvereidigung gelangten und ihren Protest dort lautstark äußern konnten.

Darin liegt einer der Gründe für das Ausbleiben großer Zusammenstöße, da im Gegensatz zu früheren Demonstrationen die Protestierenden ihre Ablehnung nicht nur vor den Eingängen, sondern in der Veranstaltung deutlich machen konnten. Hinzu kommt die für alle überraschende Teilnehmerzahl: Es kamen viele Demonstranten, die keine größere Konfrontation mit der Polizei riskieren wollten und die (unerwartete) Möglichkeit nutzten, an die Veranstaltung heranzukommen. Diese Demonstranten verhinderten durch ihr Verhalten, daß die wenigen aussichtslosen Widerstandsversuche zu massenhaften Zusammenstößen führten, z. B. bei der Räumung des Veranstaltungsortes selbst vor Vereidigungsbeginn. Aber auch so kam es durch das Vorgehen der Polizei zu mehreren Verletzten. Allerdings forderte die fehlende Organisation ihren Preis u. a. in der Kriminalisierung von willkürlich herausgegriffenen Einzelnen, so in über 100 vorläufigen Festnahmen durch daran meist ungehinderte Zivilbeamte — mehr als etwa in Bremen — und den Folgen weiterer Polizeimaßnahmen (u. a. Hausdurchsuchungen, Photographieren von Demonstranten für die einschlägigen Karteien).

Hilflose Linke. . .

Die Tatsache, daß der Protest am 12. 11. 1980 wirksam ausgedrückt wurde, darf nicht über die tiefgehende Spaltung der Linken hinwegtäuschen. Keine linke Gruppe hatte Einfluß auf den Demonstrationsverlauf, auch nicht die verbliebene Bonner Vorbereitungsgruppe⁴. Das Ausbleiben großer Auseinandersetzungen war so im Grunde eher zufällig; der nicht zuletzt von Jugendlichen getragene Protest lief unabhängig von den linken Organisationen ab.

Diese Protestbewegung, wie sie auch in Bremen, Hamburg, Hannover, Westberlin, bei einigen Anti-AKW-Demonstrationen usw. in Erscheinung getreten ist, drückt ihre Auflehnung, ihre Verbitterung über Arbeitslosigkeit, Umwelterstörung, Kriegsgefahr aus. Der Protest richtet sich hauptsächlich gegen den Staat bzw. die Anlässe, an denen sich Staatsmacht zeigt. Dabei besteht die große Gefahr, daß weite Teile dieser Bewegung bei allen möglichen Anlässen gegen den Staat anrennen, ihm die ganze erfahrene Sinnlosigkeit und Zukunftsangst in immer härter werdenden Aktionen »zurückzahlen« wollen, ohne einen Ausweg zu finden.

Eine derartige Entwicklung führt zu zunehmender Isolierung der Protestbewegung. Einerseits würde sie selbst zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten ihres Protests — etwa Gemeinsamkeiten mit Teilen der Gewerkschaftsbewegung — nicht wahrnehmen, andererseits sich in ihrer Isolierung auf die Dauer selbst totlaufen, wenn sich herausstellt, daß isolierter Kampf von Demonstration zu Demonstration nicht weiterführt.

Um so wichtiger ist eine inhaltliche Diskussion zwischen linken Organisationen und dieser Protestbewegung über solche Fragen, über zweckmäßiges Vorgehen. Was da allerdings ablief, war eher ein Trauerspiel — und nicht nur in Bonn. Selbst mit den durchaus diskussionsbereiten Unorganisierten bzw. »Autonomen« im Bonner Vorbereitungstreffen wurde keine wirkliche politische Auseinandersetzung geführt,

³ Siehe dazu »Der 6. Mai in Bremen: Protest gegen öffentliche Rekrutenvereidigung«, in: Beilage zur »Arbeiterpolitik« Nr. 5/1980; »Die Protest-Demonstration gegen den Strauß-Besuch in Hamburg«, in: Beilage zur »Arbeiterpolitik« Nr. 7/1980.

⁴ Dies im Gegensatz zur Darstellung im »Arbeiterkampf« Nr. 189, S. 3: Das kleine »Häuflein Unentwegter« hatte mit dem Demonstrationsablauf nichts zu tun.

